Julia Offe

Eine Stadt sieht GELB

Wie Lübeck seine Uni rettet

WEILAND

Julia Offe

Eine Stadt sieht GELB
Wie Lübeck seine Uni rettet

Die Autorin

Julia Offe, Jahrgang 1973, ist promovierte Biologin und lebt als freiberufliche Wissenschaftsjournalistin in Hamburg. Im Sommer 2010 berichtete sie bereits mehrfach für das *Laborjournal* über die Aktion „Lübeck kämpft für seine Uni“.

Eine Stadt sieht GELB

Eine Stadt sieht GELB
Wie Lübeck seine Uni rettet

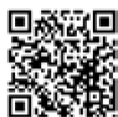
Verlag der Buchhandlung Weiland

Über dieses Buch

Dieses Buch dokumentiert die Geschehnisse zwischen dem 25. Mai 2010, als bekannt wird, dass die Medizinische Fakultät der Universität zu Lübeck geschlossen werden soll, und Ende Juli 2010. Es versammelt Äußerungen, Texte und Bilder von Studenten, Wissenschaftlern, Mitarbeitern, Politikern und Bürgern, die in dieser Phase auf die eine oder andere Weise eine Rolle gespielt haben.

Zugunsten der besseren Lesbarkeit habe ich in diesem Text stets die generische Form einer Berufsbezeichnung oder einer handelnden Person verwendet. Dennoch sind bei Ausdrücken wie Studenten, Professoren oder Demonstranten stets und in gleichem Maße Männer wie Frauen gemeint.

Bei einer Reihe von Aktionen haben Mitwirkende Filme gedreht und sie anschließend öffentlich zugänglich gemacht. Diese Filme sind an einigen Stellen in diesem Buch über einen QR-Code verlinkt. Mit einem internetfähigen Handy oder Tablet-Computer können Sie die Filme direkt ansehen. Dazu benötigen Sie eine entsprechende App, einen QR-Code-Reader, den es von verschiedenen Anbietern kostenlos gibt. Starten Sie den Reader und fotografieren Sie mit ihm den QR-Code. Dann öffnet sich automatisch die hinterlegte Internetseite mit dem Film. Wenn Sie über kein solches Handy verfügen, finden Sie die entsprechenden Filme auch unter den daneben aufgeführten Internetadressen.



http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de

Dieses Buch entstand mit der Unterstützung von Mitarbeitern und Studenten der Universität zu Lübeck. Der Erlös aus dem Verkauf dieses Buches kommt vollständig der Universität zugute.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität zu Lübeck und bei der Buchhandlung Weiland für die großzügige Unterstützung.
Außerdem bedanke ich mich bei allen, die mich beim Recherchieren und Schreiben begleitet, mir Auskunft gegeben, Zusammenhänge erklärt und als Interviewpartner zur Verfügung gestanden haben. Und ich danke denen, die mit ihren Filmen, Bildern und Textbeiträgen das Buch in der vorliegenden Form möglich gemacht haben. Dieser Dank gilt auch denjenigen, die nicht namentlich erwähnt werden.
Meine besondere Anerkennung gilt den Studenten, die mit ihrem Engagement über Wochen hinweg einen Protest befeuert haben, der schließlich dazu führte, dass die Universität zu Lübeck erhalten bleiben konnte. Ihr unermüdlicher Einsatz gegen eine Maßnahme, von der sie selbst nicht mehr betroffen gewesen wären, ihre Kreativität und ihr leidenschaftlicher Kampfgeist haben mich bei der Arbeit zu diesem Buch immer wieder sehr beeindruckt.

Julia Offe

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Peter Dominiak: Das traf uns mitten ins Herz 8
Vorwort Björn Engholm: Wie Lübeck gelb wurde 10

Erste Kämpferwoche
25. – 30. Mai 2010 15

Die Universität zu Lübeck 17
Herbst 2005 – Lübeck kämpft zum
ersten Mal um seine Uni 26

Zweite Kämpferwoche
31. Mai – 6. Juni 2010 29

Linda Krause: „Man muss sich mit dem Megaphon vor die
Mensa stellen und schreien“ 38
Jeanette Erdmann: „Wir wären für zehn Jahre
vom Geld abgeschnitten gewesen“ 45

Dritte Kämpferwoche
7. – 13. Juni 2010 49

Lied von Sascha Kretschmann: Lübeck kämpft 51

Vierte Kämpferwoche
14. – 20. Juni 2010 71

Liedtext „Sonderzug nach Kiel“ 78
Rolf Hilgenfeld: „Im Sonderzug nach Kiel“ 80
Rainer Mintzlaff: „Warum ich?“ 98

Fünfte Kämpferwoche
21. – 27. Juni 2010 109
Matthias Schulz-Kleinfeldt:
„Die Universität ist eine Herzensangelegenheit“ 114

Sechste Kämpferwoche
28. Juni – 4. Juli 2010 123
Gerrit Koch: „Ich stimme dagegen“ 128

Siebte Kämpferwoche
5. – 11. Juli 2010 139
Josephine von Zastrow:
„Da wusste ich, das wird eine große Geschichte“ 144
2003: Fast 300 Kieler Professoren fordern
die Schließung der Lübecker Fakultät 148
Werner Marnette: „Die Einsparungen waren ein Papiertiger“ 157

Die Wochen nach dem Kampf
12. Juli 2010 und danach 163
Bernd Schwarze: „Klug waren die akademischen
Nautiker im Umgang mit den Stürmen“ 166
„Lübeck kämpft“ in den Medien 170
Bernd Saxe: „Lübecks Kampf um die Uni hat den
Wissenschaftsstandort gestärkt“ 177

Nachwort Hans Christoph Zabel und Jürgen Westermann:
Lübecker Lehren 182

Zeittafel 196
Personenregister 198
Bildverzeichnis 199
Impressum 200

Vorwort

Das traf uns mitten ins Herz

Peter Dominiak



Der Sommer 2010 war für die Universität zu Lübeck, die Hansestadt und ihre Region ein einschneidendes Erlebnis. Wir mussten erfahren, dass man selbst dem geschriebenen Wort nicht vertrauen kann, denn es war gerade mal ein gutes halbes Jahr her, dass über die Universität zu Lübeck im Koalitionsvertrag der beiden Regierungsparteien zu lesen war: „Wir werden ... die künftige Entwicklung dieser Universität finanziell und strukturell besser absichern." „Honi soit qui mal y pense" – „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt". Nun, wir dachten uns nichts Böses dabei und fühlten uns zum ersten Mal seit Bestehen der Universität sehr sicher, was unsere Existenz angeht. Wir wurden eines Anderen belehrt. Der „heiße" Sommer hat niemanden in Lübeck und in der Region, ja sogar in ganz Schleswig-Holstein und über die Landesgrenzen hinaus, kalt gelassen. Für alle Beteiligten war es ein Lehrstück in Demokratie, auch für die Landesregierung, denn sie musste erleben – wie später auch diejenige in Baden-Württemberg mit den Protesten gegen den geplanten Bahnhofsumbau „Stuttgart 21" –, dass Bürger sich nicht jeder Entscheidung einer Landesregierung beugen, vor allem dann nicht, wenn eine solche Entscheidung nicht oder nicht gut begründet ist. Niemand in Lübeck hat den Sparzwang des Landes negiert, aber sparen kann man auch strategisch und mit Phantasie, dafür muss man nicht eine Universität „plattmachen", wie sich unsere Retterin, die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan, ausgedrückt hat.

Die Proteste und Demonstrationen unserer Studentinnen und Studenten und der Lübecker Bürger haben viel bewegt, den Zusammenhalt zwischen

der Stadt und ihrer Universität eindrucksvoll demonstriert und damit der Politik gezeigt, dass Entscheidungen nicht einfach über ihre Köpfe hinweg gefällt werden können.
Nun ist Lübeck auf einem guten Weg. Die Universität wird zu einer Stiftung des öffentlichen Rechts und erhält somit mehr Autonomie und Sicherheit. Aber wir werden damit auch in die Lage versetzt, mehr für uns selbst zu tun und Kapital einzuwerben. Das ist für uns eine hohe Verpflichtung, der wir auch gerne nachkommen.
Mit dem Wissenschaftscampus Lübeck, der kurz vor der Gründung steht, schaffen wir zusammen mit der Fachhochschule eine reale Plattform für Innovation auf dem Sektor der Biomedizintechnik und können so neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze generieren. Damit gibt die Universität, geben die Hochschulen der Stadt auch etwas zurück, was die Hansestadt Lübeck den Hochschulen mit ihrem Einsatz im letzten Jahr und vor allem mit dem Hochschulstadtteil als Motivationsschub geschenkt hat.
Die Autorin des vorliegenden Buches, Julia Offe, hat noch einmal den ereignisreichen Sommer 2010 sehr authentisch Revue passieren lassen und objektiv die Abläufe geschildert. Für alle Betroffenen liegt damit dieser wichtige Teil der Geschichte der Universität vor. Die Aufzeichnungen werden jedem Leser noch einmal die Emotionen nahebringen, die sich im vergangenen Jahr hier ereignet haben.
An dieser Stelle sei noch einmal allen von Herzen gedankt, die sich für die Universität engagiert haben, in welcher Weise auch immer. Eine Aufzählung von Namen würde nur dazu führen, einige zu vergessen. Das ist nicht meine Absicht.

Ihr
Peter Dominiak
Präsident der Universität zu Lübeck

Vorwort

Björn Engholm

Wie Lübeck gelb wurde



Als Mitte Mai 2010 die ersten Informationen über ein umfängliches Sparpaket der schleswig-holsteinischen Landesregierung durchsickerten, herrschte in Universität wie Stadt Lübeck noch Ruhe. Man war sich seiner ausgezeichneten wissenschaftlichen und medizin-ökonomischen Reputation gewiss – und überzeugt, mit kleinen Einsparungen hier wie dort das bevorstehende Haushaltsgefecht zu überstehen.

Die Iden des Mai verstrichen dann auch ohne existenzgefährdende Finanzpläne; in der Landesregierung habe, so die Hoffnung, in Sachen Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Krankenversorgung der kühle Verstand die Oberhand behalten ...

Bis dann, am 25. Mai, eben diese im Verstandesbesitz gewähnte Regierung aus heiterem Himmel das Ende des Medizinstudiums und die Privatisierung des Universitäts-Klinikums in Lübeck verkündete.

Für eine kurze Weile herrschte in Universität und Polis Ungläubigkeit. Eine Universität dem Erdboden gleichmachen? Eine Hochschule, die im deutschsprachigen Raum wie international in allen Rankings immer wieder Spitzenpositionen erringt? Die alle Beliebtheitsskalen Studierender anführt? In der man an einem Exzellenzcluster, einer Graduiertenschule, zwei Sonderforschungsbereichen und zwei klinischen Forschergruppen beteiligt ist? Mit der rund fünfzig Unternehmen im näheren Umfeld und etliche weitere darüber hinaus substanziell verbunden sind? In der 2 500 Studierende ihre Studienheimat, 5 000 Beschäftigte Arbeit finden und von der weitere Tausende Jobs im weiten Umfeld abhängen?

Eine Universität zumal, die im FDP-Programm als höchst zukunfts- und

förderträchtig und im CDU-Programm als unverzichtbar für das „Wissenschaftsland“ Schleswig-Holstein bezeichnet wird? Als Motor zumal des lübeckischen und regionalen Wachstums?

Was dann in der alten Hansestadt geschah, ist wohl einmalig in der deutschen Stadtgeschichte. Der AStA an der Spitze und mit ihm alle Studierenden, Professoren, Assistenten und Arbeitnehmende von Uni und Klinikum bliesen zum Protest: für den Erhalt der Universität. Und Bürgermeister, Stadtpräsidentin, Abgeordnete, die Oberen der Kammer, der „Gemeinnützigen“, des Kunstvereins, Schauspieler, Unternehmer, Freischaffende, Banker, Alte und Junge, männlich wie weiblich, aus allen Schichten der Gesellschaft, schlossen sich an.

In Lübecks Straßen und Gängen, auf Plätzen, in Schau- und Wohnfenstern, auf Autos, an Fahrradspeichen, auf Rucksäcken, Fluggepäck und Briefumschlägen, an Jacken, Mänteln und Anzugrevers, in und an Kirchen, auf dem Holstentor – wohin das Auge fiel: „Lübeck kämpft für seine Uni“! Knallgelb, mit fetter schwarzer Schrift, weithin sichtbar und lesbar – und zugleich eine treffsichere Sottise gegen die politischen Farben der Landesregierung.

Zum absoluten Höhepunkt des Ringens für den Erhalt der Uni wurde die Demonstration vor dem Kieler Landeshaus. 14 000 Menschen aus Lübeck, aber auch aus Kiel, Flensburg, Hamburg oder Lüneburg, protestierten mit friedlichem Nachdruck für die Hochschule Lübeck, darunter selbst Christdemokraten und Liberale, die den Landes„fürsten“ ihr verzweifeltes „Et tu, Peter Harry Carstensen? Et tu, Wolfgang Kubicki?“ entgegenmurmelten …

Am Ende war der Protest erfolgreich. Eine bewundernswert engagierte und kämpferische Studentenschaft, eine Stadt auf Beinen, 130 000 Unterschriften, Unterstützung aus aller Welt, eine selten so einhellige mediale Hilfe (allen voran die *Lübecker Nachrichten*) – und nicht zuletzt das beherzte Eingreifen der Bundesbildungsministerin Schavan, die, im Gegensatz zur Kieler Regierung, den Leistungen der Lübecker Uni höchstes Lob zollte, eine Mitfinanzierung zusagte (und sicher auch hoffte, den Ihren im Norden eine dramatische Baisse in der Wählergunst zu ersparen): Dem waren Regierende und Mehrheitsfraktionen nicht gewachsen. Sie knickten ein und gelobten Besserung. Lübecks Uni war gerettet!

Merke: Die Vernunft ist das höchste Erkenntnisvermögen. Sie lenkt den Verstand und erlaubt Menschen, mit seiner Hilfe Dinge zu erfassen, zu beurteilen und größere Zusammenhänge, Kausalketten, zu erkennen und deren Bedeutung entsprechend zu handeln. „Habe den Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ (Kant)
Einfacher vielleicht, auf Althochdeutsch und als Rat für norddeutsche Regierende: FARSTĀN – verstehen, begreifen, durchschauen. Und dann so handeln, dass durch die Wirkung des Handelns nichts zerstört wird.

Björn Engholm
Ehrenbürger der Universität zu Lübeck,
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein a. D.


Lübeck kämpft für seine UNI

Erste Kämpfer woche

25.05.10

25. – 30. Mai 2010

Ein Anruf steht am Beginn der Ereignisse, die im Frühsommer 2010 die Stadt Lübeck erschüttern. Am 25. Mai klingelt gegen 16 Uhr das Telefon beim Präsidenten der Universität zu Lübeck. Eine Journalistin des NDR meldet sich und möchte Peter Dominiak ein paar Fragen stellen. Was er zu den Bekanntmachungen des Kabinetts in Kiel sage? Auf der Internetseite der FDP-Fraktion stehe, dass die Haushaltsstrukturkommission ihre Kürzungspläne bekanntgegeben habe. Und im Zuge der notwendigen Sparmaßnahmen solle der Medizinstudiengang in Lübeck ab dem Wintersemester 2011/12 auslaufen.

Dominiak ist erstaunt. Noch vor wenigen Wochen hatte ihm die Regierung zugesichert, dass sie die Universität zu Lübeck stärken wolle. Und auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP, die erst seit einem guten halben Jahr in Schleswig-Holstein regieren, steht: „Wir werden [...] unsere Entscheidungen [...] in Abstimmung mit der Universität Lübeck insbesondere auf das Ziel ausrichten, die künftige Entwicklung dieser Universität finanziell und strukturell besser abzusichern."

Die Nachricht der Journalistin beunruhigt ihn zwar, aber er möchte das für 18 Uhr anberaumte Telefonat mit dem Wissenschaftsminister abwarten. Dann wird sich alles klären.

Eine halbe Stunde später als angekündigt meldet sich dann Jost de Jager, seit sieben Monaten Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr im Kieler Kabinett und Mitglied der CDU. Schon beim ersten Satz wird Dominiak klar, dass es sich nicht um einen Irrtum handelt.

„Sie haben es bestimmt schon von der Presse erfahren", eröffnet de Jager das Gespräch.

Der Lübecker Medizinstudiengang ist nicht nur einer unter vielen. 1 500 der 2 700 Studenten sind für Medizin eingeschrieben, und auch die anderen Fächer wie Medizinische

Ingenieurwissenschaften oder Molecular Life Science sind eng mit der Medizin verzahnt. Entsprechende Schwerpunkte setzt auch der Studiengang Informatik.

Und jetzt hat die Haushaltsstrukturkommission unter dem Titel „Handlungsfähigkeit erhalten – Zukunftschancen ermöglichen“ ein Konzept mit „Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen in Schleswig-Holstein“ veröffentlicht. Dort heißt es: „Das Medizinstudium wird aufgrund der begrenzten Ressourcen bei der Förderung exzellenter Forschung und Lehre nach Kiel verlagert. Das Studienplatzangebot für Mediziner ist in Schleswig-Holstein überproportional groß, gemessen an der Zahl der Studienplätze insgesamt. Ab dem Wintersemester 2011/12 werden deshalb keine neuen Studienanfänger für Medizin in Lübeck immatrikuliert. Wesentliche Haushaltsentlastungen treten ab 2015 mit ca. 24 Millionen Euro und ab 2018 mit ca. 26 Millionen Euro ein.“



Demo gegen die Privatisierung des UK S-H am 25. Mai

Linda Krause, damals Vorsitzende des Lübecker Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA), der Vertretung aller Studenten der Universität, erinnert sich an den 25. Mai 2010. „Tagsüber gab es eine große Demonstration gegen den Plan, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) zu privatisieren. Mehr als 1 000 Leute, die meisten von ihnen Studenten, waren an dem Tag auf die Straße gegangen. Als wir gegen Abend zurück ins AStA-Büro kamen, erfuhren wir, dass die FDP-Landtagsfraktion auf ihrer Internetseite die Sparpläne der Haushaltsstrukturkommission veröffentlicht hatte. Und dass darin stand, dass der Medizinstudiengang in Lübeck ab 2011 auslaufen solle. An diesem Abend wurde uns klar, dass alles noch viel schlimmer war, als wir noch während der Demonstration befürchtet hatten.“

Die Universität zu Lübeck

1964 wurde die „Medizinische Akademie Lübeck" als 2. Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gegründet. Sie bildete Studenten im klinischen Abschnitt des Studiengangs Humanmedizin aus. 1973 wurde sie in „Medizinische Hochschule Lübeck" umbenannt. Die Vorklinisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hinzu, so dass Studenten ihr Studium seither in vollem Umfang in Lübeck absolvieren können. Die Umbenennung zur „Medizinischen Universität zu Lübeck" erfolgte im Jahr 1985. Nach der Erweiterung des Studienangebots trägt die Hochschule seit 2002 den Namen „Universität zu Lübeck".
Forschung und Lehre an der Universität zu Lübeck haben sich aus der Medizin entwickelt. Das heutige Fächerspektrum gibt der Hochschule ihren Schwerpunkt Lebenswissenschaften (Life Science) unter dem Motto: *Im Focus das Leben*. Heute bietet die Universität die Studiengänge Humanmedizin, Informatik, Molecular Life Science, Mathematik in Medizin und Lebenswissenschaften und Medizinische Ingenieurwissenschaft an. Von den 2 700 Studenten sind 1 500 für das Fach Medizin eingeschrieben.



„Die Maßnahme trifft Lübeck mitten ins Herz“

Am nächsten Tag informiert Peter Dominiak auf einer Senatssitzung im Audimax die Angehörigen der Universität. In einer Rede erklärt er, was die Schließungspläne für die Universität bedeuten würden. Er zählt die Faktoren auf, wegen derer die Medizin in Lübeck auch außerhalb der Hochschule für die gesamte Region bedeutsam sei. Er spricht von „Wahlbetrug“, weil in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP noch im Herbst 2009 ausdrücklich angekündigt worden war, die Universität zu Lübeck zu stärken.

Und Dominiak macht seinen Zuhörern auch deutlich, dass es nicht nur um die Medizin geht: „Die Landesregierung muss sich darüber im Klaren sein, dass die Schließung des Studiengangs Medizin gleichbedeutend mit der Schließung der Universität zu Lübeck ist.“ Und zum Schluss seiner Rede muss er feststellen: „Die Maßnahme der Landesregierung gegen die Universität trifft damit Lübeck mitten ins Herz.“.



„Die Schließung der Medizin ist gleichbedeutend mit der Schließung der Universität“

Das Land muss sparen, und dafür soll die Lübecker Universität nun bluten. Das hat die Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen, und das Kabinett hat den Vorschlag angenommen. Zum endgültigen Umsetzen der Pläne

muss der Entwurf allerdings noch vom Landtag bestätigt werden. Einem Landtag, in dem die Koalition aus CDU und FDP nur die hauchdünne Mehrheit von einer einzigen Stimme hat.
Dominiaks Rede wird in einem Faltblatt abgedruckt. Auf der Rückseite kündigt der Präsident rechtliche Schritte an, plant aber ausdrücklich ein gut organisiertes Aktionsbündnis und wirbt um Spenden.
Mit welcher Hingabe und welchem Aufwand Studenten, Mitarbeiter und Bürger in den kommenden Monaten dann tatsächlich den Protest organisieren, das kann Peter Dominiak zu diesem Zeitpunkt vermutlich nicht absehen.

Spontandemonstration vor dem Hotel

So kommt es bereits am nächsten Tag, dem 27. Mai, zu einer ersten spontanen Demonstration. Die Studenten hatten kurzfristig zu einer Kundgebung vor dem Scandic Hotel aufgerufen, in dem FDP-Politiker Wolfgang Kubicki an einer Veranstaltung teilnimmt. Thema seines Vortrags: „Der Mittelstand in Zeiten von Kreditklemme und Finanzkrise“.
Vor dem Hotel versammeln sich ab 20 Uhr etwa 500 Menschen und warten auf Kubicki, der kurz vor das Hotel tritt und sich den Fragen der Demonstranten stellt.
Die Studentin Sylvia Kiencke berichtet: „Nachdem Kubicki gegen Ende des Wortgefechts mit den Studenten eindeutig die Argumente ausgingen, ver-



„Wir sind hier, wir sind laut“

tröstete er diese auf einen weiteren Besuch in Lübeck in den kommenden Wochen, war aber durchaus bereit, sich einem erneuten Gespräch mit den Studenten zu widmen."





Bürgermeister Bernd Saxe auf dem Marktplatz bei der Spontandemo http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/markt

Nach dieser kurzen Diskussion zieht die Menge noch in einer friedlichen Demonstration durch die Lübecker Innenstadt. Der Strom der Demonstranten wächst im Laufe des Abends auf über 700 Teilnehmer an, auch Bürgermeister Bernd Saxe stößt unerwartet dazu, ergreift das Megaphon und hat gute Nachrichten: „Die Bürgerschaft hat sich heute in einer langen Debatte [...] mit den Plänen der Landesregierung befasst, und sie hat am Schluss [...] einstimmig, mit allen Fraktionen, beschlossen, dass wir Widerstand leisten wollen gegen diese Pläne."

Jubel und Beifall von den Demonstranten. Auf dem Marktplatz skandieren sie die Parolen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Uni klaut!" und „Kämpfen, Lübeck, kämpfen!"

Diese Schlachtrufe werden in den nächsten Wochen noch häufig zu hören sein – und zwar nicht nur in Lübeck. Die Studenten wissen, dass das Land Schleswig-Holstein knapp bei Kasse ist. Und dass der Rotstift auch an den Bildungseinrichtungen nicht vorbeigehen wird. Über den Sparzwang ist niemand glücklich, aber ein Bundesland kann eben nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben, als es zur Verfügung hat.

Was in Lübeck allerdings auf Unverständnis stößt, ist Folgendes: Es gibt in Schleswig-Holstein zwei Medizinische Fakultäten, in Lübeck und in Kiel. Mit einer Reduzierung der Studienplätze an beiden Standorten hätte die Landesregierung ebenfalls Geld sparen können. Doch während die Medizin in Lübeck nun vollständig eingespart werden soll, wird die Medizini-

sche Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) nach den Plänen der Landesregierung gänzlich unangetastet bleiben.
Wie also fällt die Reaktion der Angehörigen der Medizinischen Fakultät in Kiel aus? Atmen sie erleichtert auf, dass der Kelch an ihnen vorübergegangen ist? Oder fürchten sie um den Verlust ihrer Forschungsnetzwerke, wenn ihre Lübecker Kollegen sich andere Jobs würden suchen müssen? Erklären sie sich solidarisch und versuchen gemeinsam mit den Lübeckern, die Landesregierung zum Überdenken ihres Beschlusses zu bewegen?
Nicht ganz. Aus Kiel kommen unterschiedliche Stimmen.

Die Studenten üben den Schulterschluss

In einer Pressemitteilung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der CAU vom 27. Mai heißt es: „Die Universität Lübeck wird mit der Medizinischen Fakultät ihres wichtigsten Standbeins beraubt, obwohl das Medizinstudium in Lübeck auch bei den Studierenden einen hervorragenden Ruf hat. Dieser Kahlschlag in der Hochschullandschaft [...] zeigt, dass die Landesregierung hier ohne Plan und längerfristiges Konzept agiert."
In derselben Pressemitteilung wird Tobias Langguth zitiert, Vorstand des AStA der CAU. Er verweist darauf, dass „die Landesregierung [...] fast 10 000 Studienplätze bis 2020 schaffen [will]", und folgert: „Wie das mit der Schließung der exzellenten Medizinausbildung in Lübeck unter einen Hut zu bringen ist, weiß wahrscheinlich nicht mal Herr [Ministerpräsident Peter Harry] Carstensen selbst. Wir befürchten, dass ihm das letztlich auch einfach egal ist – die bisherige Hochschulpolitik war von Ignoranz und Arroganz geprägt."
Auch der Lübecker AStA veröffentlicht am 27. Mai eine Stellungnahme, in der die Autoren schildern, wie die ersten Reaktionen der Studenten auf die Schließungspläne ausfielen. „Fassungslos haben wir von dem Vorhaben erfahren, die Medizinerausbildung an der Universität zu Lübeck ab dem WS 2011/12 zu schließen."
Die Studenten der beiden Universitäten üben also den Schulterschluss.
Der weitere Text des AStA in Lübeck lässt bereits erahnen, dass die Identifikation der Studierenden mit ihrer Universität über das hinausgeht, was an den meisten deutschen Universitäten heute die Regel ist. „Die exzellenten

Strukturen, eine super Lehre und motivierte Studierende werden mit den Füßen blinder Politiker getreten, die ohne Skrupel die Zukunft des strukturschwachen Landes Schleswig-Holstein weiter verbauen." Genau diese Verbundenheit der Studenten mit ihrer Uni wird in den kommenden Wochen die Triebkraft für einen Protest sein, mit dem an einer deutschen Hochschule in diesem Umfang niemand gerechnet hätte. Und der bald die ganze Stadt erfassen sollte.

Aber auch auf wissenschaftlicher Ebene arbeiten die medizinischen Forscher der beiden Universitäten eng zusammen. Viele Wissenschaftler kennen sich seit Jahren und kooperieren bei einzelnen Projekten, aber es gibt auch einen neu gegründeten, übergreifenden Exzellenzcluster, der die Spitzenforschung beider Universitäten zusammen fördert: den Exzellenzcluster „Inflammation at Interfaces (Entzündung an Grenzflächen)". In ihm sind rund 150 Wissenschaftler der beiden Universitäten sowie des Forschungszentrums Borstel organisiert, die das molekulare Geschehen bei Entzündungen erforschen. Nach der Schließung der Medizinischen Fakultät in Lübeck könnte der Exzellenzcluster in dieser Form nicht weiter bestehen. Und während die Lübecker Wissenschaftler um ihre Jobs und ihre Karrieren fürchten müssen und ihnen im Moment vielleicht der Fortbestand des Clusters an sich zweitrangig erscheint, behalten die Kieler ihre Stellen, verlieren aber ihre Forschungspartner und Kollegen in Lübeck.

Viele Lübecker Forscher erwarteten also, dass sich ihre Kieler Kooperationspartner hinter sie stellen und gegen die beabsichtigte Schließung Stellung beziehen würden.

Auch der Lübecker Student und AStA-Mitglied Georg Engelbart erklärt: „Die Solidarität unter den Studierenden der Universitäten ist enorm. Was wir uns aber wünschen würden, ist eine offizielle Solidaritätsbekundung der Uni Kiel."

Doch es kommt anders. Zwei Tage nach Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung erhalten die Lübecker Mitglieder eine E-Mail des Sprechers des Exzellenzclusters, des Kieler Professors für Gastroenterologie und Dekans der dortigen Medizinischen Fakultät, Stefan Schreiber. Darin bringt er seine „Überraschung" über die geplante Schließung zum Ausdruck, möchte den Entschluss der Regierung aber vorerst „nicht kommentieren".

Er fährt fort: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann ich nur versichern, dass ich als Sprecher des Clusters nicht eher ruhen werde, bevor nicht jedes persönliche Schicksal von aktiven Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, das sich durch solche Strukturveränderungen ergibt, zufriedenstellend für die individuelle Karriere- und Umfeldentwicklung und für die Zukunft des Exzellenzclusters gelöst ist." Vielen Lübeckern erscheint das als die wenig verklausulierte Aufforderung: „Bewerbt Euch doch schon mal weg. Am besten bei uns in Kiel!" Entsprechend äußern sich mehrere Lübecker Wissenschaftler auch über den E-Mail-Verteiler des Exzellenzclusters. Nach einigen Mails, in denen die Lübecker ihr Unverständnis und Befremden zum Ausdruck bringen, bittet ein Professor des UK S-H in Kiel, „die Diskussion hierzu nicht über einen endlosen E-Mail-Verteiler zu betreiben; das von der Politik generierte Problem kann so nicht gelöst werden, und wenn jeder im Verteiler hier Stellung nimmt, explodieren die Postfächer." Worauf der Lübecker Professor Heribert Schunkert kontert: „Bei uns explodiert die Uni; das Explodieren von Postfächern erscheint dagegen ein recht überschaubares Problem zu sein. Trotzdem mein ausdrückliches Bedauern. Ich hoffe für Ihr E-Mail-Account, dass es sich rasch erholt."

Bald darauf keimen auch Gerüchte auf, wichtige Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der CAU hätten sogar vorab von den Plänen der Haushaltsstrukturkommission gewusst. Das lässt das Verhältnis einiger Forscher der beiden Universitäten in den nächsten Wochen stark abkühlen.

Der Universitätsrat Schleswig-Holstein steht der Landesregierung beratend zur Seite. Er besteht – neben den drei Präsidenten der Universitäten Flensburg, Kiel und Lübeck sowie den Gleichstellungsbeauftragten und AStA-Vertretern – aus neun externen Mitgliedern, die alle Professoren an anderen Universitäten sind. Am 27. Mai, zwei Tage, nachdem die Landesregierung die Sparpläne vorgestellt hat, reagiert dieses Gremium mit einem deutlichen Zeichen: Die externen Mitglieder treten mit sofortiger Wirkung geschlossen zurück.

Sie begründen diesen Schritt wie folgt: „Der Universitätsrat sieht in diesem Beschluss [der Landesregierung] eine sachlich nicht zu rechtfertigende Entscheidung, die die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der

Universitätslandschaft in Schleswig-Holstein weiter dramatisch schwächt und selbst die vorhandenen Leistungsstärken bewusst demontiert. Er ist nicht bereit, Strukturentscheidungen mitzutragen, die ohne sorgfältige Abwägung vorhandener Stärken und Schwächen, ohne eine klare Bedarfsanalyse sowie ohne ein hochschul- und wissenschaftspolitisches Gesamtkonzept erfolgen."

Der ehemalige Wissenschaftsminister von Schleswig-Holstein und damit Vorgänger von Jost de Jager, Werner Marnette (CDU), mahnt mehr Transparenz an: „Sollte es tatsächlich stimmen, dass die Leitung der Universität Lübeck bislang überhaupt nicht in die Überlegungen der Regierung einbezogen wurde, so ist das ein Skandal, und es wäre höchste Zeit, die hierfür politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

Schon seit einem halben Jahr hat der AStA für das Wochenende eine Klausurtagung geplant. Bis vor ein paar Tagen gab es nur wenige Anmeldungen, noch nicht einmal zehn Leute wollten das Wochenende zusammen in einer Jugendherberge in Kappeln verbringen, um über die zukünftigen Aufgaben und strukturelle Veränderungen des AStA zu beraten und dabei ein entspanntes Sommerwochenende zu genießen. Doch nach Bekanntwerden der Schließungspläne haben sich im Laufe der Woche mehr und



Klausurtagung in einer Jugendherberge in Kappeln

mehr Interessenten angemeldet, so dass sich schließlich etwa 25 Studenten am Freitagmittag gemeinsam auf den Weg machen. Die damalige AStA-Vorsitzende Linda Krause beschreibt das Wochenende: „Die ganze Woche über hatte das Telefon im AStA nicht mehr stillgestanden, die Anrufer hatten ganz viele Ideen, wie man Protest organisieren könnte. Und weil im AStA-Büro viele verschiedene Leute ans Telefon gehen, war es manchmal schwer, den Überblick zu behalten."
Das Wochenende in der Jugendherberge bietet da Zeit für konzentriertes Arbeiten. An diesem einen Wochenende entsteht der gesamte neue Auftritt der Internetseite www.luebeck-kaempft.de. Die AStA-Mitglieder schreiben Texte, und vor allem die Informatikstudenten Kris Erik Schwerdt und Dennis Boldt strukturieren die Seite und füllen sie mit Inhalt. Die Internetseite bestand bereits seit 2005, als die Universität schon einmal von Kürzungen betroffen war; seit einigen Jahren war sie aber nicht mehr verwendet worden (siehe Kasten S. 26).
Bereits in der Nacht nach der Senatssitzung am 26. Mai hatten die Studenten die Seite aktualisiert, und auch ein Teil der Kommunikation zur Spontandemonstration vor dem Scandic Hotel hatte schon auf dieser Plattform stattgefunden. Über diese Internetseite wird in den kommenden Wochen der wesentliche Teil der Organisation und Kommunikation des Protests verlaufen. „Informatiker im AStA zu haben, war da sehr praktisch", erinnert sich Linda Krause. „Wir hatten für das Wochenende Vollpension gebucht, das war toll, denn so mussten wir nur zum Essen unsere Rechner verlassen und unsere Diskussionen unterbrechen."

Bereits in der zweiten Woche zahlt sich dieses Engagement bei den ersten aufwändigeren Aktionen aus.

Herbst 2005 – Lübeck kämpft zum ersten Mal um seine Uni

Das erste Mal färbte sich die Hansestadt im November 2005 gelb. Am 28. Oktober waren die Pläne der Landesregierung bekannt geworden, die Universitäten Kiel, Lübeck und Flensburg zu einer Landesuniversität Schleswig-Holstein mit Hauptsitz in Kiel zu fusionieren. Die erzwungene Fusion der Klinika in Kiel und Lübeck zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein war noch in frischer Erinnerung, von den verheißenen positiven Effekten weit und breit nichts zu erkennen.

So kündigte Uni-Rektor Prof. Dominiak sofort Widerstand an. Unterstützt wurde er dabei vom Vorsitzenden des Beirats der Universität, Björn Engholm, und vom Vorsitzenden der Possehl-Stiftung, Dr. Helmut Pfeifer. Sie verwiesen darauf, dass exzellente wissenschaftliche Leistungen nur in Eigenständigkeit entstehen.

„Lübeck kämpft um seine Uni" war die Schlagzeile auf der Titelseite der *Lübecker Nachrichten* vom 29. Oktober 2005. Die Studenten formierten sich landesweit zum Protest, denn zugleich mit dem Verlust der Selbstständigkeit hatte Wissenschaftsminister Dietrich Austermann auch die Einführung von Studiengebühren angekündigt. Er war seit April des Jahres im Amt, ebenso wie Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, der mit einer großen Koalition regierte. Staatssekretär im Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium, ebenfalls seit April: Jost de Jager.

Schon damals distanzierte sich die Lübecker CDU von ihren Parteifreunden in der Landeshauptstadt: „Hier herrscht Unverständnis und dieses typische Grollen im Magen, wenn wieder einmal ein Vorschlag aus Kiel kommt, der nur gegen uns gerichtet scheint."





Minister Austermann am 10. November 2005 auf dem Koberg in Lübeck

Der AStA der Uni Lübeck berief für den 10. November 2005 eine studentische Vollversammlung ein. Anschließend sollte es gemeinsam mit den Studierenden der Fachhochschule und der Musikhochschule einen Demonstrationszug und eine Kundgebung in der Innenstadt geben. An diesem Tag tauchten erstmals, am Anfang noch zaghaft, dann flächendeckend und machtvoll, die gelben Plakate mit der schwarzen Schrift „Lübeck kämpft für seine Uni“ auf. Auf dem Koberg protestierten 4 000 gegen die Fusion. In diesen Tagen wurde auch die Internetseite www.luebeck-kaempft.de eingerichtet, der ein längeres Leben als gedacht beschieden war.

Einen Aspekt, der viele in Lübeck aufbrachte, hob der Akademische Senat der Universität Lübeck in seiner Stellungnahme hervor: Er richtete seinen eindringlichen Appell an die Landesregierung, die jahrelange Diskussion und ständig wechselnden Entwürfe insbesondere zu Standortfragen ein für allemal ad acta zu legen. Statt im Abstand weniger Jahre immer wieder um ihren bloßen Erhalt kämpfen zu müssen, sollten erfolgreich gewachsene Strukturen endlich anerkannt und intelligent weiterentwickelt werden. „Lasst unsere Universitäten endlich wieder forschen und lehren!“

Von Anfang an hatten die Universitäten den eigentlich selbstverständlichen Grundsatz eingeklagt, an den Reformüberlegungen der Landesregierung zumindest beteiligt zu werden. Dies begann allmählich Früchte zu tragen.

Die Rektoren aus Kiel, Lübeck und Flensburg und die Dekane der beiden Medizinischen Fakultäten wurden zu Gesprächen ins Ministerium geladen.

Ende Januar 2006 kündigte Ministerpräsident Carstensen mehr Autonomie und Eigenverantwortung für die Hochschulen an. Das konnte nur bedeuten, dass die Uni-Fusion angesichts der überwältigenden Proteste vom Tisch war! Doch dauerte es noch bis zum 7. März 2006, bis der Streit – fürs Erste – beigelegt war.

Der schwarz-gelbe Protest an der Trave hatte seiner Feuertaufe bestanden. Es waren ein Bündnis und ein Vertrauen in die eigene Kraft entstanden, das auch gut vier Jahre später nicht vergessen sein würde.


Lübeck kämpft für seine UNI
für die UNI
Lübeck kämpft für seine UNI

Zweite Kämpferwoche

31. Mai – 6. Juni 2010

Immer deutlicher wird, welche Folgen das Ende der Medizinerausbildung nicht nur für die Universität, sondern auch für die Stadt, die Region und das ganze Bundesland haben könnte. Schleswig-Holstein ist ein ländlich geprägtes Bundesland, nur 16 Prozent der Bevölkerung wohnen in einer der beiden Großstädte Kiel und Lübeck. In den an Hamburg grenzenden Landkreisen ist die Bevölkerungsdichte zwar vergleichsweise hoch, aber weite Teile des Landes sind nur sehr dünn besiedelt. Und in den ländlichen Regionen in ganz Deutschland fehlen Ärzte.

Dieser Notstand würde durch die geplante Schließung noch verschärft, neu ausgebildete Mediziner orientieren sich gerne in der Nähe ihres Studienortes. Daher schlägt die Ärztekammer Schleswig-Holstein am 31. Mai Alarm: „Die in Lübeck ausgebildeten Mediziner werden dringend gebraucht!“

Und auch Sebastian Fetscher, Vorsitzender des Ärztevereins zu Lübeck, befürchtet in einem Schreiben an den Wissenschaftsminister de Jager, „dass ein Wegfall des universitären Status des UK S-H Campus Lübeck erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die medizinische Versorgungsstruktur im Süden Schleswig-Holsteins haben wird.“

Der Hartmannbund ist ein Berufsverband der Ärzte. Damit vertritt er die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Die Vorsitzenden wissen also um die Situation der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein und um die Interessen und Hoffnungen der Studienabgänger. In einer Presseinformation unter dem Titel „Blinder politischer Aktionismus der Landesregierung wird Ärztemangel weiter verschärfen!“ kritisiert der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende des Verbandes, Bernd Thomas: „Wenn die Landesregierung mit diesem Plan tatsächlich davon ausgehen

sollte, dass die ärztliche Versorgung in Schleswig-Holstein nicht gefährdet ist, dann sollten sich die Damen und Herren vor Augen führen, dass in den kommenden fünf Jahren mindestens 1 500 niedergelassene Ärzte im Land in den Ruhestand gehen und gleichzeitig 1 500 Studienplätze wegfallen.“



„Lübeck-kämpft“-Plakate in den Fenstern eines Studentenwohnheims

Viele Studenten aus anderen Bundesländern haben im Laufe ihres Studiums in Lübeck Wurzeln geschlagen. Sie haben Freunde gefunden, vielleicht Familien gegründet, leben gern in der Hansestadt und möchten sich längerfristig in der Lübecker Region orientieren. Eine Umfrage der Universität unter Hausärzten im Lübecker Umland ergab, dass 56 Prozent der niedergelassenen Hausärzte in Lübeck studiert hatten. Mehr als 80 Prozent von ihnen hatten die Universitäten in Kiel, Lübeck oder Hamburg besucht – sie waren also in der Region geblieben. Das ist in anderen Universitätsstädten ähnlich: Wer mit seinem Studium fertig ist, möchte in der Gegend bleiben.

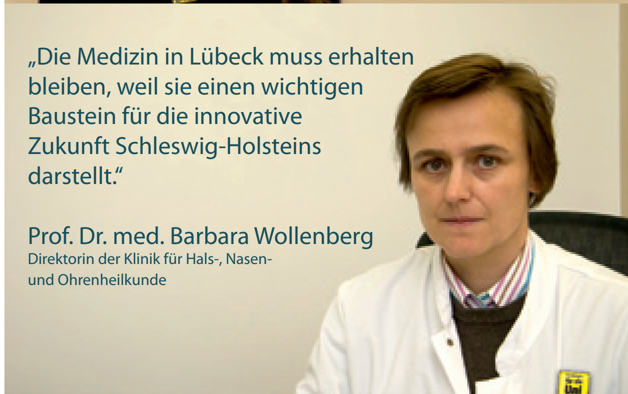
Und auch die Krankenhäuser brauchen Ärzte. In Lübeck und Umgebung gibt es sechs Akademische Lehrkrankenhäuser. Das sind Kliniken, in denen ein genau umrissener Teil der Medizinerausbildung stattfindet und die dadurch eine praxisnahe Ausbildung sicherstellen. Die Krankenhäuser sind dabei selbst nicht Teil der Universität. Die Lehrkrankenhäuser der Region rekrutieren allerdings ihren Nachwuchs in wesentlichen Teilen von der Universität zu Lübeck. Ihre Chefärzte sprechen in einer Pressemitteilung vom 2. Juni von einem „Todesstoß für die akademische Ausbildung" und rechnen nach der Schließung der Universitätsmedizin mit folgendem Szenario: „So ist zwar vordergründig eine Kostenentlastung durch die Ausbildungsplatzvernichtung erreicht worden, jedoch fehlen die hochqualifizierten Kräfte an allen Ecken und Enden in der Gesundheitswirtschaft der Region. Ein Ersatz durch zusätzliche Studienplätze in Kiel – so sie denn entstehen – kann diese Lücke nicht schließen, da gerade die wohnortnahen Stellen für die häufig langjährig in Lübeck wohnenden Jungmediziner attraktiv waren. Die unterzeichnenden Chefärzte der regionalen Akademischen Lehrkrankenhäuser warnen daher eindringlich vor einem solchen Schließungsschritt."

Von nun an erscheinen täglich wechselnde Stellungnahmen auf der Internetseite der Universität. Studenten, Professoren und andere Unterstützer geben unter dem Titel: „Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil ..." und mit einem Bild jeweils ihre persönlichen Gründe für den Erhalt der Fakultät an.



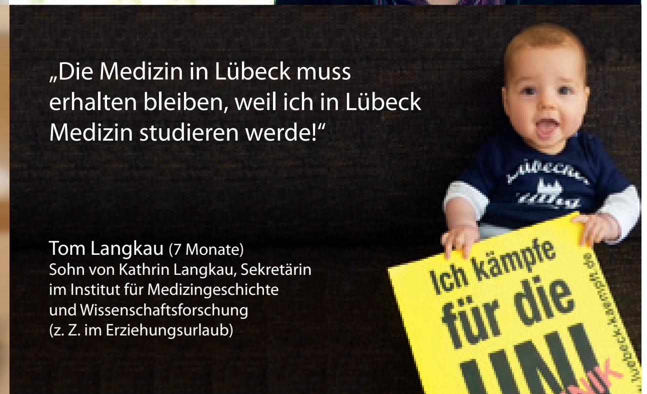

kämpft
für seine
„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil die anderen Studiengänge ohne sie nicht bestehen können."
Linda Krause
Studentin Computational Life Science, 4. Semester
AStA-Vorsitzende

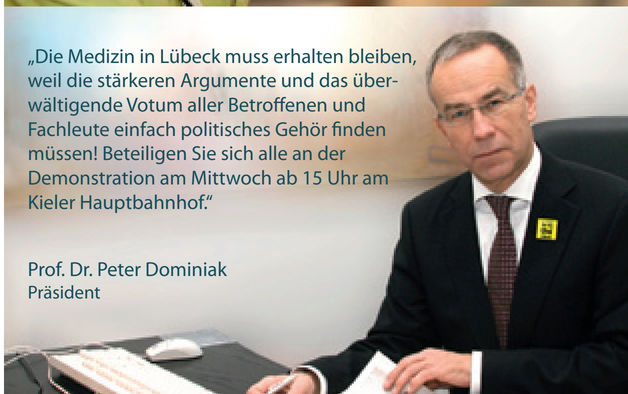

„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil die Stadt, die Region und das gesamte Schleswig-Holstein mit dem Studiengang ein wichtiges Aushängeschild verlieren und der Wegfall der medizinischen Forschung in Lübeck auch für die Entwicklung der Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie nicht ohne Folgen bleiben würde."
Prof. Dr. rer. nat. Charli Kruse
Standortleiter der Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil sie einen wichtigen Baustein für die innovative Zukunft Schleswig-Holsteins darstellt."
Prof. Dr. med. Barbara Wollenberg
Direktorin der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil mit ihrem Verschwinden viel geistiges und somit auch wirtschaftliches Potential (das Non plus ultra!?) für die Zukunft Lübecks verloren gehen würde."
Prof. Dr. rer. medic. Lisa Marshall
Institut für Neuroendokrinologie


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil für sie nachweislich gilt: Wissen schafft Wirtschaft. Sie muss bleiben, weil Landeszuschüsse dem Land durch von außen eingeworbene Forschungsmittel mit beachtlicher Rendite zurückgegeben werden, zum Wohle des gesamten Landes und zukünftiger Generationen."
Prof. Dr. rer. nat. Alfred Xaver Trautwein
ehem. Direktor des Instituts für Physik
Rektor der Universität 2002 – 2005


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil ich in Lübeck Medizin studieren werde!"
Tom Langkau (7 Monate)
Sohn von Kathrin Langkau, Sekretärin im Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung
(z. Z. im Erziehungsurlaub)
Ich kämpfe
für die


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil die stärkeren Argumente und das überwältigende Votum aller Betroffenen und Fachleute einfach politisches Gehör finden müssen! Beteiligen Sie sich alle an der Demonstration am Mittwoch ab 15 Uhr am Kieler Hauptbahnhof."
Prof. Dr. Peter Dominiak
Präsident


„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil der Medizinstudiengang untrennbar mit der medizintechnischen Wirtschaft in und um Lübeck verbunden ist und dadurch die Wertschöpfung höher ist als die langfristigen Einsparmöglichkeiten. Außerdem soll das Land auf seine Leuchttürme stolz sein – in der Wissenschaft wie in der Kunst."
Prof. Inge-Susann Römhild
Präsidentin der Musikhochschule Lübeck



„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil bei einer angestrebten Einsparung von 25 Millionen Euro im Jahr auf der Einnahmeseite Hunderte Millionen Euro verloren gehen würden. Ich vertraue auf die Demokratie, dass sie nicht jede Dummheit zulässt."

Dr. med. Winfried Stöcker
Vorstandsvorsitzender
EUROIMMUN AG



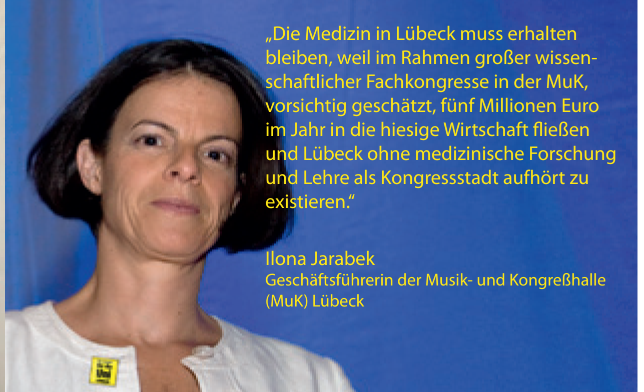
„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil durch die Universität junge, kreative Menschen in die Stadt kommen. Für die Stadt Lübeck, der eine Überalterung droht, stellt die Universität mit ihren Studierenden und Wissenschaftlern eine überlebensnotwendige Frischzellenkur dar. Behauptete Alternativlosigkeit einer fragwürdigen Sparmaßnahme ist das fantasielose Gegenteil dessen, was unsere Zukunft bedeutet."

Prof. Dr. med. Gabriele Gillessen-Kaesbach
Direktorin des Instituts für Humangenetik



„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil ich mich bei der erstklassigen medizinischen Versorgung und dem guten Zusammenspiel von Ärzten, Pflegepersonal und Technik immer wieder für eine Geburt in der Uni-Frauenklinik entscheiden möchte."

Svenja Knoll
Erzieherin, Mutter von zwei Kindern



„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil im Rahmen großer wissenschaftlicher Fachkongresse in der MuK, vorsichtig geschätzt, fünf Millionen Euro im Jahr in die hiesige Wirtschaft fließen und Lübeck ohne medizinische Forschung und Lehre als Kongressstadt aufhört zu existieren."

Ilona Jarabek
Geschäftsführerin der Musik- und Kongreßhalle (MuK) Lübeck



„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil

Exzellenz + Medizin = Lübeck

die Formel ist, die in Deutschland seit Jahren gilt und positiv für den Forschungsstandort Schleswig-Holstein ausstrahlt."

Dr. Iris Klaßen
Wissenschaftsmanagerin der Hansestadt Lübeck



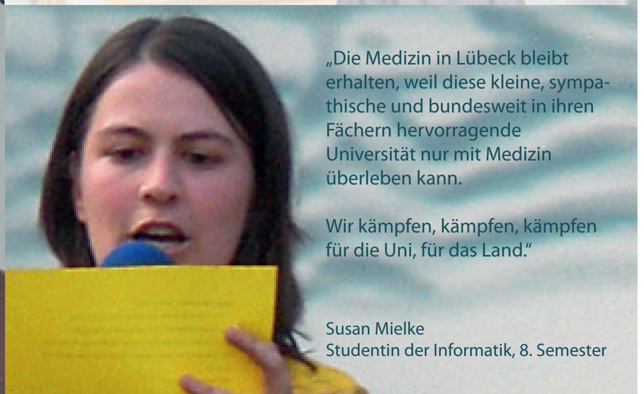
„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil sonst in Lübeck Tausende Studenten, Ärzte, Wissenschaftler, Arbeitnehmer und Unternehmer sowie deren Familien leiden müssten, weil sich einer in Kiel beim Rechnen die Arbeit zu leicht gemacht hat."

Prof. Dr. med. Heribert Schunkert
Direktor der Medizinischen Klinik II



„Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil wir das, womit wir auf dem Gebiet der Fort- und Weiterbildung begonnen haben, gleich wieder einpacken können – das war´s dann ..."

Dr. Manfred Bossow
Leiter des Zentrums für Fernstudium und Weiterbildung



„Die Medizin in Lübeck bleibt erhalten, weil diese kleine, sympathische und bundesweit in ihren Fächern hervorragende Universität nur mit Medizin überleben kann.

Wir kämpfen, kämpfen, kämpfen für die Uni, für das Land."

Susan Mielke
Studentin der Informatik, 8. Semester

Auch die Studenten an Universitäten außerhalb Schleswig-Holsteins haben inzwischen von den Sparplänen der dortigen Landesregierung erfahren und solidarisieren sich mit der Universität zu Lübeck. Auch viele Nicht-Medizinstudenten wissen, dass Lübeck für dieses Fach eine der allerbesten Adressen ist. Aber es geht nicht nur um die Medizin. Die Studenten sind bundesweit davon betroffen, dass die klammen Kassen der Länder und Kommunen dazu führen, dass an Schulen und Universitäten gespart wird. So schreibt der AStA der Universität Hamburg in einer Solidaritätsbekundung: „Den Studiengang Medizin zu streichen, halten wir bildungspolitisch für eine fatale Fehlentscheidung. Eine gute Bildung ist die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft und darf aus diesem Grund unter keinen Umständen zum Spielball finanziell-politischen Kalküls werden."

Das Studierendenparlament der in Lübeck auf dem gleichen Campus gelegenen Fachhochschule meldet sich ebenfalls mit einer Stellungnahme zu Wort. Die Autoren betonen darin, dass eine Universität mehr ist als eine Bildungseinrichtung. Dass sie vielmehr auf die gesamte Bevölkerung wirkt und das ganze Gesicht einer Stadt verändert. Sie solidarisieren sich mit den Studenten der Universität – und sie schlagen eine Brücke zu den Menschen der ganzen Stadt Lübeck. „Große [... und ...] kleine Unternehmen, zahlreiche Zulieferer, Forschungsbetriebe und -institutionen leben vom Erhalt der Medizin an der Universität. Deren Verlust wird irreparable Schäden der wirtschaftlichen Strukturen nach sich ziehen. Aber genauso bedeutet ein Verlust der Medizin einen Verlust der Universität als kulturellem Faktor. Unserer Hansestadt gehen damit neben einem erfolgreichen Hochschulorchester auch ein Hochschultheater, eine Schülerakademie und vielfältige Vortragsreihen verloren. [...] Der Universität zu Lübeck sprechen wir – die Studierendenschaft der FH Lübeck – unsere vollste Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen eine Einstellung des Medizinstudiums aus." Und der Präsident der Fachhochschule, Professor Stefan Bartels, erklärt: „Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben, weil die Vernetzung mit dem besten Medizin-Studiengang in Deutschland notwendig für die Medizintechnik-Angebote der Fachhochschule Lübeck ist."

Konkrete Zahlen für die möglichen wirtschaftlichen Folgen für die Stadt

02·06·10

nennt Ilona Jarabek von der Musik- und Kongresshalle (MuK): „Machen wir uns nichts vor: [...] Zwei von drei Kongressen mit 400 bis 3 000 Teilnehmern in Lübeck sind wissenschaftliche Kongresse, die ohne die Universität nicht nach Lübeck kämen. Wenn wir vorsichtig schätzen, fließen im Rahmen großer wissenschaftlicher Fachkongresse in der MuK etwa 5 Mio. Euro im Jahr in die hiesige Wirtschaft. Hinzu kommen die großen Kongresse in der Uni selbst und in den großen Hotels in Lübeck und Travemünde. Davon bräche zumindest ein erheblicher Teil weg."
Und der Aufsichtsratsvorsitzende der MuK, Frank-Thomas Gaulin, macht eine einfache Rechnung auf: „Die Wertschöpfung von Wissenschaft und Forschung in Lübeck ist um einiges höher als die dauerhafte Einsparmöglichkeit durch die geplanten Streichungen."

Nach Mecklenburg ins Exil

Die unterstützenden Kommentare und Solidaritätsadressen befeuern weiter den Kämpfergeist der Studenten. Und mit der ersten Aktion außerhalb Lübecks demonstrieren sie, was der Stadt droht, wenn die Universität schließen muss.
Unter dem Motto: „Wenn das Land Schleswig-Holstein uns nicht mehr will, dann gehen wir eben nach Mecklenburg ins Exil!" organisiert Rolf Hilgenfeld, Professor für Biochemie, zwei Vorlesungen auf der Freilichtbühne im 30 Kilometer entfernten Schönberg in Mecklenburg, kurz hinter der Landesgrenze. Bei schönstem Wetter hält zunächst Cor de Wit, Professor für Physiologie, eine Vorlesung vor den in dem Halbrund versammelten Studenten. Der Student Tobias Drever erinnert sich: „Hierbei gelang es ihm eindrucksvoll, einige Zusammenhänge zwischen dem Protest der Hochschulangehörigen und dem Kreislauf herzustellen: So stellte er klar, dass im Körper zuerst die Teile mit Blut versorgt werden, die wichtig sind, nämlich das Gehirn und das Herz. Sollte dies einmal nicht der Fall sein – so wie in der Überlegung der Landesregierung, den Medizinstandort Lübeck zu schließen –, so ist das Herz in der Lage, Druck zu erzeugen, um die Situation zu verbessern. Und dies ist genau das, was wir tun: Druck erzeugen, um die Landesregierung davon abzuhalten, das Gehirn völlig von der Versorgung abzuschneiden."



Vorlesung von Rolf Hilgenfeld in Schönberg: „Dann gehen wir eben nach Mecklenburg ins Exil!"

Nach einer weiteren Vorlesung von Rolf Hilgenfeld geht es zurück in Richtung Heimat.

Am gleichen Tag kommen in Kiel Delegationen der Kieler und Lübecker Universitäten zu einem Treffen zusammen, zu dem Jost de Jager eingeladen hatte. Mehrere Lübecker berichten anschließend übereinstimmend darüber. De Jager sagt bei diesem Treffen, dass „Qualitätsmerkmale bei dieser Entscheidung keine Rolle gespielt haben." Auf die Frage aus Lübeck „Haben Sie überhaupt eine Risikoanalyse durchgeführt bezüglich der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kollateralschäden, die durch ihren Vorschlag entstehen?" antwortet der Minister mit „Nein".

Jürgen Westermann, Professor für Anatomie, der auch dabei war, kommentiert: „Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Der Wissenschaftsminister, der gleichzeitig auch Wirtschaftsminister ist, legt seinen Kabinettskollegen einen Vorschlag vor, dessen Risiken er nicht analysiert hat und damit auch nicht kennt. Er setzt eine Abwärtsspirale für die Universität in Gang, obwohl der Landtag dem Ganzen noch gar nicht zugestimmt hat und obwohl die schwarz-gelbe Koalition dort über eine Mehrheit von nur einer Stimme verfügt."

Unterdessen sind die Studenten unermüdlich dabei, die Bürger Lübecks zu informieren. Für den 2. Juni haben sie einen Sternmarsch organisiert – aber einen umgekehrten. Statt aus verschiedenen Richtungen in die Stadt zu strömen, treffen sie sich auf dem Rathausmarkt, und jeder bekommt einen Stapel Flyer und einen Laufplan in die Hand – mit dem Ziel, jeden

02.06.10

Haushalt auf der Altstadtinsel mit einem Flugblatt zu versorgen. Vorher müssen die Studenten die selbstgedruckten Flyer zurechtschneiden. „Diese Aufgabe hat uns die ganzen Wochen begleitet. Sobald man ins AStA-Gebäude kam, bat einen jemand, doch bitte mit Flyer zu schneiden“, erinnert sich die damalige AStA-Vorsitzende Linda Krause. Und für die 20 000 Bewohner der Altstadtinsel brauchen sie viele Flugblätter. Aber der Aufwand lohnt sich: Am Ende des Tages haben die Helfer 10 000 Flyer in Hände gedrückt und in Briefkästen gesteckt. Jetzt sind die Lübecker Studenten um viele Sympathisanten reicher.



Zehntausend Flyer für die Altstadtinsel

Linda Krause

„Man muss sich mit dem Megaphon vor die Mensa stellen und schreien“



Linda Krause war im Sommersemester 2010 die Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Universität zu Lübeck. Sie studiert „Mathematik in Medizin und Lebenswissenschaften“.

Wie sind Sie zum AStA gekommen?

Ich habe mich schon zu meiner Schulzeit ehrenamtlich engagiert. Daher hat mich gleich zu Beginn meines Studiums die Arbeit des AStA interessiert – und als ich anfing zu studieren, hat der AStA noch eine stellvertretende Vorsitzende gesucht. So bin ich gleich in der zweiten Woche meines Studiums in den AStA-Vorstand gewählt worden.

Was hätte die Schließung der Universität für die Studenten bedeutet?

Die Studenten wären sicher am besten damit klargekommen. Sie hätten sich einfach eine andere Hochschule suchen können – abgesehen davon, dass die meisten ihr Studium vermutlich trotz der Schließung noch in Lübeck hätten zu Ende führen können. Und trotzdem waren es die Studenten, die am meisten für den Erhalt der Uni gekämpft haben.

Was hat sich mit Bekanntwerden der Schließungspläne verändert?

Vorher waren wir im AStA eine kleine, eingeschworene Truppe, die ein paar Projekte bearbeitet hat. Es war nicht übermäßig viel zu tun. Das än-

derte sich schlagartig: Plötzlich waren wir Ansprechpartner für die ganze Uni, es kamen alle auf uns zu und hatten Ideen, vom Studenten über das nichtwissenschaftliche Personal bis zum Professor. Das mussten wir dann alles versuchen zu koordinieren.

Sie selbst standen plötzlich im Licht der Öffentlichkeit. Wie war das für Sie?

Wir hatten in Lübeck schnell das Gefühl: Wir gegen die. Vor allem, als sich die Stadtpolitik hinter uns gestellt hat. Daher wusste ich, dass mich sehr viele Leute unterstützen, wenn ich meine Meinung sage. Bei den Gesprächen mit den Landespolitikern habe ich gemerkt, dass sie mir gegenüber ein bisschen zurückhaltend waren – ich war eben nicht die typische politische Gegnerin. Ich hatte nie das Gefühl, ihnen rhetorisch nicht gewachsen zu sein. Aber vor allem hatte ich die besseren Argumente!

Welche Rolle spielte die Internetseite luebeck-kaempft.de, aber auch die entsprechenden Facebook- und Twitter-Accounts für die Proteste?

Wir hätten ohne die Internetseite nicht so viele Leute erreicht, wir hätten zum Beispiel nie 130 000 Unterschriften zusammenbekommen. Das hat uns auch immer neuen Antrieb gegeben, wenn Briefe mit Unterschriften ankamen. Dieses Bestätigungsgefühl: „Ach, wie schön, da haben in Marburg 400 Medizinstudenten für uns unterschrieben". Das wäre ohne Internet nicht möglich gewesen.

Aber die Rolle des Internets für den Protest in Lübeck wird eher überschätzt. Natürlich ist es wichtig, dass die Leute sich immer über die Seite und über Facebook und Twitter informieren können. Und einige Studenten sind auch nahezu ständig online erreichbar. Aber wenn man wirklich die breite Masse der Studenten erreichen will – dann muss man sich wie früher mit dem Megaphon vor die Mensa stellen und schreien.

Was haben Sie aus den Protesten mitgenommen?

Ich erinnere mich an die Stadt, die im Sommer voll mit „Lübeck-kämpft"-Plakaten war, und weiß: Aus Schwarz-Gelb kann auch was Gutes werden!

Auch das wohl bekannteste Lübecker Unternehmen bezieht zum ersten Mal in seiner 200-jährigen Firmengeschichte zu einer politischen Frage Stellung: Der Süßwarenhersteller Niederegger präsentiert ein „Lübeck kämpft für seine Uni"-Plakat – natürlich aus Marzipan.



Niederegger-Mitarbeiterinnen präsentieren „Lübeck kämpft" in Marzipan.

Die Landesregierung behauptet in der Veröffentlichung der Haushaltsstrukturkommission, dass allein die Medizinische Fakultät geschlossen werden solle. Die übrigen Studiengänge sollten bestehen bleiben, und die Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie solle trotzdem zum vollwertigen Fraunhofer-Institut befördert werden.

Vier brisante Seiten aus Kiel

Doch die Landesregierung wusste von den Risiken ihrer Kürzungspläne. Am 3. Juni erreicht die Lübecker Studenten ein brisantes Papier aus Kiel. Es ist sind nur vier Seiten des 1 500 Seiten starken Kommentars des Wissenschaftsministeriums, den die Kieler Haushaltsstrukturkommission als Grundlage für ihre Entscheidung genommen hatte. Zwar fehlen die üb-

rigen vielen hundert Seiten, aber was auf dem Ausriss schwarz auf weiß steht, verschlägt den Lübeckern den Atem.

In dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Papier hat die Haushaltsstrukturkommission die verschiedenen Alternativen zum Einsparen der benötigten Summe innerhalb der Universitätsmedizin in Schleswig-Holstein zusammengefasst und jeweils Vorteile und Risiken abgeschätzt. Das Risiko, das die Kommissionsmitglieder im Falle der Schließung der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck sehen, stellen sie folgendermaßen dar: „Die Universität zu Lübeck ist nach Schließung des Fachbereichs Medizin in Lübeck nicht überlebensfähig. Die übrigen Studiengänge der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Lübeck sind außer der Informatik (die aber nicht ausgelastet ist) eng mit dem Medizinbereich verzahnt und bedürfen des Inputs aus der Medizin. Dies betrifft vor allem die erfolgreichen Studiengänge Molecular Life Science und Medizinische Ingenieurswissenschaft. Mit der Schließung der gesamten Universität zu Lübeck gehen Arbeitsplätze für das Verwaltungspersonal und das wissenschaftliche Personal in Lübeck verloren, die in Kiel „untergebracht“ werden müssen. Ferner verlieren die privaten Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in Lübeck ihren Kooperationspartner. Die vom Land geförderte Fraunhofer-Projektgruppe EMB könnte ihre Arbeit nicht fortführen, ebenso wenig wie die im Rahmen der Exzellenzinitiative geförderte Graduiertenschule. Ein Abbau von Medizinstudienplätzen wird angesichts der doppelten Abiturientenjahrgänge und der Diskussion um einen Ärztemangel auf Widerspruch stoßen.“

Medizinstudentin und AStA-Mitglied Susanne Himmelsbach erinnert sich: „Der Schock saß tief. Während wir bisher davon ausgegangen waren, die Regierung hätte sich einfach dilettantisch schlecht informiert, war jetzt klar, dass es ein ganz gezielter Schlag gegen die Universität und die Stadt war. Das war der Beweis, dass systematisch gelogen wurde. Waren vor einer Woche vor dem Scandic Hotel die „Lügner! Lügner!“-Rufe noch rein emotional, wurden sie nun zur traurigen Wahrheit.“

Sofort berichten auch die *Lübecker Nachrichten* unter der Überschrift „Hat Minister de Jager gelogen?“ von dem Papier. Dort kommt auch Wolfgang Kubicki zu Wort, der sich nach Bekanntwerden des Risikopapiers sichtlich

ertappt fühlt: „Diese [Risiken] sind analysiert und als sehr gering und beherrschbar bewertet worden." Ein Sprecher in Kiel versucht, die Tragweite abzumildern: in dem Papier werde nur ein „worst case scenario" beschrieben.

Diese Unverfrorenheit ruft auch die Opposition im Kieler Landtag auf den Plan. Fassungslos konstatiert der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck: „Erst war die Haushaltsstrukturkommission ein Klüngelclub, dann zeigt sich, dass sie jeglichen Fachverstand bewusst ausgeschlossen hat – jetzt stellt sich heraus, dass sie die Öffentlichkeit hinters Licht führt. Sie wird vom Dilettanten- zum Intrigantenstadel."

Und der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, erklärt, wie die Landesregierung die Einwände der anderen Fraktionen bisher abgetan hat: „Befürchtungen, dass die Universität nicht allein auf dem Standbein Medizintechnik balancieren könne und dass das geplante Fraunhofer-Institut dann nicht realisiert würde, galten als Schwarzmalerei der Opposition." Bei ihrer „Haushaltspolitik mit der Abrissbirne" habe die Regierung das mögliche Aus für die gesamte Universität aber „ganz bewusst einkalkuliert, dies aber bisher nicht zugegeben, um die Proteste in Grenzen zu halten." Er spricht weiter von einer „ganz besonders kläglichen Rolle", die Kubicki bei diesem „Manöver" gespielt habe, und fordert, „der Öffentlichkeit jetzt endlich reinen Wein einzuschenken."

Der AStA der Universität zu Lübeck hat inzwischen damit begonnen, für den 16. Juni eine Demonstration in Kiel zu planen. Der dortige AStA hat bereits angekündigt, dass sie die Lübecker Studenten auf der Demo unterstützen werden. AStA-Vorstand Tobias Langguth beschreibt die Entschlossenheit der Kieler Studenten: „Wir dürfen uns hier nicht in egozentrischen Grabenkämpfen verzetteln und im Neid auf den anderen schauen, der weniger Kürzungen zu tragen hat. [...] Zusammen werden wir etwas bewegen können, getrennt werden wir scheitern!"

Schon jetzt, keine zwei Wochen nach Bekanntwerden der Schließungspläne, beginnt – für Außenstehende fast unmerklich – der Zerfall der Universität. Obwohl über das Sparpaket voraussichtlich erst im Dezember 2010 im Landtag endgültig abgestimmt werden soll, hinterlassen die Ankün-

digungen erste Spuren. Die Wissenschaftler sind sich unsicher über ihre Zukunft, sie befürchten, dass sie für ihre Arbeit an dieser dem Untergang geweihten Uni keine Forschungsmittel mehr bewilligt bekommen. Die ersten sehen sich bereits nach neuen Arbeitsstellen um. Der Schaden für die Universität ist damit schon jetzt kaum noch abzuwenden.

Dabei ist der Entwurf der Haushaltsstrukturkommission noch längst nicht beschlossene Sache. Die Kommission kann zwar in ihren Haushaltsentwurf alles hineinschreiben, doch auch wenn das Kabinett bereits zugestimmt hat, müssen die Abgeordneten im Landtag den Entwurf noch bewilligen. Im September wird die Regierung das Papier zur ersten Lesung im Landtag vorlegen. Dann geht es an einen Ausschuss, und erst im Dezember wird das Parlament endgültig über den Sparplan entscheiden. Und im Schleswig-Holsteinischen Landtag besitzt die Regierungskoalition aus CDU und FDP die Mehrheit von nur einer einzigen Stimme. Daher hegen viele Angehörige der Universität zu Lübeck die Hoffnung, dass sich einzelne Abgeordnete von CDU und FDP gegen ihre Parteifreunde in der Regierung stellen und so die Schließungspläne abwenden.

Aber jetzt ist Anfang Juni, und bis zum Dezember ist es noch lange hin. Dass Abweichler Ende des Jahres gegen den Entwurf stimmen, ist für die Lübecker in diesen Tagen nur eine Hoffnung und ein schwacher Trost. Denn wenn die Wissenschaftler und Ärzte bis Ende des Jahres weiter um ihre Arbeitsstellen und ihr Forschungsumfeld bangen müssen, entsteht für die Universität ein nicht mehr zu reparierender Schaden. Dann nützt es auch nichts, wenn die Abgeordneten den Entwurf am Ende des Jahres ablehnen. Die guten Wissenschaftler werden andere Stellen gefunden haben, die Uni Lübeck wird offene Stellen nicht neu besetzen können. Denn wer geht schon an eine Uni, von der man nicht weiß, ob es sie in ein paar Jahren noch gibt?

Nach der Meinung von Studiendekan Jürgen Westermann handelt es sich im Nachhinein um eiskaltes politisches Kalkül der Regierung: „Sie haben sich eine günstige Gelegenheit ausgesucht, um die Schließung der Uni anzukündigen: Weil sie die Schließung mit dem Sparzwang des Landes begründet haben, hätten sie sich als Vorbild in Deutschland aufspielen können. Da der Wissenschaftsminister gleichzeitig Wirtschaftsminister

ist, gab es keinen Konflikt zwischen den Ressorts. Und nur ein einziger Abgeordneter der CDU/FDP-Koalition kommt aus Lübeck – sie hatten also bei den nächsten Wahlen nicht viel zu verlieren. Außerdem hatten das UK S-H und die Universität Kiel bei den Sparplänen keine Einsparungen hinzunehmen, und die Regierung hoffte, sie dadurch ruhigstellen zu können. Schließlich war die Bevölkerung noch bis Anfang Juli durch die Fussball-WM abgelenkt – und dann ist erst einmal Sommerpause. Es wäre sehr schwer geworden, die Proteststimmung über die Ferienzeit hinweg am Leben zu erhalten. Und danach wäre dann schon alles verloren gewesen.“

Das betont auch der Medizinische Fakultätentag am 4. Juni: „Alleine die undifferenzierte Ankündigung hat bereits jetzt einen massiven Schaden für die Universität Lübeck ausgelöst.“ Obwohl der Standort Lübeck nur eine von 36 Medizinfakultäten in Deutschland ist, befürchten die Autoren: „Künftig werden kaum noch Drittmittel von Bundes- und EU-Förderinstitutionen nach Lübeck fließen. Verlängerungen bestehender medizinnaher Fördermaßnahmen sind nicht zu erwarten, da die führenden Wissenschaftsorganisationen keine Perspektiven mehr sehen. [...] Die Leistungsträger bewerben sich weg, Bewerbungen von außen werden zurückgezogen. Eine Abwärtsspirale tritt ein. Die von der Universität Lübeck ausgehende Wertschöpfung [...] wird dramatisch absinken. Der Langzeitschaden ist unermesslich.“

Und während Studenten und Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet Stellung für die Universität Lübeck beziehen, informieren und mobilisieren die Lübecker Studenten die Einwohner der Stadt und organisieren Widerstand.

Wie heißt es in dem Risikopapier der Haushaltsstrukturkommission noch gleich? „Ein Abbau von Medizinstudienplätzen wird [...] auf Widerspruch stoßen.“

Womit die Kommission Recht behalten sollte. Die Proteste finden in der nächsten Woche ihren Weg nach Berlin.

Jeanette Erdmann

„Wir wären für zehn Jahre vom Geld abgeschnitten gewesen“



Prof. Dr. Jeanette Erdmann ist Leiterin des Molekulargenetischen Labors der Medizinischen Klinik II des Uniklinikums S-H Campus Lübeck.

Wie haben Sie von den Sparplänen der Landesregierung erfahren?

Es gab zunächst ja nur Gerüchte darüber, dass es eine Meldung der Landesregierung gebe, wonach die Medizin in Lübeck eingespart werden soll. Das habe ich erst gar nicht geglaubt – dass es wirklich ernste Absichten gibt, die Medizin und damit vermutlich die gesamte Universität zu schließen.

Wie haben Sie reagiert, nachdem sich herausstellte, dass die Gerüchte keine waren oder dass die Gerüchte stimmten?

Jeden ersten Mittwoch im Monat trifft sich der Forschungsschwerpunkt „Kardiovaskuläre Genomforschung“. Wir trafen uns also am 2. Juni, eine gute Woche nach Bekanntwerden der Pläne. Bei diesem Treffen, bei dem auch Prof. Heribert Schunkert und Prof. Cor de Wit anwesend waren, kam

die Idee auf, am darauf folgenden Montag eine „Exilvorlesung“ in Berlin zu halten.

Das haben wir dann auch gemacht – drei unserer Professoren hielten eine Vorlesung im Berliner Tiergarten. Anschließend zogen wir vor die Landesvertretung von Schleswig-Holstein. Denn dort fand an diesem Tag eine Veranstaltung statt, bei der Schleswig-Holstein ausgerechnet seinen prosperierenden Wirtschaftszweig Medizintechnik präsentierte – was für eine Ironie!

Wie äußerten sich die Vertreter der Landesregierung den Demonstranten gegenüber?

Was mir besonders im Gedächtnis geblieben ist, ist ein Ausspruch von Peter Harry Carstensen. Es ging um die Argumentation, dass man in der Forschung nicht einfach so kürzen könne wie im Straßenbau, sondern dass andere Kriterien zugrunde gelegt werden müssten. Carstensen sagte: „Lübeck hat ja wenigstens Straßen.“ Da wurde mir klar, dass sie es wirklich ernst meinen. Danach war ich sehr resigniert und hatte wenig Hoffnung, dass sich noch etwas retten ließe.

Was für Folgen hätte die Schließung der Universität für Sie gehabt?

Wir mussten uns zum Beispiel bis August beim BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) als Standort für ein Gesundheitszentrum bewerben. Wenn wir da nicht dabei gewesen wären, wären wir für zehn Jahre vom Geld abgeschnitten gewesen. Und wir hätten den Zuschlag nicht bekommen, wenn das Ende der Universität zu Lübeck abzusehen gewesen wäre.

Wie reagierten die Wissenschaftler auf die drohende Schließung?

Viele haben sich sehr schnell nach anderen Jobs umgesehen. Es gab Gespräche von Lübecker Wissenschaftlern mit anderen Universitäten. Man kann das auch niemandem übelnehmen. Ich habe eine Postdoktorandin, die wegen der Stelle bei mir gerade mit der gesamten Familie von Berlin nach Lübeck gezogen war.

Wie haben Sie die gesamte Protestbewegung „Lübeck kämpft für seine Uni“ erlebt?

Ich war sonst nie auf Demonstrationen und hatte keine Erfahrung mit dem Organisieren von Protest, aber die Studenten haben das ganz toll und schnell auf die Beine gestellt, das hat mich sehr beeindruckt. Und diese gelben Plakate in der ganzen Stadt, das war schon toll. Im Nachhinein habe ich auch das Gefühl, dass wir auf dem Campus durch die Aktion näher aneinandergerückt sind. Und dadurch, dass wir die Rettung der Universität erreicht haben, haben wir auch die Förderung vom BMBF bekommen und sind Standort für ein deutsches Herz-Kreislauf-Zentrum geworden! Im Moment bin ich ganz zuversichtlich, was die Zukunft angeht.


Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
LÜBECK

Dritte Kämpfer woche

7. – 13. Juni 2010

07.06.10

Die Woche beginnt mit einer weiteren Protestaktion außerhalb von Lübeck. Etwa 300 Studenten und Angehörige der Universität fahren nach Berlin, um dort gegen die Pläne der Landesregierung zu protestieren.

Sie planen nicht nur eine Demonstration mit Plakaten, Pfiffen und Parolen, sondern organisieren eine weitere Exilvorlesung im Berliner Tiergarten, dem riesigen, mitten in der Stadt gelegenen Park der Hauptstadt. Obwohl das Semester in vollem Gange ist, geben viele Dozenten ihren Studenten für diesen Tag frei und bieten an, Vorlesungen und Praktikumstage an einem anderen Termin nachzuholen.

Drei Professoren haben Vorlesungen vorbereitet, die sich auf den ersten Blick mit medizinischen Themen befassen, deren politische Aussage aber klar erkennbar ist. Es sind die Direktorin der HNO-Klinik, Barbara Wollenberg, mit ihrem Thema „Palliativmedizin – Totgesagte leben länger“, der Stellvertretende Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene, Johannes Knobloch, mit seiner Vorlesung zum Thema „Interaktion zwischen Medizin und Medizintechnik – Das Böse sichtbar machen“ sowie Cor de Wit, der stellvertretende Direktor des Instituts für Physiologie mit seiner Vorlesung „Sauerstoffversorgung und Durchblutung – in der Not hilft nur Druck“.

Auch für Musik ist gesorgt – die Studenten machen sie selbst. Die Studentin Susan Mielke hat ein Lied geschrieben, das sie ihren Kommilitonen im Tiergarten beibringt, bis alle mitsingen. Der Text ist so simpel wir deutlich: „Wir fordern Rücktritt, wir wollen, dass die Uni lebt, wir fordern Rücktritt, wir wollen dass de Jager geht. Wir kämpfen, kämpfen, kämpfen für die Bildung, für das Land, wir kämpfen, kämpfen, kämpfen, das liegt auch in unserer Hand! Wir fordern Rücktritt …“

Diese Zeilen werden beliebig oft wiederholt. Die Melodie ist eingängig und wird vielen Lübecker Studenten in den nächsten Wochen als Ohrwurm im Kopf herumgehen. Bereits vorher hatte der Student Sascha Kretschmann ein Protestlied geschrieben, in dem er über mehrere Strophen hinweg den Beschluss der Landesregierung anprangert.

Susan Mielke erzählt: „Das Lied war gut, aber es war so lang, dass sich die Studenten nicht den ganzen Text merken konnten. Und es ist schade, wenn der Gesang bei einer Demonstration abbricht, weil die Leute den Text nicht mehr wissen. Daher habe ich mich einen Abend hingesetzt und dieses zweite, kurze Lied geschrieben. Viele haben mich gefragt, welche Melodie das ist, weil sie ihnen schon so schnell so bekannt vorkam – aber ich habe sie mir einfach ausgedacht. Wobei natürlich sein kann, dass es sie schon gab und mir das nur nicht bewusst war – aber bis heute habe ich nicht herausgefunden, woher das sein könnte.“





Cor de Wit im Berliner Tiergarten: „In der Not hilft nur Druck“
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/tiergarten

Sascha Kretschmann

Lübeck kämpft

Protestsong gegen die Privatisierung des UK S-H, später auch gegen die Schließung der Universität

Im Zeitalter von Bildung lässt man uns erfrieren,
die Schnösel von der FDP wollen uns privatisieren.
Wo führt das hin, ist erst Gesundheit profitorientiert,
doch wir bleiben stark, bis die Regierung kapituliert!

Lübeck kämpft! Bis nichts mehr geht.
Wir, wir bleiben stark, mag kommen, was auch mag,
Lübeck kämpft für seine Klinik!
Wir, wir halten stand, gemeinsam, Hand in Hand,
Protest, denn wir bleiben beständig.
Lübeck kämpft!

Mal ehrlich, wisst ihr eigentlich, was ihr da macht?
Seht ihr nicht das Feuer, das ihr hier entfacht?
Wie kann man an der Bildung sparen, wer ist denn dann die Zukunft?
Ich glaube, bei Euch hapert es nicht nur an der Vernunft!

Lübeck kämpft! Bis nichts mehr geht …



http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/protestsong_sascha



Studenten lauschen der Exilvorlesung in Berlin

Die Exilvorlesung findet nachmittags statt, die 300 mitgereisten Studenten sitzen auf der Wiese und hören zu. PowerPoint-Präsentationen gibt es nicht, keine Laptops, keine Tafel. Nur ein Megaphon hilft ihnen, unter freiem Himmel gehört zu werden. Statt von Bildern und Zahlen leben die Vorlesungen von den Professoren, die ihr eigentliches Thema immer wieder unterbrechen und auf die aktuelle politische Situation anspielen, womit sie den Beifall der Studenten ernten.

Lebendiges Mahnmal vor der Landesvertretung

Nach den Vorlesungen ziehen die Lübecker in einer Demonstration zur Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung. Obwohl vor der Landesvertretung wie vor allen deutschen Regierungsgebäuden eine Bannmeile festgelegt ist, in der keine Demonstrationen zugelassen sind, ist die Berliner Polizei sehr tolerant und lässt die Studenten bis direkt vor die Landesvertretung ziehen. Parolen rufen und singen dürfen sie jedoch nicht, so dass sie vor dem Gebäude ein lebendes Mahnmal bilden. Ein Mahnmal, das zwar keine Worte verwendet, das aber das neue „Lübeck-kämpft"-Lied pfeift.

Gelten die jungen Leute heutzutage nicht allgemein als politikverdrossen? Susan Mielke erklärt, warum sie bei den Protestveranstaltungen mitgemacht hat: „Ich habe in der Zeit nicht ernsthaft geglaubt, dass so eine

Aktion wie die Exilvorlesung in Berlin die Landesregierung zum Umdenken bewegen würde. Aber ich hatte das Gefühl: Wenn ich will, dass meine Meinung gehört wird, dann muss ich genau jetzt auf die Straße gehen und dafür sorgen, dass uns jemand wahrnimmt. Und was sicher auch wichtig war: Diese Aktionen haben einfach Spaß gemacht."

Den Tag der Reise nach Berlin haben die Lübecker Kämpfer nicht zufällig gewählt. Denn für diesen Tag hat das Land Schleswig-Holstein Presse und Interessenten in seine Landesvertretung geladen, um ausgerechnet seine erfolgreiche Medizintechnikindustrie vorzustellen. Was den Lübeckern vor dem Hintergrund der Schließungspläne für die Medizinische Fakultät wie blanker Hohn vorkommt. Während Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Jost de Jager drinnen die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet präsentieren, werden sie draußen von den Demonstranten erwartet. Und tatsächlich treten die beiden Politiker auch vor die Tür und stellen sich dem Protest und den Fragen der Studenten.



Ministerpräsident Carstensen und Wissenschaftsminister de Jager (hinten) vor der Landesvertretung


Sixt
We make the Net Work for You. Life Science in North Germany
Life Science Nord

Lübeck kämpft für seine UNI
ÄRZTEMANGEL: LÜBECK KÄMPFT FÜR SEINE UNI!


Lübeck
kämpft
für seine
UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI
LUBEC
kämpft für
seine

Der Ministerpräsident erklärt, dass das Land Schleswig-Holstein sich verpflichtet habe, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 auf null zu senken. Dass das Land sparen muss, ist für die Lübecker aber gar nicht der Stein des Anstoßes. Nur darüber, an welcher Stelle gespart wird, darüber möchten sie die Debatte führen. Carstensen kündigt an, dass er in für diese Woche geplanten Gesprächen mit der IHK, dem Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe sowie mit dem Präsidenten der Uni, Peter Dominiak, offen sei für eine Diskussion über alternative Sparvorschläge.

Er vertritt allerdings weiterhin die Meinung, dass das geplante Fraunhofer-Institut in jedem Fall nach Lübeck kommen werde, und erntet einen Zwischenruf aus den Reihen der Demonstranten: „Wenn die Uni weg ist, geht niemand mehr nach Lübeck!" Carstensen fährt fort: „Ich gebe gerne zu, dass der nördliche Teil von Schleswig-Holstein mir viel mehr Sorgen macht." Dann ergreift der Wissenschaftsminister Jost de Jager das Megaphon. Als eine Demonstrantin fragt, wie er sich vorstelle, die Medizintechnik zu stärken, aber gleichzeitig die Medizinische Fakultät zu schließen, spricht er vom Erhalt der „akademischen Medizin" und erhält die prompte Nachfrage: „Wie stellen Sie sich denn „akademische Medizin" ohne Studenten vor?" Als de Jager antwortet, Forschung wäre auch ohne Studenten möglich, es käme vor allem auf die Doktoranden an, wird klar, dass er sich im Medizinstudium wenig auskennt: Im Gegensatz zu anderen Fächern, in denen die Absolventen erst nach dem Examen mit einer Doktorarbeit beginnen, ist die Reihenfolge bei Medizinern eine andere. Da der Schwerpunkt der Medizinerausbildung darin besteht, sie zu guten Ärzten und nicht zu reinen Wissenschaftlern auszubilden, beginnt nach dem Examen die Facharztausbildung. Daneben bleibt oft keine Zeit mehr für Forschung. Viele Medizinstudenten beginnen daher schon in einer frühen Phase ihres Studiums mit der Doktorarbeit und leisten die entsprechende Forschung neben ihrem Studium. Nur den Titel erhalten sie erst nach ihrem Abschluss.

Peter Dominiak bedankt sich an diesem Abend bei den Studenten mit den Worten: „Ihr habt mir sehr viel Mut gemacht, weiter für die Medizin und unsere Uni zu kämpfen. So einen Zusammenhalt gibt es an keiner anderen Universität." Und mit Blick auf die geplante Demonstration fährt er

fort: „Am 16. Juni in Kiel werden wir unsere Argumente für unsere Uni mit sehr vielen Lübecker Bürgerinnen und Bürgern sehr laut vortragen, und ich bin mir sicher, dass wir den Erhalt der Medizin und der ganzen Uni schaffen werden. Und dann gehen wir gestärkt aus der Sache hervor."
Spät abends geht es für die Studenten zurück nach Lübeck. Dort laufen inzwischen die Vorbereitungen für die Demonstration in Kiel auf Hochtouren. Der AStA hatte große Mengen T-Shirts und Buttons mit „Lübeck-kämpft"-Motiv bestellt, und am Mittwoch treffen sich die Studenten zum gemeinsamen Transparente-Malen.
An diesem 9. Juni findet abends in der St.-Petri-Kirche die Veranstaltung „Uni im Dialog" statt. Diese Kirche versteht sich als ein Ort für Kultur und für Diskussionen, für Politik ebenso wie für Religion. Einen festen Gottesdiensttermin am Sonntagvormittag gibt es nicht, ebenso wenig eine feste Gemeinde. Hier gibt es regelmäßig Veranstaltungen der Universität. Beim jährlichen Forum „Uni im Dialog" präsentieren Doktoranden ihre Arbeit allgemeinverständlich und kommen mit Bürgern darüber ins Gespräch.
Die Kirche ist voll. Unterstützung erfahren die Lübecker von der Spitze einer der wichtigsten Forschungsorganisationen Deutschlands: Ernst Theodor Rietschel ist Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und leitete jahrelang das nahegelegene Forschungszentrum Borstel.



„Uni im Dialog". Erste Reihe : Leibniz-Präsident Rietschel, Unipräsident Dominiak, Bürgermeister Saxe, Studiendekan Westermann, AStA-Vorsitzende Krause (v.l.)

„Es ist nicht zumutbar, dass der beste Studiengang im Land geschlossen wird", erklärt er. „Das kann ich nicht hinnehmen. Wir verlangen ein Urteil nach Qualität von der Politik. Der Beschluss muss radikal aufgehoben werden." Aber er hofft, dass die Kieler Landesregierung ihren Ent-

schluss noch einmal überdenken wird: „Es gibt eine überragende Solidarität – wir haben die besseren Argumente, die bessere Struktur und das bessere Ziel.“
Auch Jürgen Westermann hält eine Rede. Er bringt die Absurdität der Sparpläne auf den Punkt und appelliert an den Kampfeswillen der Lübecker für die Demonstration in Kiel, die in der kommenden Woche stattfinden wird: „Auf dieser Demonstration müssen wir uns vehement für unsere Forderungen einsetzen. [...] Die Medizin in Lübeck muss erhalten bleiben! [...] Dies muss mit einem Nachdruck geschehen, der bis an die Grenzen des rechtlich Erlaubten geht, aber immer menschlich anständig bleibt.“
Das jährliche Sommerfest der Universität am 10. Juni bringt viele Menschen auf dem Campus zusammen. Unter dem Motto „Lübeck hält an seiner Uni fest“ bilden Studenten und Angehörige der Universität eine Men-



„Lübeck hält an seiner Uni fest“

schenkette, einen menschlichen Schutzwall um das neueste Gebäude der Universität, das Audimax. Dann lassen sie die Hände los, und jeder der Beteiligten legt eine Hand an das Gebäude. Sie fühlen sich mit der Uni verbunden.

Währenddessen wächst unter den Lübecker Bürgern der Rückhalt für die Studenten. Und so kommt aus der Bürgerschaft die Idee zu einer weiteren Aktion außerhalb Lübecks. Aus den Reihen der SPD kommt der Vorschlag, die für den Freitag turnusgemäß anberaumte Bürgerschaftssitzung kurzerhand nach Kiel zu verlegen. Und zwar nicht irgendwohin, sondern direkt ins Zentrum der Macht: ins Landeshaus, den Sitz des Kieler Landtags.

10.06.10

Lübecker Bürgerschaft auf Klappstühlen in Kiel

Am 11. Juni versammelt sich die Lübecker Bürgerschaft zum ersten Mal nach 867 Jahren außerhalb des Lübecker Rathauses. Doch die Türen zum Kieler Landeshaus bleiben den Lübeckern verschlossen. Man will sie nicht im Plenarsaal haben. So bauen die Bürgerschaftsabgeordneten ihren Tisch direkt auf dem Platz vor dem Landeshaus auf. Etwa 300 Unterstützer sind mitgereist.

Über dem Sitzungstisch hängt ein Banner mit der Aufschrift „Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck“. Am Tisch selbst, in gleicher Größe, ein gelbes Transparent, das den einzigen Tagesordnungspunkt verkündet: „Lübeck kämpft für seine Uni“.

Statt im ehrenwerten, mehr als 700 Jahre alten Lübecker Rathaus sitzen die Bürgerschaftsabgeordneten nun mit Klappstühlen auf dem Straßenpflaster. Auf der Wiese dahinter haben sich die Demonstranten versammelt. Die gelbe Farbe der T-Shirts und Plakate leuchtet hinter den Reihen der Abgeordneten.

Unter den Zuhörern sind aber nicht nur die Bürgerschaftsabgeordneten und mitgereiste Demonstranten, auch Vertreter der Oppositionsparteien im Kieler Landtag setzen sich zu den Lübeckern. Und sogar einzelne Abgeordnete der Regierungskoalition haben sich unter die Zuschauer gemischt.

Peter Dominiak erklärt seinen Zuhörern, was die Medizin in Lübeck für die dortige Universität bedeutet: „Wer in Lübeck den Studiengang Medizin schließt, der macht die Universität platt.“ Und er betont den Wert der Universität für die Region Lübeck, aber auch für das ganze Land. Denn die Medizintechnikunternehmen im Großraum Lübeck, von denen viele ihre Mitarbeiter unter den Absolventen der Universität finden, zahlen Steuern, die dem ganzen Bundesland zugutekommen: „600 Unternehmen mit



Bürgerschaftssitzung vor dem Landeshaus in Kiel

15 000 Mitarbeitern zahlen 30 Prozent der Gewerbesteuer in Schleswig-Holstein“, zählt Dominiak auf. „Hier wird gegen das eigene Land regiert.“
Bürgermeister Saxe unterstreicht das Besondere dieser Sitzung unter freiem Himmel: „Das ist ein außergewöhnlicher und historisch bedeutsamer Tag.“ Er teilt der Landesregierung das Votum der Bürgerschaft mit, dass ihre Mitglieder sich geschlossen und entschlossen gegen die Schließung der Universität zur Wehr setzen werden, und zwar unabhängig von ihrem Parteibuch.
Roswitha Kaske (CDU), Mitglied der Bürgerschaft in Lübeck, die die Sitzung als Zuschauerin verfolgt hat, äußert sich gegenüber dem *Schleswig-Holstein-Magazin* des NDR. Sie erklärt im Hinblick auf die hauchdünne Mehrheit der Regierungskoalition im Landtag: „Eigentlich habe ich immer gehofft, dass diese Mehrheit ausreicht. Im Augenblick hoffe und wünsche ich, dass es mutige Mitglieder gibt, die den Finger für diese Sparbeschlüsse nicht heben werden. Es ist traurig, aber wahr – im Augenblick hoffe ich auf Abweichler.“
Gerne hätten die Lübecker dem Ministerpräsidenten und dem Wissenschaftsminister ihre Argumente unterbreitet, aber dazu bekommen sie

keine Gelegenheit: Carstensen und de Jager lassen sich nicht blicken. So bleibt es bei einem abschließenden Appell der Lübecker Bürgerschaft an den Schleswig-Holsteinischen Landtag, in dem sie ihn ermahnt, „sein Haushaltsrecht am Wohle des Landes orientiert wahrzunehmen und [...] eine nachhaltig wirksame Bestandsgarantie für die exzellente medizinische Forschung und Lehre an der Universität zu Lübeck [zu gewähren]. Die Landesregierung wird aufgefordert: 1. die Berechnung des Sparvorschlags und das dahinter stehende Konzept offenzulegen, 2. die Abwägung der Entscheidung zu erläutern, 3. Alternativen zur Schließung des Medizinstudiengangs der Universität Lübeck zu prüfen und mit den Betroffenen zu diskutieren, 4. den Erhalt des UK S-H als öffentliches Klinikum der Maximalversorgung auch weiterhin sicherzustellen."



Unipräsident Peter Dominiak und Bürgermeister Bernd Saxe: „Ein historisch bedeutsamer Tag"

Knapper fordert Thomas Rathcke, der FDP-Fraktionsvorsitzende der Lübecker Bürgerschaft, die Regierung zum Umdenken auf. Die *Lübecker Nachrichten (LN)* zitieren ihn mit den Worten: „Zurück an den Schreibtisch – und das Ganze noch mal von vorne."

11.06.10

Und wie fällt die Reaktion der Landesregierung aus? Anders, als es sich die Lübecker wohl gewünscht hätten.
Denn die CDU reagiert auf die Sitzung der Lübecker Bürgerschaft vor dem Landeshaus damit, dass sie den Schwarzen Peter an die Universität zurückgibt. Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Daniel Günther, erklärt in Anspielung auf die Staatspleite Griechenlands: „Wir werden nur dann griechische Verhältnisse in Schleswig-Holstein verhindern können, wenn wir die Ausgaben des Landes dauerhaft senken."
Dass das Land sparen muss, ist für alle Beteiligten jedoch nichts Neues. Günther fährt fort: „Wir sind offen für konstruktive Lösungsvorschläge im Rahmen der festgelegten Einsparziele." Damit fordert er bereits indirekt etwas ein, was die Landesregierung erst zwei Tage später offiziell mit der Universität vereinbart – nämlich ein alternatives Konzept, wo das Geld stattdessen eingespart werden kann.

Spitzentreffen im kleinen Kreis

Bald wird klar, was er damit meint. Die Lage ist so angespannt, dass alle Beteiligten ihr Wochenende opfern, um eine Lösung zu finden. Und so kommen am Sonntag, dem 13. Juni, Ministerpräsident Carstensen, Wissenschaftsminister de Jager, Finanzminister Rainer Wiegard, der Präsident der Universität Dominiak, ihr Kanzler Oliver Grundei, Bürgermeister Saxe und IHK-Hauptgeschäftsführer Matthias Schulz-Kleinfeldt zu einem Gespräch zusammen, um über die weitere Vorgehensweise zu beraten.
Das Treffen findet im kleinen Kreis statt, und niemand kündigt es vorher öffentlich an. Durch dieses Vorgehen wollen die Beteiligten vermeiden, dass sich vor dem Ort der Zusammenkunft Demonstranten versammeln. Die Runde wählt auch keinen Treffpunkt in Lübeck oder in Kiel, sondern kommt in der Nähe von Bargteheide zusammen.
Der Kanzler der Universität, Oliver Grundei, erinnert sich: „Der Ort wurde erst kurzfristig festgelegt. Einige Studenten und Uniangehörige machten uns zum Vorwurf, dass wir uns überhaupt mit Regierungsvertretern an einen Tisch setzen. Aber wir mussten in dieser Situation natürlich auch den Kontakt zu den Politikern suchen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Wir sind nach außen hin nicht so in Erscheinung getreten – ich selbst

hatte noch nicht einmal einen ‚Lübeck-kämpft'-Aufkleber an meinem Auto –, aber hinter den Kulissen haben wir in diesen Wochen fieberhaft versucht, eine Lösung zu finden."

Bei diesem Spitzentreffen beschließen die Beteiligten, dass das Präsidium der Universität zu Lübeck ein alternatives Sparkonzept vorlegen solle, das den Haushalt um den angestrebten Sparbetrag entlaste. Ein Konzept, bei dem die Existenz der Universität gesichert wäre.

Matthias Schulz-Kleinfeldt erklärt in einem Statement, wie das Gespräch ausging: „Universität, Hansestadt und Wirtschaft Lübecks erkennen die Sparbemühungen des Landes auch im Bereich der Universität Lübeck ausdrücklich an. Die Universität hat zugesagt, Alternativvorschläge zur Erbringung des notwendigen Sparbetrags zu erarbeiten. Die Landesregierung will diese Vorschläge, die einen Erhalt der medizinischen Ausbildung in Lübeck sicherstellen können, prüfen. Wir begrüßen das Ergebnis dieses Treffens ausdrücklich. Jetzt ist es wichtig, dass alle Seiten weiter gemeinsam im konstruktiven Dialog bleiben. Dabei wollen wir als IHK zu Lübeck im Interesse der regionalen Wirtschaft einen aktiven Beitrag leisten."

Noch am selben Abend veröffentlicht Peter Dominiak auf der Seite www.luebeck-kaempft.de unkommentiert die Presseerklärung, auf die sich alle Beteiligten geeinigt haben. Dort heißt es: „Die Universität Lübeck erklärte ihre Bereitschaft, ein alternatives Konzept vorzulegen, dass die von der Landesregierung definierte Einspar-Summe deckt, aber die Medizinerausbildung in Lübeck erhält. [... Die Vertreter der Landesregierung] erklärten sich [...] bereit, alternative Vorschläge unter der Maßgabe zu prüfen, dass die Konsolidierungsziele erreicht werden."

Viele Studenten erfahren erst durch diese Presseerklärung, dass das Treffen stattgefunden hatte. Und einige empfinden es als Verrat, dass sich die Uni-Leitung mit den Politikern an einen Tisch gesetzt hat. Die Lübecker hätten es nicht nötig, als Bittsteller aufzutreten. Aber Präsident Peter Dominiak erklärt auf derselben Internetseite, weshalb er es für richtig hielt, diesem Treffen zuzustimmen:

„Ich gebe gerne zu, dass es ein Fehler war, die Presseerklärung ohne Kommentar hier zu veröffentlichen. Fehler können passieren. [...] Die Frage, wohin uns der Weg führen wird, ist klar zu beantworten: Mein Ziel und

das Ziel des Präsidiums ist es, die Medizin und damit die Universität zu erhalten. Nach allem, was passiert ist und was uns allen hier angetan wurde, habe ich mein Vertrauen in die Politik verloren, und ich erlebe hier schon seit 20 Jahren, dass man sich immer wieder Lübeck zur Zielscheibe nimmt, wenn es um Grausamkeiten von Seiten der Landesregierung gegen die Hochschulmedizin geht. Die Lage der Universität ist keineswegs so verzweifelt, dass sie zum Bittsteller werden müsste, sie ist auch nicht zum Bittsteller geworden, auch nicht gestern, aber die Lage des Landes Schleswig-Holstein ist so verzweifelt, dass man phantasie- und gedankenlos alles vernichtet, was man mühsam und mit Verstand aufgebaut hat. [...] Um einen Irrtum zu bereuen, erfordert es menschliche Größe, und die vermisst man häufig in der Politik. Wir müssen uns im Präsidium darum bemühen, die Kollateralschäden für die Universität so gering wie möglich zu halten, und für das, was wir dafür unternehmen (müssen), zahlen wir keine Vergnügungssteuer. Es gibt hier in allen Kommentaren annähernd Einstimmigkeit darüber, dass wir hier keine Strategien preisgeben, denn hier kann jeder lesen. Ich habe bereits heute beim Akademischen Abend mit Studenten über die Hintergründe geredet und werde das auch morgen in der Aktionsgruppe wiederholen. Das, was wir gestern verabredet haben, schwächt nicht unsere Position, sondern im Gegenteil, es stärkt sie. Und am Mittwoch [bei der Demonstration in Kiel] werden wir unseren Forderungen in großer Anzahl und lautstark Nachdruck verleihen."

Für diese offenen Worte erntet er viel Respekt. Etliche Studenten äußern dazu, dass sie sich glücklich schätzen und stolz seien, einen solchen Präsidenten an ihrer Universität zu haben.

Dennoch sind viele Studenten und Angehörige der Universität darüber erbost, dass die Universität zugestimmt hat, ein alternatives Sparkonzept zu entwickeln: Warum sollte das Präsidium der Universität jetzt die Arbeit machen, die eigentlich Aufgabe der Landesregierung ist? Warum sollten sie Daten sammeln, Zahlen vergleichen und Kosten kalkulieren, obwohl das die ureigenste Aufgabe der Haushaltsstrukturkommission ist? Warum sollten sie Zeit und Kompetenz zum Erstellen eines Sparplans verwenden, obwohl Volksvertreter in Kiel von den Bürgern dafür gewählt wurden und dafür bezahlt werden?

Aber zugesagt ist zugesagt. Der Kanzler und der Präsident der Universität setzen sich gemeinsam an einen Tisch, lassen sich die Zahlen kommen und rechnen verschiedene Szenarien durch. Sie wissen nicht, ob sie damit erreichen, dass die Universität Lübeck erhalten bleibt. Aber sie sind der Ansicht, dass die Landesregierung aus den vorliegenden Zahlen die falschen Schlüsse gezogen hat. Dass sie an anderen Stellen sparen könnte, ohne hervorragende Forschung und Lehre aufs Spiel zu setzen. Und ohne die medizinische Versorgung in der Region Lübeck, aber auch in ganz Schleswig-Holstein zu gefährden.
Für die Spitze der Lübecker Universität ist klar: Sie werden der Landesregierung knapp zwei Wochen später ihren Plan zukommen lassen. Und dann auf ein Gesprächsangebot der Landesregierung warten.
Das gesamte Wochenende über machen die Studenten weiter mobil. Sie wollen möglichst viele Lübecker dazu bewegen, am Mittwoch der nächsten Woche mit nach Kiel zu kommen und zu demonstrieren. Rolf Hilgenfeld, Professor für Biochemie, hat für die Fahrt einen Sonderzug organisiert. Die Studenten sind mit mehreren Informationsständen in der Stadt präsent und verkaufen bereits Fahrkarten.

Die Stadt wird gelb

Auch die „Lübeck-kämpft"-T-Shirts und -Plakate prägen mehr und mehr das Stadtbild. Obwohl zur gleichen Zeit die Fußball-WM in Südafrika stattfindet und das deutsche Team noch im Wettbewerb ist, gehen die schwarz-rot-goldenen Fahnen zwischen den gelben Plakaten in den Fenstern und



Der schwarz-gelbe Schriftzug ziert viele Fahrräder und Autos, Rucksäcke und Fenster


Lübeck
kämpft
für seine
UNI
DEMO IN KIEL 16.6.


für die
UNI
Lübeck
für seine
UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI
KLINIK
DGB
ver.di


Wissenschaft
in Lübeck
Wir sind Spitze –
macht uns nicht platt


Gotteskeller
Lübeck
kämpf
für seine
UN

den gelben Aufklebern auf den Autos und Fahrrädern unter. Die damalige AStA-Vorsitzende Linda Krause erinnert sich: „Immer, wenn ich morgens aus dem Haus ging, war wieder das ein oder andere Plakat in den Fenstern meiner Straße dazugekommen. Touristen, die in diesem Sommer Lübeck besucht haben, berichten davon, dass sie die ganze Stadt als gelb in Erinnerung haben."

Aus ganz unterschiedlichen Ecken erfahren die Kämpfer jetzt Unterstützung. So weist die Katholische Dekanatskonferenz in einem Votum darauf hin, dass auch die katholische Kirche in Lübeck von der Universität profitiert: „Die hauptamtlichen Geistlichen und Pastoralen MitarbeiterInnen in den Katholischen Pfarrgemeinden, Verbänden und Einrichtungen solidarisieren sich ausdrücklich mit der Aktion ‚Lübeck kämpft für seine Uni'. Denn die herausragende Bedeutung, die die Universität in vielen Belangen für die Stadt und die Region Lübeck besitzt, gilt auch für die Katholische Kirche in Lübeck. Nicht wenige katholische Gemeindemitglieder sind aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihres Studiums an der Universität nach Lübeck gekommen. Sie sind eine große Bereicherung für das Leben in unserer Stadt und in den katholischen Kirchengemeinden. Sie arbeiten in den verschiedenen Bereichen der Universität und der Universitätsklinik. Ihnen droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze."

In Hamburg findet an diesem Wochenende die Mitgliederversammlung der Bundesvertretung der Medizinstudierenden (bvmd) statt. In einem Positionspapier erklären sie: „Die Art und Weise, wie die Universität zu Lübeck von der geplanten Schließung durch die Landesregierung ohne vorherige Anhörung in Kenntnis gesetzt wurde, und die Tatsache, dass eine stichhaltige Begründung bis heute nicht vorliegt, ist zu verurteilen. Die Entscheidung der CDU / FDP-Koalition erscheint willkürlich. [...] Wir halten es für ein verheerendes Signal, eine Fakultät zu schließen, die sich vor allem durch die bundesweit anerkannte Lehre auszeichnet. Dieses Vorgehen zeugt von einer Geringschätzung der medizinischen Ausbildung sowie der Bildung im Allgemeinen."

In der nächsten Woche wird die Landeshauptstadt Kiel die größte Demonstration ihrer Geschichte erleben.

13·06·10



Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden (bvmd) kämpft mit


Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine UNI
DUMMHEIT
Jostbuster
Ich kämpfe für die
DAS GANZE THEATER DAMIT DIE UNI IN LÜBECK BLEIBT
Theater Lübeck

Vierte Kämpferwoche

14. – 20. Juni 2010

14.06.10

Die Vorbereitungen für die Demonstration laufen auf Hochtouren. Am Mittwoch soll es so weit sein. Rolf Hilgenfeld hat einen Sonderzug gemietet, der mehr als 1 200 Demonstranten von Lübeck nach Kiel bringen soll. Die Studenten organisieren 25 Reisebusse und unzählige Fahrgemeinschaften.

Am Montagabend, dem 14. Juni, kommt es aber erst nochmal zu einer spontanen Demonstration in Lübeck. Der CDU-Landesvorsitzende Christian von Boetticher ist in der Stadt und nimmt an einer Preisverleihung der Sparkasse im Rathaus teil. Als die Studenten davon erfahren, organisieren sie Protest. Die sozialen Netzwerke Twitter und Facebook sind dabei das ideale Medium, um in kurzer Zeit Leute zu erreichen und zu mobilisieren. So stehen schon eine gute halbe Stunde nach Bekanntwerden des Besuchs aus Kiel einige Dutzend Studenten in gelben T-Shirts vor dem Rathaus und singen ihr Lied. „Wir kämpfen, kämpfen, kämpfen für die Uni und für das Land.“

Laut Flensburger Tageblatt führt Bundesforschungsministerin Annette Schavan am gleichen Tag ein längeres Geheimgespräch mit Peter Harry Carstensen in Berlin. Bereits vorher äußerte sie ihre Ansicht, dass die Universität zu Lübeck erhalten bleiben müsse. Aber ihr sind die Hände gebunden: Wegen der Bildungshoheit der Länder darf der Bund den Universitäten kein Geld zuschießen. Die Länder allein sind für Struktur, Inhalte und Finanzen ihrer Universitäten verantwortlich.

Die Studenten nutzen weiter jede Gelegenheit, um auf ihre bedrohte Lage hinzuweisen. An diesem Montag gibt es einen Sondertermin zum Blutspenden, und viele Universitätsangehörige gehen hin und „Bluten für die Uni Lübeck“.

Am 15. Juni veröffentlicht die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin eine Pressemitteilung, in der sie sich zur



Bluten für die Uni Lübeck

Universität Lübeck äußert. Dieses Gremium setzt sich zusammen aus Vertretern des Deutschen Hochschulverbandes, der Bundesärztekammer, des Marburger Bundes, des Medizinischen Fakultätentages sowie weiteren Institutionen, die Ärzte in Wissenschaft und Praxis repräsentieren. In ihrem Schreiben heißt es: „Der Beschluss der Landesregierung ist [...] aus mehreren Gründen falsch: Gerade im Hinblick auf den [...] Ärztemangel ist die Schließung der Medizinischen Fakultät Lübeck der falsche Weg, um dem sich in der Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung noch weiter verstärkenden Ärztemangel, insbesondere in Schleswig-Holstein, zu begegnen. Zu Recht hat die Bundesregierung die Schaffung neuer Medizin-Studienplätze gefordert.

Der Schließungsbeschluss ist auch in ökonomischer Hinsicht kontraproduktiv. Denn die Universität zu Lübeck stellt mit dem Campus Lübeck des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein mit rund 5000 Beschäftigten den größten Arbeitgeber in der Region dar. Als forschungs- und ausgründungsstarke Hochschule schafft sie [...] Arbeitsplätze und sichert damit zusätzliche Steuereinnahmen. Ohne die Hochschulmedizin hat die Medizintechnik keinen wissenschaftlichen Gegenpart mehr. Die Landesregierung verkennt offensichtlich, dass allein der Bereich Medizintechnik rund ein

Drittel des schleswig-holsteinischen Gewerbesteueraufkommens generiert. Eine um die Medizinische Fakultät entkernte Universität zu Lübeck hat keine eigene Überlebensperspektive.“

Und sie gehen auf einen weiteren, aus Sicht forschender und lehrender Mediziner vielleicht den wichtigsten Grund ein, warum diese Uni erhalten bleiben muss: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung ausgerechnet den Studiengang schließen will, der vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) vielfach an Platz eins der Medizinischen Fakultäten in Deutschland ‚gerankt‘ wurde. Die sehr gute Qualität der medizinischen Lehre in Lübeck wurde auch vom Wissenschaftsrat mehrfach positiv hervorgehoben.“

So ist es. Das genannte CHE-Ranking gibt das Centrum für Hochschulentwicklung seit 1998 jedes Jahr heraus. In diese Liste der besten Universitäten für 34 Studienfächer fließen verschiedene Aspekte ein: Mehr als 250 000 Studenten befragen die Mitarbeiter Jahr für Jahr, außerdem gehen der Ruf der Universität unter Professoren des gleichen Fachs, die Ausstattung und weitere Kriterien ein, die das Studieren und Forschen auf hohem Niveau ermöglichen. Seit mehreren Jahren ist die Universität zu Lübeck im Fach Humanmedizin nach den meisten Kriterien im Spitzenfeld gelistet. Und Kiel? Kiel rangiert im Mittelfeld. In keinem der dem Ranking zugrunde gelegten Kriterien erreicht die Christian-Albrechts-Universität in der Humanmedizin Spitzenplätze.

Die *LN* berichten in diesen Wochen jeden Tag über die Protestaktionen und die politischen Entwicklungen. Rüdiger Labahn, Pressesprecher der Universität, erinnert sich: „Das für mich tiefgreifendste Ergebnis von ‚Lübeck kämpft‘ ist, wie stark die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und die Universität sich miteinander verbunden gefühlt und zueinander gefunden haben. Dazu haben sicher auch die engagierten Berichte der *Lübecker Nachrichten* beigetragen. Stellvertretend für viele ist mir der junge türkische Inhaber eines Frisiersalons in Erinnerung. ‚Sonst hänge ich eigentlich nichts Politisches ins Fenster‘, sagte er, als er auf das gelbe ‚Lübeck-kämpft‘-Plakat angesprochen wurde. Und erklärend fügte er hinzu: ‚Ohne Studenten ist kein Leben in der Stadt.‘ Solche Äußerungen zeigten mir, dass die Uni in der Stadt jetzt wirklich angekommen ist.“


Lübeck kämpft für seine Uni
Lübeck kämpft für seine UNI


Lübeck kämpft
für seine Uni

Dicht gedrängt beim Fototermin

Die Demonstration in Kiel ist für Mittwoch, den 16. Juni geplant. Nicole Matthias und Jutta Schwanborn haben die Idee, am Vorabend ein Foto von möglichst vielen Universitätsangehörigen in der St.-Petri-Kirche aufzunehmen. Dieses Foto soll am nächsten Tag in den *LN* erscheinen und noch Unentschlossene motivieren, nach Kiel zur Demonstration zu kommen. Die Universitäts- und UK S-H-Angehörigen bitten sie, in ihrer Berufskleidung in der Kirche zu erscheinen.

Der Fototermin ist am Dienstag um 17 Uhr.

Pastor Bernd Schwarze hält eine Ansprache: Am Anfang zitiert er eine Passage über den Blick auf das neue Jerusalem aus der Offenbarung des Johannes, um dann auf das heutige Lübeck einzugehen: „Hier ist nicht das himmlische Jerusalem. Auch wenn unsere Stadt prächtig ist und wunderschön. Was ja gut 200 000 Menschen wissen, die hier gern leben. [...] Hier ist gut sein. Aber hier ist nicht das himmlische Jerusalem. Hier ist Lübeck. Eine ganz reale Stadt, in der Menschen leben und arbeiten, lernen und lehren, füreinander sorgen und einer Gemeinschaft dienen. Eine ganz reale Stadt, die sich nicht mit musealer Anmut begnügen, die sich nicht auf den Erinnerungen alten Ruhmes ausruhen kann. Eine Stadt, die eine Zukunft braucht und einen jungen urbanen Esprit, der die alten würdigen Gemäuer mit Frische und Lebendigkeit behaucht. Lübeck braucht Forschung und Lehre, Arbeit und Wirtschaftskraft, Visionen und Geist. All dies ist in Gefahr. Lübecks Universität muss bleiben. Und Lübecks Universitätsklinikum darf nicht untergehen.“

Dicht gedrängt stehen etwa 2 000 Lübecker in der Kirche und hören dem Pastor zu. Das Foto, das danach entsteht, zeigt die Studenten und Mitarbeiter von UK S-H und Universität im unmöblierten Kirchenschiff. Dieses Bild prangt am Tag der Demonstration auf der ersten Seite des Lokalteils der *Lübecker Nachrichten*.

Die Studenten erwarten, dass sich mehrere tausend Lübecker auf den Weg nach Kiel machen werden. Um die Anreise zu entzerren, reisen einige bereits am Vorabend an. Dort hat der Kieler AStA für die Lübecker eine Soli(daritäts)-Party organisiert: In der Kieler „Pumpe“, einem Veranstaltungszentrum, stimmen sich die Studenten unter dem Motto „Wir

16·06·10

kämpfen zusammen“ mit Kabarett und Livemusik auf die Demo am folgenden Tag ein.

Am Morgen des 16. Juni machen sich Lübecker Demonstranten mit allen erdenklichen Fahrzeugen auf den Weg nach Kiel. Rolf Hilgenfeld, Professor für Biochemie, hat einen Sonderzug angemietet, sich mit anderen Demonstranten um Zuglaufnummern, Verpflegung und natürlich die Dekoration des Zuges gekümmert. Der Zug mit Platz für mehr als 1 200 Menschen ist der längste Schnellzug, der seit Jahren im Lübecker Hauptbahnhof gehalten hat. In der Zwischenzeit haben die Studenten Udo Lindenbergs Schlager vom „Sonderzug nach Pankow“ umgedichtet auf den „Sonderzug nach Kiel“.

Derart vorbereitet besteigen die Demonstranten den Zug, der gegen halb zwölf den Lübecker Hauptbahnhof verlässt. Der Besitzer eines Kleinflugzeugs und Sympathisant der Demonstranten bietet an, den Zug in der Luft zu begleiten, und der Biochemiker Guido Hansen fliegt mit und filmt den Zug von oben.



Sonderzug „DFN 2222 Lübeck kämpft für seine Uni“
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/sonderzug



Sonderzug nach Kiel

Von Lübecker Studenten gedichtet nach Udo Lindenbergs „Sonderzug nach Pankow“

Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Kiel?
ich muss mal eben dahin, mal eben zum Demonstrier'n.
ich muss da was klären, mit diesem Oberindianer.
ich bin Medizinstudent, und will dass Lübeck nicht versinkt.
De Jager steckt mit PHC [Peter Harry Carstensen] unter 'ner Decke,
die woll'n dass Lübecks Medizin einfach so weg ist,
darum sind wir heute mit der ganzen Meute
auf dem Weg zur Demo zum Landeshaus in Kiel.
Die heißgeliebten Banken habt ihr gerettet,
hättet ihr das Geld lieber in Bildung gespendet!
Nur die kleine Uni, nur die kleine Uni,
die darf nicht mehr, und das versteh'n wir nicht.
Ich weiß genau, die Uni hat sehr viele Freunde,
und die ist exzellent, das habt ihr wohl verpennt!
Och, de Jager ey, willst du denn wirklich, dass die Küste
ab übernächstem Jahr nur noch Bildungswüste ist?
Ist das der Sonderzug nach Kiel?
Ist das der Sonderzug nach Kiel?
Entschuldigung, der Sonderzug nach Kiel?
De Jager steckt mit PHC unter 'ner Decke,
die woll'n dass Lübecks Medizin einfach so weg ist,
darum sind wir heute mit der ganzen Meute
auf dem Weg zur Demo zum Landeshaus in Kiel.
Gäste werden mit wen'ger Steuer ganz nett gebettet,
hättet ihr das Geld lieber in Bildung gespendet!
Nur die kleine Uni, nur die kleine Uni,
die darf nicht mehr, und das versteh'n wir nicht.
De Jager, ich glaub', du siehst das irgendwie zu locker,
wenn die Medizin geht, haut's auch die Wirtschaft vom Hocker.
Du glaubst, du kannst hier ganz einfach die Millarden einspar'n,
doch wir machen da nicht mit, bei diesem Politikerwahn!
Hallo, Jost, kannst' mich hör'n?
Hallö-lö-löchen, hallo,
hallo, de Jager, was soll'n das werd'n?
Hallö-lö-löchen, hallo …


Lübeck Hbf


Lübeck kämpft
Lübeck kämpft


Ich kämpfe für die




Kiel Hbf
2065

Rolf Hilgenfeld

Im Sonderzug nach Kiel



Prof. Dr. Rolf Hilgenfeld ist Direktor des Instituts für Biochemie der Universität zu Lübeck

An einer Hand kann ich die Tage abzählen, die mich in jüngerer Zeit emotional so berührt haben wie der Tag unserer Demonstration in Kiel.

Für mich war dieser auch verbunden mit der Aufgabe, den Sonderzug nach Kiel zu organisieren. In Absprache mit Linda Krause, der AStA-Vorsitzenden, hatte ich bereits seit dem 27. Mai versucht, von der Deutschen Bahn ein Angebot für einen Sonderzug zu erhalten. Zunächst hatten sie angeblich keine Lok, dann keine Wagen … Erst als ich beiläufig erwähnte, dass ich mich dann wohl an den DB-Aufsichtsratsvorsitzenden wenden müsste (der Chemiker Utz-Hellmuth Felcht war Ende der 80er-Jahre mein Chef bei der damaligen Hoechst AG), kam ein Angebot über 35 000 Euro – so teuer, weil die Wagen aus Nordrhein-Westfalen zugeführt werden müssten.

Bis zu diesem Zeitpunkt (7. Juni) hatten wir schon zwölf Tage Zeit verloren, nur noch neun Tage bis zur Demo! Da erinnerte ich mich an einen Eisenbahnfreund, der in der Nähe von Nürnberg ein privates Bahnunternehmen betreibt, und der vermittelte mich an die Firma EuroExpress in Münster. Innerhalb von dreißig Minuten hatten wir ein Angebot von dieser

Firma auf dem Fax, welches um 40 Prozent unter dem der DB lag, obwohl auch hier der Zug aus Nordrhein-Westfalen kommen musste! Zunächst sollte der Zug 15 Schnellzugwagen umfassen, aber dann meldete der Kieler Hauptbahnhof, wir müssten mit einem Wagen weniger fahren, ihre Bahnsteige seien zu kurz. Vier Tage später kürzten die Kieler uns noch einmal zwei Wagen, aber EuroExpress hatte eine Lösung: Neun der geplanten Schnellzugwagen wurden durch Liegewagen ersetzt, da passen mehr Leute in jedes Abteil.

Am Dienstagabend, 15. Juni, fuhren dann acht Studentinnen des 4. Semesters Molecular Life Science (MLS) per Bahn nach Münster, um den Zug am nächsten Morgen mit 1 000 gelb-schwarzen Kampfplakaten zu schmücken. Ich folgte erst vier Stunden später, weil ich noch an der Senatssitzung teilnehmen wollte. Nach einer sehr kurzen Nacht trafen wir uns um 7 Uhr mit Maik Dillmann von EuroExpress im Münsteraner Hauptbahnhof. Um 7.28 Uhr lief unser Sonderzug auf Gleis 9 ein, unendlich lang ... Wie sollten wir den jemals füllen? Von Münster fast bis nach Lübeck war unser Plakatierteam damit beschäftigt, alle Fenster mit den Kampfplakaten zu dekorieren – das war echt harte Arbeit und wurde von den Mädels super gemacht. Maik Dillmann und der Zugführer Klaus Dinger, ein alter Eisenbahnfan, beschäftigten sich derweil mit dem CD-Spieler, der von der Wagenbatterie gespeist wurde, aber immer dann versagte, wenn der Zug schneller fuhr – er bekam dann zu viel Spannung ...

Die alte CD-Kiste hatte schließlich ein Einsehen mit uns, und Udo Lindenbergs „Sonderzug nach Pankow“ ertönte aus allen Lautsprechern, als wir um 11.09 Uhr auf Gleis 2 in Lübeck Hauptbahnhof einliefen. Binnen Minuten hatten wir alle Kämpfer im Zug, das befürchtete Chaos blieb aus. Dabei hatte ich extra für jeden Wagen einen „Coach Manager“ und einen „Assistant Coach Manager“ ernannt – ein echtes Erlebnis vor allem für meine chinesischen und indischen MitarbeiterInnen.

Trotz ausgebliebenen Chaos’ verließen wir Lübeck Hbf mit zehn Minuten Verspätung, nur drei Minuten vor der planmäßigen Abfahrt des ICE aus Kopenhagen, der uns „im Nacken saß“. Das beeindruckte unsere 7 000-PS-Zuglok, die 185630 der „Häfen & Güterverkehr Köln“, allerdings wenig. Bis

Reinfeld begleitete Bernd Koop von der Firma „fliegmituns.de“ unseren Zug mit seinem Tragschrauber, in dem hinten unser Guido Hansen saß und den Zug aus der Luft filmte und fotografierte. Abenteuerlich – ich war froh, dass ich in „meinem“ Zug saß.

Die Durchfahrten durch die Hamburger Bahnhöfe waren dann nochmals ein akustischer Höhepunkt: Alle Fenster waren mit „trillerpfeifenden“ Kämpfern besetzt. Durch die Plakatierung wurde allen auf den Bahnsteigen Wartenden klar, dass hier ein Kampfverband der Uni Lübeck unterwegs war. Warum, konnte man auch an den extra angefertigten Zuglaufschildern lesen: „DPF 2222 Lübeck kämpft für seine Uni“ war der offizielle Name unseres Zuges, unter dem man ihn auch in hundert Jahren noch in den Archiven finden wird. Fünf Minuten vor Plan kamen wir dann in Kiel Hbf. an, wo sich sofort der gesamte Bahnsteig mit gelben T-Shirts füllte – ein eindrucksvolles Bild.

Von der machtvollen Demo hatte ich dann wohl dieselben Eindrücke wie alle anderen Teilnehmer, ein unglaubliches Gefühl von Solidarität. Ein bisschen fehlten mir die Sprechgesänge der Demos, die ich als Student in den 70er-Jahren mitgemacht hatte, für meinen Geschmack hätte von den Lautsprechern ruhig häufiger mal eines der neuen Lieder der Lübecker Studierenden gespielt werden können. Aber die elektronischen Klänge von unserem gemieteten Love-Parade-Truck ließen die Kieler Straßen eindrucksvoll erbeben.

Mit jeder der Reden, die ich hörte, machte ich mir mehr Sorgen um meine eigene, die ich zum Abschluss der Demo halten sollte. Alles, was ich in der Nacht zuvor auf der Fahrt nach Münster in mein Manuskript geschrieben hatte, war irgendwann und irgendwie schon gesagt worden. Also habe ich meinen Beitrag völlig umgestellt, während der Vertreter des Kieler AStA und Dr. Frank Niebuhr vor dem Landtag sprachen. Ich konnte zu diesem Zeitpunkt nur noch ein paar Stichworte auf mein Papier kritzeln. Aber dann fand ich es sehr einfach, dort oben zu stehen und vor Tausenden von Leuten frei zu sprechen: Du sagst einen Satz, möglichst mit Pointe, alle betätigen zwanzig Sekunden lang ihre Trillerpfeifen, und in der Zeit

kannst du dir überlegen, was du im nächsten Satz bringst. Jede Vorlesung ist da anstrengender …

Ich glaube, meine Rede hatte den gewünschten Effekt. Der hochschulpolitische Sprecher der CDU, Daniel Günther, nannte ihr Niveau am nächsten Tag in der Landtagsdebatte „erschreckend niedrig“ und sprach mir gegenüber von einem „Tribunal“. Genau, Message verstanden, jetzt heißt es nur noch, Konsequenzen zu ziehen!

Andererseits bat mich ein allseits bekannter Schriftsteller aus Lübeck um mein Redemanuskript, um es als Stoff benutzen zu können. Problem war nur, dass ich ja kein Manuskript hatte! Aber wir hatten die Aufnahmen, die wir später transkribierten.

Auf der Rückfahrt in unserem Zug, jetzt DPF 2223, waren die meisten Kämpfer von diesem anstrengenden Tag erschöpft. Unser Caterer, Niko Maethge von der Firma MSM, schenkte zur Belohnung für die friedliche Demo Bier aus, welches allerdings noch vor Erreichen Hamburgs zur Neige ging. Die Durchfahrt durch die Hamburger Bahnhöfe wurde dann noch einmal zu einem Akustikerlebnis erster Klasse, bevor es sich die müden Kämpfer in den Liegewagen gemütlich machten.

Ich möchte mich bei allen ganz herzlich bedanken, die geholfen haben, diesen Sonderzug zu ermöglichen, vor allem bei den Freunden und Förderern der Universität zu Lübeck, dem Plakatierteam vom 4. Semester MLS, meinen MitarbeiterInnen, die als Coach Manager und Assistant Coach Manager jederzeit alles im Griff hatten, Bernd Koop mit seinem Fluggerät und dem todesmutigen Guido Hansen auf dem Rücksitz, unserem Präsidenten, der in Wagen 1 mitfuhr und uns aufmunterte, den Mitarbeitern der Firmen EuroExpress, MSM, Eisenbahnfreunde Hamm und Häfen & Güterverkehr Köln sowie allen Kämpferinnen und Kämpfern, die für allzeit gute Stimmung im Zug sorgten.

Mit 25 Reisebussen machen sich die Studenten auf den Weg, außerdem mit unzähligen Privatwagen. 30 Studenten lassen den Tag sportlicher angehen: Sie fahren mit dem Fahrrad in die 70 km entfernte Landeshauptstadt. Selbstverständlich zieren gelb-schwarze „Lübeck-kämpft"-Wimpel ihre Räder.



Mit dem Fahrrad zum Demonstrieren nach Kiel

In Kiel sammeln sich die Demonstranten vor dem Bahnhof, von wo aus sie bis vor das Landeshaus, den Sitz der Landesregierung, ziehen wollen. Die Studenten der CAU unterstützen ihre Kollegen aus Lübeck, indem sie von der Universität Kiel aus einen zweiten Demonstrationszug zum Landeshaus bilden. Und auch aus zwei weiteren Richtungen setzen sich in Kiel Protestmärsche in Bewegung: Von der Uniklinik macht sich eine Schar Menschen auf den Weg, und die Studenten der Kieler Fachhochschule kommen sogar mit dem Schiff über die Förde. So machen sich zu Schiene, Straße, zu Wasser und in der Luft Demonstranten auf den Weg in Richtung Landtag.

Vor dem Bahnhof sammeln sich die Demonstranten. Es dauert eine Weile, bis alle Lübecker mit Bussen und Bahnen, per Auto und mit dem Fahrrad angekommen sind. Um die Wartezeit zu verkürzen, hat der Student Nils



Die Ladefläche des Trucks bietet reichlich Platz für das …

16·06·10

Uflacker zusammen mit weiteren Helfern vor dem Bahnhof ein Konzert organisiert, an dem sich auch Schauspieler des Theaters Lübeck beteiligen. Es findet großen Anklang bei den Demonstranten.
Die Konzertbühne ist außergewöhnlich. Der Fachhochschulstudent Hans Lienshöft mietete einen riesigen Lastwagen – und zwar genau den Truck, der bei der Love Parade in Berlin immer zum Einsatz kam. Von seiner Ladefläche erschallt auch während der Demonstration Musik, ebenso von zwei kleineren Lautsprecherwagen, die am Anfang und Ende des Zuges fahren. Und von diesem Truck, den die Studenten ganz in Gelb dekoriert haben,



… von Nils Uflacker organisierte Konzert am Bahnhof



Peter Dominiak und Niklas Finck: „Die Landesregierung handelt fantasielos, gedankenlos und unsensibel."

spricht zuerst der Präsident des Studierendenparlaments, Niklas Finck, zu den Demonstranten. Danach tritt der Präsident Peter Dominiak ans Mikrofon: „Die Landesregierung will einen Studiengang einstellen. Den Studiengang Medizin. Was passiert aber? Wenn man bei uns die Medizin plattmacht, dann gibt es auch keine Universität mehr. Denn die anderen Studiengänge hängen bei uns ebenfalls von der Medizin ab – und dann verbleiben vielleicht noch 500 Studenten in Lübeck, und das ist keine Universität mehr. Damit wird in unserer Stadt nicht nur eine Universität geschlossen, sondern es gibt wirtschaftliche Schäden, es gibt Schäden in der Wissenschaft und Schäden in der Krankenversorgung. Das können wir uns nicht bieten lassen!

Es fallen circa 2 500 Studienplätze weg, in einer Zeit, in der Bildung eine große Rolle spielt. Das darf nicht sein! Mit uns hier demonstrieren viele Schüler. Es ist genau das falsche Signal an diese Generation, wenn man so bei der Bildung spart. Es gibt eine Menge kleiner Medizintechnik-Unternehmen in Lübeck, weil wir in der Stadt eine Medizin-Uni haben. Diese Firmen werden weggehen, oder sie werden pleitegehen. Und das können wir uns ebenso wenig gefallen lassen. Das, was die Landesregierung mit

uns gemacht hat, ist fantasielos, gedankenlos und unsensibel."

Am Ende der Auftaktkundgebung spricht Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) und erklärt: „Die ganze Stadt steht hinter der Uni – und will, dass sie erhalten bleibt." Und in Bezug auf den Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU) sagt Saxe: „Er hat keine Mehrheit für seine Pläne – nicht im Land und auch nicht im Landtag."



Finck, Dominiak und Saxe

Lärm aus Tausenden von Trillerpfeifen vor dem Landeshaus

Als Saxe endet, setzt sich der Demonstrationszug in Bewegung. Laut ist es: Aus Tausenden von Trillerpfeifen dringen schrille Töne, es erschallen Gesänge mit „Lübeck kämpft, bis nichts mehr geht" und „Wir fordern Rücktritt". Gekleidet sind die Demonstranten in die gelben „Lübeck-kämpft"-T-Shirts, sie haben gelbe Luftballons dabei und gelbe Plakate.



Gelbe T-Shirts, schrille Töne


UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI
UNI
Lübeck
Ich kämpf


Lübeck
kämpft
für seine
UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI
rettet Euer
Wer rettet
IST
WIE K


UNI
Ich kämpfe
für die
UNI
Lübeck


Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck
LÜBECK
UNI


kämpft
für seine
UNI


Kiel kämpft
Lübeck kämpft
KIEL




Lübeck kämpft für sein



Auf halber Strecke hält der Zug am Schlossgarten. Dort treffen sie auf den Demonstrationszug der Kieler Studenten. Die Kieler Sympathisanten haben lilafarbene Luftballons dabei und eigene T-Shirts mit dem Aufdruck: „Uni versenken – spielen wir nicht mit“. Unter diesem Motto haben sie zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Flensburger Studenten beteiligen sich mit grünen Luftballons.

Gemeinsam geht es weiter in Richtung Landeshaus. Zwei große Transparente stehen jetzt an der Spitze des Zuges für den Kampf der Universität Lübeck und die Solidarität der Kieler Studenten. Auf dem einen steht der Slogan „Lübeck kämpft für seine Uni“ – auf dem anderen „Mit Kiel und Flensburg“. Präsident Dominiak, die AStA-Vorsitzende Linda Krause und Bürgermeister Bernd Saxe laufen mit in der ersten Reihe.

Länger und länger wird der Demonstrationszug, mehr und mehr Menschen stoßen dazu. Als der Demonstrationszug vor dem Landeshaus am Düsternbrooker Weg eintrifft, ist der Lärm der Gesänge und Trillerpfeifen ohrenbetäubend.





Größte Demo aller Zeiten in Kiel
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/demo_kiel

Das Kieler Landeshaus liegt etwas tiefer als die Straße. Wissenschaftsminister de Jager, FDP-Fraktionschef Kubicki, CDU-Fraktionschef von Boetticher

16.06.10

und weitere Abgeordnete aller Parteien stellten sich der Menge. Ralf Stegner, Fraktionsvorsitzender der SPD, spricht mit einem kleinen Handmegaphon zu den sich sammelnden Demonstranten. Aber der bald eintreffende Truck mit seiner leistungsstarken Musikanlage, die auf die Musik folgenden Reden und das ohrenbetäubende Pfeifkonzert der Menge übertönen seine Äußerungen.

Vor dem Landeshaus lassen die Demonstranten ihre Ballons gleichzeitig in den blauen Kieler Sommerhimmel fliegen. Der Lärm hat sich gelegt, die Demonstration neigt sich dem Ende zu. „Das war der Moment, der mich am meisten bewegt hat“, berichtet Jürgen Westermann. „Das Bild, wie Tausende von gelben Ballons in den Himmel steigen, dazu die lilafarbenen der Kieler Studenten, die sich in einer Weise mit uns solidarisiert haben, wie wir es uns auch von der Uni-Spitze gewünscht hätten – das war einzigartig. Dieses Bild ist für mich zum Symbol von ‚Lübeck kämpft für seine Uni‘ geworden.“

Und Bürgermeister Bernd Saxe berichtet: „Wie die Demonstranten da standen, zu Tausenden, und unglaublich laut waren, das war schon toll. Sie haben der Landesregierung sehr genau und mit friedlichen Mitteln klar gemacht, was sie von ihren Plänen halten.“



Gelbe und lilafarbene Ballons: „Ein einzigartiges Bild der Solidarität“

Lübeck kämpft für seine UNI

Weitere Informationen unter www.luebeck-kaempft.de

STIRBT UNI
STIRBT LÜBECK

LERNEN VOR ORT

UNIVERSITÄTSKIRCHE ST. PETRI
Lübeck kämpft für seine UNI
ESG Evangelische Studierendengemeinde Lübeck
KSG Katholische Studentengemeinde

LÜBECK KÄMPF
FÜR SEINE UNI






Die Possehl-Stiftung
kämpft für UNI Lübeck.


Ich kämpfe
für die


STOP
SPAREN bis der
MIT KIEL
UND FLENSBURG


Lübeck

Die Polizeidirektion in Kiel hat zwar „erhebliche Verkehrsbehinderungen" ausgemacht, aber es kam zu keinerlei Zwischenfällen: „Am Landeshaus verzeichnete die Polizei zur Abschlusskundgebung der Protestveranstaltung insgesamt über 14 000 friedliche Teilnehmer. Um 14.30 Uhr startete der Protestzug des AStA der Universität Lübeck im Bereich des Hauptbahnhofes mit geschätzten 10 000 Teilnehmern in Richtung Landeshaus. An der Christian-Albrechts-Universität beteiligten sich bei dem Aufmarsch am Nachmittag etwa 3 400 Teilnehmer. Die jungen Menschen hielten die in den Kooperationsgesprächen zwischen der Versammlungsbehörde und der Polizei auf der einen Seite und den insgesamt vier Veranstaltern auf der anderen Seite vereinbarten Absprachen ein. Der Leiter der Polizeidirektion Kiel, Werner Tanck, hat als Einsatzführer keinen Ansatz für Unfriedlichkeit festgestellt. Er zeigte sich erfreut, dass diese bisher größte Protestveranstaltung, die die Landeshauptstadt bisher gesehen hat, so problemlos verlaufen ist. Zur Bewältigung dieses Einsatzes setzte der Polizeiführer insgesamt 300 Polizisten aus der Polizeidirektion Kiel und von der Bereitschaftspolizei aus Eutin ein."

Es war also die größte Demonstration, die jemals in Kiel stattgefunden hat.

Ein Triumph für die Lübecker. Der Rückhalt in der Bevölkerung hatte sich innerhalb von zwei Tagen von Plakaten in den Fenstern und Aufklebern auf Autos zu einer unübersehbaren, unüberhörbaren Menschenmenge weiterentwickelt.

Der Ministerpräsident Carstensen tritt nicht vor die Demonstranten. Am Morgen hatte er jedoch noch vor dem Landtag gesprochen und den angekündigten Sparplan verteidigt. Schildert er dabei Möglichkeiten, einen anderen Ausweg zu finden? Nein. Das von der Haushaltsstrukturkommission vorgelegte Sparkonzept sei „alternativlos".

Er ist übrigens nicht der einzige Politiker, der dieses Wort in diesem Jahr verwendet. Später, im Januar 2011, wird es von einer unabhängigen Jury aus Sprachwissenschaftlern und Publizisten zum „Unwort des Jahres" gewählt. Der Chef der Jury, der Germanist Horst Dieter Schlosser, begründet die Wahl im Gespräch mit der *Tagesschau* wie folgt: „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von

vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe."

Aber auch das von der Gesellschaft für deutsche Sprache gewählte „Wort des Jahres 2010" passt zu den Lübecker Demonstranten: Es sind die „Wutbürger".

Ob es in Ordnung war, die Politiker nicht zu Wort kommen zu lassen, darüber sind sich nach der Demonstration nicht alle einig. Manche hätten ihnen gerne eine größere Chance eingeräumt, sich zu erklären. Andere teilen die Ansicht von Cor de Wit, Professor für Physiologie, die er auf der „Lübeck-kämpft"-Internetseite vertritt: „Redezeit hatten Herr Ministerpräsident Carstensen und Herr Minister de Jager in Berlin bei der Demo. Dort haben wir gelernt, dass eine Diskussion leider nicht möglich ist, da die Herren fast nie klare Antworten auf klare Fragen geben. Selbst einfache Fragen werden nicht beantwortet. So erschuf Herr de Jager den Begriff der „akademischen Medizin" (nur um das Wort universitäre Medizin zu vermeiden), und auf die Frage, was denn darunter zu verstehen sei und wie das ohne Studenten gehen solle, wird wieder nicht bzw. nur ausweichend geantwortet. Darum war es völlig korrekt, sie nicht zu Wort kommen zu lassen. Wir haben die Demo gemacht, um ihnen und der Öffentlichkeit unsere Meinung zu zeigen, darzulegen und argumentativ zu erklären. Was wir dann nicht brauchen, ist deren ausweichende Antworten und Erklärungen. Das war unsere Veranstaltung, und wir lassen uns diese nicht von Politikergeschwafel kaputtmachen. Wenn Redebedarf von deren Seite mit uns besteht, so soll ihre Einladung an uns nicht unerhört bleiben."

Nach der Demonstration bittet AStA-Mitglied Lukas Ruge die Demonstranten darum, auf der Internetseite luebeck-kaempft.de ihre persönlichen Erlebnisse und Eindrücke während der Demonstration zu beschreiben. Diese werden in den kommenden Tagen in loser Folge auf der Internetseite veröffentlicht. So treten die Geschichten hinter der Zahl von 14 000 Demonstranten hervor. Die Teilnehmer schicken Bilder, Texte und Filme, die ihre ganz eigenen Aspekte der Demonstration beschreiben.

Rainer Mintzlaff

„Warum ich?“



Rainer Mintzlaff lebt als Entwicklungsingenieur bei Hamburg. Sein Sohn studiert im dritten Jahr Informatik an der Universität zu Lübeck.

Warum ausgerechnet ich? Warum bin ich denn schon am Montag vor der Demo in Kiel im T-Shirt des Lübecker AStAs mit S- und U-Bahn quer durch Hamburg zur Firma und abends wieder nach Hause gefahren? Warum habe ich mir das angetan? Schließlich habe ich mich dabei anfangs wie ein kleines, honiggelbes Alien gefühlt, dass sich in dieser großen Stadt verlaufen hatte.

Nach einiger Zeit allerdings kam ich mir jedoch eher vor wie ein einzelner, der endlich aufgewacht war, unter vielen, vielen müde vor sich hinträumenden Zeitgenossen.

Nein, um es gleich zu beantworten, ich studiere nicht in Lübeck. Das habe ich auch nie. Ich lebe noch nicht einmal in Lübeck, sondern im Hamburger Speckgürtel, wie es so schön heißt. Lediglich mein Sohn studiert dort in dieser kleinen Hansestadt, aber dann noch nicht einmal Medizin.

Also zurück zu der anfänglichen Frage: Warum laufe ich auf diese Weise durch eine Großstadt, die doch offensichtlich so weit entfernt ist von Lübeck?

Die Antwort darauf ist ganz einfach! Wenn ich in zwanzig Jahren vielleicht langsam tatterig werde, brauche ich vielleicht doch häufiger einmal einen Arzt. Natürlich nicht irgendeinen, sondern einen guten Arzt. Selbstredend, das heißt, den besten Arzt. Natürlich! Ganz ehrlich, wer möchte das nicht. Aber werde ich in zwanzig Jahren denn überhaupt noch einen Arzt in meiner Nähe finden?

Auch Ärzte fallen nicht vom Himmel. Sie müssen ihr Handwerk zuerst einmal genauso lernen wie du, wie ich und wie wir alle. Gute Leute hatten rückblickend zumeist auch gute Lehrmeister, gute Lehrer, gute Dozenten, gute Schulen oder wie in diesem Fall auch eine gute Universität.

Ich wünsche nicht nur mir, sondern auch meinen Lieben einen guten Arzt, wenn sie denn einen benötigen. Ja, genau aus diesem Grund wünsche ich mir auch eine gute Uni, auf der die Ärzte von morgen ihr Handwerk bestmöglich erlernen können.

Da ist er, der Grund, weshalb ich mit diesem honiggelben T-Shirt an diesem Montag durch Hamburg und am Mittwoch durch Kiel gelaufen bin.

All das ist und bleibt für mich ein sehr guter Grund, mich für den Erhalt der Uni zu Lübeck einzusetzen, und ich bewundere den Einsatz, den der AStA und die ganze Stadt Lübeck dort an den Tag legen.

Übrigens, einmal wurde ich auf dem Weg durch Hamburg auch angesprochen. Ein besorgter Vater, dessen Tochter gerade ihr Abitur gebaut hatte, fragte mich, ob sie sich denn nun überhaupt noch in Lübeck für das Medizinstudium bewerben sollte, was sie im Grunde genommen gerne getan hätte. Dort würde sie aber doch wohl kaum ihr Studium letztendlich beenden können.

Ganz ehrlich, ich war schockiert über diese Frage. Meine Güte, was kann da so ein Politiker, ohne jemals dafür belangt werden zu können, mit seinem dummen Gerede anrichten.

Dennoch, ich habe dem Mann mit einer Gegenfrage geantwortet: „Ist es nicht immer noch besser, wenigstens ein paar Semester an einer der besten Unis studiert zu haben, als es woanders getan zu haben?“

So beschreibt Bente Heldmann, wie sie mit ihrer Mutter, ihren Geschwistern und ihren Kindern den Tag erlebt hat, als sie sich dem Demonstrationszug anschloss, den die Kieler Studenten gebildet hatten: „Unter den unzähligen Flensburgen und Kielern [...] fallen wir mit den T-Shirts ein wenig auf, die Mädchen mit ihren „Lübeck kämpft für seine Uni“-Kopftüchern, die meine Schwester beschrieben hat. [...] Ein friedlicher Zug, bunt und solidarisch, total schön. Und welch Segen für uns, dass das Wetter so toll mitspielt ... Nach einem kurzen Stopp vor der Klinik treffen die beiden [Kieler und Lübecker] Gruppen dann endlich aufeinander. 10 000 Lübecker kommen um die Ecke, unendlich viele davon in Gelb gekleidet (waren es wirklich nur 5 000 T-Shirts?), gelbe Plakate, gelbe Luftballons, ein unbeschreiblicher Moment! Mir kommen ehrlich gesagt fast die Tränen bei so viel Zusammenhalt. Eine tolle Stadt! Dieser Augenblick war für mich die schönste „Aussage“ des ganzen Nachmittages. Einfach ohne Worte. [...] Gerade aus Lübeck kommen natürlich viele Familien. ‚Hinter jedem Studenten, hinter jedem Mitarbeiter steckt eine Geschichte‘, hatte die Dame von den *Kieler Nachrichten* am Audimax zu uns gesagt. Interessiert sich aber die Regierung für all diese Geschichten? Unzählige Luftballons in Lila und Gelb steigen in den Himmel auf. Wunderschön. [...] Ein unglaublicher Tag! Ich bin sehr froh, dabei gewesen zu sein. Danke Kiel, danke Flensburg, danke Lübeck!!! Wir kämpfen weiter – mit der ganzen Familie.“
Karin Wiegers, Medizinisch-technische Assistentin an der Universität Lübeck, hat den Tag so in Erinnerung: „Am Tag der Demo hätte es niemanden gewundert, wenn Zeus Blitz und Donner geschickt hätte, um seinen Zorn den selbsternannten Giganten kundzutun, die wider jeden Verstand handelten! Stattdessen herrschte das schönste „Schleswig-Holstein-Wetter“ an der Förde. In Erinnerung bleibt eine Gänsehautatmosphäre durch die in den blauen Kieler Himmel steigenden Ballons, getragen vom lautstarken Protest der Akteure.“
Und Niklas Finck, Präsident des Lübecker Studierendenparlaments, beschreibt, wie die anderen Lübecker Hochschulen den Kampf der Universität unterstützt haben: „Ich bin gerührt davon, wie die Lübecker Hochschulen zusammenhalten. Die Musikhochschule hat selbst noch [auf dem] Show-Truck hervorragend improvisierte Musik gemacht. Als am Schloss-

garten nochmal diese Masse an Menschen zu uns strömten, …!!! In drei Wochen diesen Widerstand zu organisieren, Schleswig-Holsteiner Studenten, erkennt eure Zahl, erkennt eure Fähigkeiten und Möglichkeiten!"

Und er erinnert sich an den Beginn des Protestes, den Beginn dieser aufregenden Wochen, als am 27. Mai mehrere hundert Studenten spontan vor dem Lübecker Scandic Hotel demonstrierten, wo FDP-Fraktionschef Kubicki nach einer Veranstaltung des Verbandes der Selbständigen und Freiberufler e.V., an der er teilgenommen hatte, vor die Studenten trat, die ein Megaphon für ihre Sprechchöre verwendeten. „Am Scandic Hotel hat Kubicki gesagt, die Beschallung durch Megaphone sei inadäquat. Es wäre nur eine lustige Randnotiz für manche gewesen, aber ich hätte ihm gerne vom Show-Truck mit Mikro zugeschrien, ob die Beschallung denn jetzt adäquat sei und ob er sich an die verrückten Lübecker erinnere?!"

Und welchen Eindruck hat die Demonstration bei Wissenschaftsminister de Jager hinterlassen? Haben die Lübecker ihn zum Umdenken animieren können?

Nun, er scheint nicht sonderlich beeindruckt. Die *LN* zitieren ihn mit den Worten: „Auch wenn es Demonstrationen gibt, führt kein Weg daran vorbei, den Haushalt Schleswig-Holsteins zu sanieren." Im Interview mit einem Vertreter der Fachhochschule Kiel sagt er unmittelbar nach der Demonstration auf die Frage, was er jetzt weiter zu tun gedenke: „Es ist auch ein Stück Herausforderung, sportliche Herausforderung. Insofern hat es meine Entschlossenheit überhaupt nicht verändert", und antwortet auf die Frage des Fachhochschulvertreters, ob es ihm denn nicht nahe gehe, dass er soeben von 14 000 Menschen ausgepfiffen worden sei: „Welche Argumente sollen mir denn nahegehen?"

Auf der Internetseite mischt sich daraufhin Wut mit Frustration. „Es war die größte Demonstration in Schleswig-Holstein seit Menschengedenken, und den Herrn de Jager interessiert es einfach nicht. Was für eine unglaubliche Arroganz. Wer dermaßen entkoppelt von seinen Bürgern ist, der gehört weg. Rücktritt, und zwar schnell!" schreibt ein Kommentator.


Lübeck
kämpft
für seine
UNI


Lübeck kämpft
für seine Uni


Lübeck
kämpft
für seine


GELOGEN!

„Lübeck kämpft“ am Holstentor

Ab dem nächsten Tag sehen Lübeck-Besucher am Wahrzeichen der Hansestadt direkt, was die Bürger bewegt. Bürgermeister Saxe und Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer haben eingewilligt, dass die Stadt offen Stellung bezieht. Für jeden Einwohner, jeden Touristen sichtbar.



„Lübeck kämpft“ am Holstentor

An diesem 17. Juni rückt ein großer Einsatzwagen der Feuerwehr aus. Auf dem Holstentorplatz hält er an. Vor dem Holstentor beginnen die Feuerwehrmänner, die Drehleiter auszufahren.
Am Holstentor prangt seit 1871 die lateinische Inschrift: „**Concordia domi foris pax**", also etwa „Eintracht im Inneren führt zu Frieden nach außen". Ab dem heutigen Tag ist in ähnlich großen Lettern darüber zu lesen: „Lübeck kämpft für seine Uni".
Die Studentin Susan Mielke erinnert sich, worauf die Feuerwehrleute bei diesem einzigartigen Vorgang am jahrhundertealten Holstentor achtgeben mussten. „Leider war die Feuerwehr [zum Fototermin] noch nicht ganz fertig. Man kann ja in das Holstentor nicht einfach Löcher bohren, um etwas zu befestigen."
Besser hätten die Protestierenden nicht für die Verbreitung ihres Slogans sorgen können: Jeden Sommer kommen Zehntausende Touristen nach Lübeck, fotografieren das Holstentor und tragen auf diesem Weg das Bild des Protestbanners in alle Welt.

19.06.10

Am Samstag, dem 19. Juni, gibt es neben den schon fast selbstverständlich zum Stadtbild gehörenden Infoständen der Studenten noch eine weitere Gelegenheit für Touristen und Einwohner, mit ihrer Unterschrift zur Rettung der Uni Lübeck beizutragen. Denn heute werden sie von ein paar Bürgerschaftsmitgliedern unterstützt. Sie haben einen Stand aufgebaut und bitten im Namen der gesamten Bürgerschaft darum, für den Erhalt der Universität zu unterschreiben. Diese Unterschriftenlisten werden AStA-Vertreter dann im Juli in Kiel an Wissenschaftsminister de Jager übergeben.
Und dann gibt es für die Samstagseinkäufer in der Fußgängerzone noch etwas Überraschendes zu sehen.
Mehrere Dutzend Studenten stehen scheinbar zufällig in der Breiten Straße. Dann ziehen sie nach und nach ihre Jacken aus, so dass die darunter getragenen weißen Arztkittel zum Vorschein kommen. Noch wundern sich wenige Passanten: dass die Medizinstudenten jetzt im Kittel zu sehen sind statt in den gewohnten gelben T-Shirts, deswegen bleibt niemand stehen. Doch dann ertönt ein kurzer Hupton, und auf dieses Signal hin sinken die Weißgekleideten zu Boden und bleiben wie tot liegen. Jetzt

können die Passanten die Studenten nicht mehr ignorieren: sie liegen im Weg. Die Leute bleiben stehen, wundern sich, gehen um die Liegenden herum oder steigen hinüber. Sie wurden gerade Zeugen eines Smartmobs. Die Studentin Viola Borchardt hatte die Idee zu dieser Performance.
Ein Smartmob ist eine neue Form der Protestkultur. Über Internet und Mobiltelefone verabreden sich Demonstranten zu einem solchen Smartmob, um dann zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem oder auch an mehreren Orten alle das Gleiche zu tun. Und das, was sie dann tun, ist meist in irgendeiner Weise ungewöhnlich und überraschend. Seit 2008 hat sich diese Art der Demonstration etabliert. Schon mit wenigen Dutzend Teilnehmern gelingt es so, effektiv und originell auf ein Anliegen aufmerksam zu machen.
Nach einem erneuten Hupsignal eine Minute später erheben sich die Studenten wieder, ziehen ihre Kittel aus – und tragen darunter ihre gelben T-Shirts.





Smartmob in der Lübecker Innenstadt
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/smartmob

Am gleichen Tag beginnt die Kieler Woche. Bei der Eröffnungsveranstaltung an der Kieler Förde lassen es sich die Lübecker Studenten nicht nehmen, während der Rede von Peter Harry Carstensen auf die Situation in Lübeck hinzuweisen, indem sie laut ihre Parolen skandieren. Der Ministerpräsident muss mehrfach pausieren, weil er nicht gegen die Sprechchöre ankommt.





Ministerpräsident Carstensen eröffnet die Kieler Woche
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/kieler_woche

Nach dieser ereignisreichen Woche werden die nächsten Tage etwas ruhiger. Aber die Ruhe hält nicht lange an.

20·06·10

Lübeck
kämpft
für seine
UNI
PASSAT

Fünfte Kämpfer woche

21. – 27. Juni 2010

21-06-10

Die Woche nach der großen Demonstration in Kiel fängt etwas ruhiger an.

Gleich am Montag meldet sich Winfried Stöcker zu Wort, der Vorstandsvorsitzende der Euroimmun AG, einer Medizintechnikfirma mit etwa 800 Mitarbeitern in Lübeck. „Der Wirtschaftsraum Lübeck hat sich, von Kiel unbemerkt, zu einem Zentrum der Wachstumsbranche Medizintechnik entwickelt, sie ist heute der ganze Stolz der Hansestadt, sie bedient einen Markt, der sogar in Zeiten der aktuellen Finanzkrise noch prosperiert. Wirtschaft und Hochschule haben sich in der Medizintechnik gegenseitig unterstützt, und sie hängen voneinander ab, die Betriebe sind auf den Katalysator Medizinische Universität angewiesen. Wenn man der Medizinischen Fakultät heute den Todesstoß versetzte, würden sich kaum noch Medizintechnik-Firmen neu ansiedeln, andere werden abwandern. Um 25 Millionen Euro im Jahr einzusparen, gingen auf der Einnahmeseite 100 Millionen Euro verloren. [...]

Das ist wieder einmal so ein Behördenstreich. Ein Wirtschaftsunternehmen würde bei einer solchen Strategie nicht lange überleben. Wer in schwierigen Zeiten die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einstellt, kommt vielleicht in den nächsten zwei Jahren besser über die Runden, aber er verschiebt nur die Probleme in die Zukunft, dann kann man nämlich im Wettbewerb nicht mehr mithalten. Unser Vorschlag zur Konsolidierung des Haushalts und zur Förderung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein: Die Herren de Jager und Carstensen werden abgesetzt, und das Ruder wird Leuten überlassen, die etwas von Wirtschaft und Finanzen verstehen. Carstensen wird auf seinen Hof zurückgeschickt und de Jager in die Wüste, aber nicht Hunderte ehrbarer verdienter Wissenschaftler und akademischer Lehrer.“ Und er

wendet sich direkt an den Ministerpräsidenten: „Das ist ein Missbrauch der Demokratie, Herr Carstensen! Drehen Sie das Rad zurück und warten Sie wenigstens so lange, bis Sie eine anständige Mehrheit im Landtag hinter sich haben. Wahren Sie Ihr Gesicht, geben Sie dem Wirtschaftsminister alle Schuld und schicken Sie ihn in den Ruhestand – aber nicht Hunderte intelligenter Hochschulprofessoren. Wenn die Demokratie in Deutschland richtig funktioniert, wird es nicht soweit kommen.“

Ministerbesuch im Audimax

Und obwohl die große Demonstration in Kiel erst ein paar Tage zurückliegt, kann von Kampfesmüdigkeit bei den Studenten nicht die Rede sein. Für den Dienstag der Woche hat sich Wissenschaftsminister de Jager in Lübeck angekündigt. Er kommt ins Audimax der Lübecker Universität und will dort als Gastredner bei der Personalversammlung auftreten. Zugelassen sind im Audimax nur Angestellte der Universität oder des UK S-H, die meisten Studenten müssen also draußen bleiben. Nur diejenigen, die als wissenschaftliche Hilfskräfte oder als Nachtwache in der Klinik angestellt sind, dürfen mit in das Gebäude. Doch der Personalrat hatte sich mit dem Übertragen der Veranstaltung per Video einverstanden erklärt, so dass die Veranstaltung auch im Foyer des Audimax zu sehen ist.



Auf dem Campus: Studenten erwarten den Minister

Im Vorfeld diskutieren die Studenten darüber, wie sie dem Minister gegenübertreten sollten. Lauter Protest? Trillerpfeifen? Sprechchöre? Oder andere Maßnahmen wie Sitzblockaden, die dem Minister den Zutritt zum Audimax versperren? Schließlich hatten die Studenten noch knapp zwei Wochen vorher durch das Anlegen einer Hand an die Außenwand des Gebäudes demonstriert, wie verbunden sie sich der Universität fühlen. Da können sie Jost de Jager nicht so einfach das Feld überlassen.



Jost de Jager und Matthias Salzenberg vor dem Audimax: "Die Antworten des Ministers waren schwammig und fadenscheinig wie gewohnt"

Trotzdem suchen sie nicht die Konfrontation bei jeder Gelegenheit. Und sie setzen auf einen konsequent gewaltfreien Widerstand. Sie wissen, dass die Sympathien der ganzen Stadt auf ihrer Seite sind, viele Bewohner anderer Teile Schleswig-Holsteins unterstützen den Protest, und noch weit über die Landesgrenzen hinaus bezeugen Schulfreunde, Familie, andere Studenten aller Fächer und viele verschiedene Organisationen ihre Anteilnahme. Und die Studenten wissen, dass sie diese Sympathien brauchen und nicht durch Bilder von Polizeieinsätzen aufs Spiel setzen dürfen. Daher entscheiden sie sich gegen eine Sitzblockade, die dem Minister den Zugang versperrt. Sie verfolgen die Rede de Jagers vom Foyer aus und wollen ihm hinterher ein paar Fragen stellen. Obwohl sie vermutet hatten, dass er für den Rückweg einen Seitenausgang benutzen würde, kommt er aus dem Haupteingang und stellt sich den Fragen, die AStA-Mitglied Matthias Salzenberg ihm im Namen der Studenten stellt. Viel Neues bekommen sie

jedoch nicht zu hören. Susanne Himmelsbach erinnert sich: „Das Beeindruckendste an seinem Auftritt war noch die Wolke aus Personenschützern und zivilen Polizisten, die ihn umgab. Seine Antworten auf die von Matthias Salzenberg gestellten Fragen waren schwammig und fadenscheinig wie gewohnt. Auf die Frage, ob er die finanziellen Risiken berechnet habe, bedankte er sich erst einmal für die Einladung, zu sprechen. Auf die Nachfrage, ob er sich einfach mit einem Ja oder Nein äußern könnte, erklärte er, er lasse sich seine Antworten nicht diktieren. Als Matthias daraufhin begann, ihm aus dem Koalitionsvertrag und den Wahlversprechen vorzulesen, versteinerte sich zwar die Miene des Ministers, handfeste Äußerungen blieben jedoch aus."

Und ein Vertreter des wissenschaftlichen Personalrats berichtet am 23. Juni in einer Pressemitteilung: „Er blieb wieder jegliche Erklärung schuldig, wie er sich die Stärkung der verbleibenden Studiengänge, Molecular Life Science (MLS), Mathematik in Medizin und Lebenswissenschaften (MML), Informatik und den Medizinischen Ingenieurswissenschaften (MIW) ohne die Medizin vorstellt. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass keine belastbaren Zahlen zu dem geplanten Sparprogramm und keine Risikoabschätzung über die Folgen für die Universität, die Region Lübeck und ganz Schleswig-Holstein existieren. Auf die Frage, wie er die hieraus resultierenden Sorgen der Mitarbeiter, der Stadt Lübeck und medizintechniknaher Firmen einschätze, antwortete Herr de Jager: ‚Es wird schon nicht so schlimm kommen' und ‚Man kann die Probleme dann Stück für Stück abarbeiten'."

Der Dialog mit den führenden Politikern im Land gestaltet sich also schwierig. Studiendekan Jürgen Westermann beschreibt es so: „Wir als Wissenschaftler, wir versuchen, die andere Seite mit Argumenten zu überzeugen. Und wenn dann jemand Fakten offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen will und trotz aller vernünftigen Argumente an seinen Plänen festhält, dann wird es für uns schwierig, uns weiter mit ihm auseinanderzusetzen."

Trotzdem sammeln die Unterstützer des Protestes unermüdlich weiter Argumente. Mitarbeiter des Bezirks Lübeck der Schleswig-Holsteinischen Industrie- und Handelskammer (IHK) haben an die medizinnahen Un-

ternehmen in der Region einen Fragebogen versendet, in dem sie wissen möchten, welche Rolle die Universität für die regionale Wirtschaft spielt. 23 000 Mitarbeiter in mehr als 1 000 Unternehmen in und um Lübeck forschen zu medizinischen und diagnostischen Verfahren, produzieren medizintechnische Geräte und Materialien oder arbeiten im Gesundheitswesen. Jedes Jahr erwirtschaften sie einen Gesamtumsatz von mehr als vier Milliarden Euro. 110 der Unternehmen beteiligten sich an der Umfrage und vertraten damit etwa 15 000 Beschäftigte.

Am Donnerstag veröffentlicht die IHK in einer Pressemitteilung die Ergebnisse. Auch viele Unternehmen sehen kaum eine Zukunft für die Universität in Lübeck, wenn der Medizinstudiengang dichtgemacht würde. In der Pressemitteilung heißt es: „Die enge Verflechtung der Wirtschaft in der HanseBelt Region mit der Universität zu Lübeck lässt sich anhand der Zahlen belegen. ‚30 Prozent der befragten Unternehmen kooperieren mit der Hochschule, mehr als 29 Prozent betreiben sogar gemeinsame Projekte mit der Universität', so [der Präses der IHK Lübeck, Christoph Andreas] Leicht. Es sei daher nicht verwunderlich, dass 19,1 Prozent der Firmen eine Verlagerung ihrer Betriebsstätten in Betracht zögen, wenn der Medizinstudiengang schließt. ‚Damit verliert die HanseBelt Region die Chance, sich als Standort für Medizintechnik weiterzuentwickeln' [...] Viele Unternehmen erwarten eine Schwächung des Standortes im Zuge der Abschaffung des Medizinstudienganges in Lübeck. ‚Mehr als 86 Prozent der Befragten befürchten einen Imageschaden für Lübeck', so Leicht. Das könnte Auswirkungen auf Investitionen und Ansiedlungen von Unternehmen haben. Auch für Fachkräfte dürfte die Region Lübeck an Attraktivität verlieren. ‚Das Aus für das Medizinstudium wird den Fachkräftemangel noch verstärken, denn 26,4 Prozent der Firmen rekrutieren Personal von der Universität zu Lübeck.'"



Kurz und eingängig fasst Leicht die Umfrageergebnisse zusammen: „Unsere Wirtschaft braucht die Uni." Und mit dem Slogan lässt die IHK gleich ein paar schwarz-gelbe Plakate drucken.

23.06.10

Matthias Schulz-Kleinfeldt

„Die Universität ist eine Herzensangelegenheit“



Matthias Schulz-Kleinfeldt ist Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck

Wie haben Sie von den Schließungsplänen erfahren?

Kurz vor Bekanntgabe der Sparbeschlüsse erfuhren wir, dass die Haushaltsstrukturkommission vorschlägt, den Medizinstudiengang an der Universität zu Lübeck zu streichen. Am 26. Mai haben der Präses der IHK zu Lübeck und ich ein erstes Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen in der Sache geführt. Am gleichen Tag lud Lübecks Bürgermeister ins Rathaus zu einer Senatssitzung, um dort über die Sparpläne der Landesregierung zu beraten. Am Abend kam es schließlich zu einer Pressekonferenz.

Dort machte der Universitätspräsident Professor Dominiak deutlich, dass es nicht nur um den Medizinstudiengang, sondern um die gesamte Universität ginge. Er fand dafür sehr deutliche, auch emotionale Worte. Diese Tonalität war in den anschließenden Wochen von verschiedenen Akteuren immer wieder zu hören. Es wurde schnell klar: Die Universität ist eine Herzensangelegenheit der Region.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck stellte sich von Anfang klar gegen die Sparpläne. Sie hat den Protest unterstützt, obwohl die Abgeordneten sonst eher selten einer Meinung sind.

Wie standen Sie als IHK zu den Schließungsplänen?

Wir haben uns in der Sitzung unserer Vollversammlung im Juni mit dem Thema beschäftigt. Die rund 60 Unternehmerinnen und Unternehmer, die insgesamt 70 000 Betriebe in unserer Region vertreten, haben sich in einer einstimmigen Resolution ohne Wenn und Aber für den Erhalt der Uni ausgesprochen. Mit diesem uneingeschränkten Votum der Wirtschaft hat die Landespolitik meines Erachtens nicht gerechnet.

Befürchteten die Unternehmen, die Sie vertreten, bei einer Schließung der Universität Umsatzeinbußen und den Verlust von Arbeitsplätzen?

Ja. Aber es ging auch um einen anderen Aspekt: Uns haben viele Unternehmen angerufen, große und kleine, zum Teil aus dem medizintechnischen Bereich, aber auch Banken, Einzelhandel und Dienstleister hier aus der Stadt. Sie alle hatten die Befürchtung, dass sich die Attraktivität unseres Standortes grundlegend ändern würde, wenn Lübeck die Universität und die Studenten verlieren würde. Es war also eine Frage der Lebensqualität Lübecks und bewirkte das starke gemeinsame Gefühl: „So etwas tut man nicht!"

Wurde der Protest so emotional weitergeführt?

Vermutlich hat diese Stimmungslage allen Betroffenen die besondere Energie für den Protest gegeben. Ich fand es beeindruckend, dass der Widerstand von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in gleichen Teilen getragen wurde.

Wie waren Sie involviert?

Wir waren von Anfang an dabei. Auch bei dem Treffen in Bargteheide am 13. Juni, einem nicht öffentlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister, Finanzminister, dem Präsidenten und Kanzler der Universität sowie Lübecks Bürgermeister. Hier verpflichtete sich die Universität, ein alternatives Sparkonzept vorzulegen. Drei Tage später folgte die große Demonstration in Kiel – übrigens mit 14 000 Demonstranten die größte in der Landesgeschichte. Wir wollten auch hier als Wirtschafts-

vertreter ein Zeichen setzen. Wir haben unsere Meinung vertreten, aber gleichzeitig auch im Konflikt vermittelt, denn es galt auch, die Sparbemühungen des Landes ausdrücklich anzuerkennen.

Wie geht es jetzt weiter?

Das Bekenntnis der Region zur Universität und damit zum Wissenschaftsstandort ist aktueller denn je. Das zeigt sich vor allem beim Engagement im Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft". Die Probleme sind allerdings nicht dauerhaft gelöst. Wir unterstützen deshalb das Bestreben der Universität, eine Stiftungsuni zu werden. Die Uni braucht Geld auch aus der Wirtschaft, um auf Dauer überleben zu können. Die Bereitschaft der Wirtschaft, mit Geld die wissenschaftliche Ausbildung zu unterstützen, ist vorhanden. Daher sehe ich die Universität auf einem guten Weg.

Auch international finden die Schließungspläne und der Protest dagegen in dieser Woche viel Beachtung: Das Magazin *Nature*, eines der wichtigsten Wissenschaftsmagazine der Welt, das Forscher auf allen Kontinenten regelmäßig lesen, berichtet in der Ausgabe vom 24. Juni über die Uni Lübeck. Dort heißt es unter der Überschrift: „German states wield the axe" („Deutsche Bundesländer schwingen die Axt") und neben einem Foto der Demonstration vor dem Kieler Landtag: „Die Bundesregierung hat Institutionen des Bundes, wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), vom Sparpaket ausgenommen. Aber die Länder, die die Universitäten finanzieren, müssen sich anstrengen, um die Finanzierung auf dem jetzigen Stand zu erhalten." Weiter heißt es: „Die Regierung in Schleswig-Holstein hat im Mai angekündigt, dass sie die öffentlichen Ausgaben um 125 Millionen Euro kürzen wird [...]. Wissenschaft und Hochschulen werden hart getroffen. Vom Jahr 2015 an wird die Universität zu Lübeck 24 Millionen Euro pro Jahr verlieren – also 30 % ihres gesamten Etats –, was nach Einschätzung der Wissenschaftler nicht nur zum Schließen des Medizinstudienganges führen wird, sondern die Existenz der Universität an sich bedroht." (Tatsächlich stellen die 24 Mio. Euro sogar fast 45 Prozent des gesamten

Etats der Universität.) Und *Nature* schreibt weiter darüber, wofür Lübeck in der Wissenschaftlerszene renommiert ist: „Die Universität [...] bietet außerdem eine ‚Graduate school for computing in medicine and life sciences' und ist Teil eines mit 35 Millionen Euro ausgestatteten ‚Exzellenzclusters' für medizinische Forschung zu Entzündungen, die beide von der Bundesregierung finanziert werden. ‚Beide Programme würden wahrscheinlich nicht weiter bestehen', sagt Universitätspräsident Peter Dominiak." [Übersetzung aus dem Englischen durch die Autorin.]
Und am Schluss weist der Kommentator darauf hin, welche Folgen allein das Veröffentlichen der Pläne für die Uni hat: „Die vorgeschlagenen Kürzungen müssen noch vom Landesparlament angenommen werden, das voraussichtlich im Dezember abstimmen wird. Aber manche Wissenschaftler bereiten sich schon darauf vor, [Lübeck] zu verlassen. ‚Die Universität wird in einem solchen Ausmaß beschädigt werden, dass es für mich sinnlos ist, zu bleiben', sagt Jan Born, ein Neurowissenschaftler, der in diesem Jahr die angesehenste deutsche wissenschaftliche Auszeichnung, den mit 2,5 Millionen Euro dotierten Leibniz-Preis für seine Forschung über Schlaf und Gedächtnis erhalten hat."

„Lübeck kämpft" auf Segelschiffen

Die Kieler Politiker sind in dieser Woche abgelenkt: am 19. Juni hat die Kieler Woche begonnen. Und selbstverständlich sorgen die Lübecker Kämpfer dafür, dass die Besucher mitbekommen, wie an anderer Stelle in Schleswig-Holstein der Universität Lübeck die Luft abgeschnürt wird, während sie eine der größten Segelregatten der Welt genießen. Daher gibt es in dieser Woche eine weitere Exilvorlesung. Während sich schon vor mehr als drei Wochen Lübecker Professoren und Studenten auf den Weg nach Schönberg in Mecklenburg gemacht hatten und eine Woche später nach Berlin gereist waren, um auf einer Wiese im Tiergarten drei Vorlesungen zu hören, hatten sie sich diesmal einen noch ungewöhnlicheren Ort ausgesucht. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht verschiffen, wir werfen den Anker!" versammeln sich der Physikprofessor Christian Hübner und seine Studenten auf dem in Travemünde liegenden Segelschulschiff „Passat", wo Hübner seine turnusgemäßen Vorlesungen abhält: erst steht Biophysik,

anschließend unter Deck Biochemie und Physiologie auf dem Programm. Der Professor für Neuroinformatik Amir Mamlouk hält unterdessen auf dem Deck eine Vorlesung zum Thema: „Vom Zuhören und Verstehen – das Cocktailpartyproblem“. Und selbstverständlich haben die Kämpfer das Schiff mit einem weithin sichtbaren „Lübeck-kämpft“-Banner versehen.

Nicht nur auf der „Passat“ ist der gelb-schwarze Schriftzug präsent. Wäh-



Unter gelber Flagge – oben: Exilvorlesung auf der „Passat“, unten: Windjammer auf der Kieler Woche



rend des gesamten, neun Tage dauernden Seglertreffens sind Studenten und Angehörige der Universität und des UK S-H auf der Kieler Woche, machen auf die Lage der Lübecker Uni aufmerksam, informieren die Besucher und sammeln Unterschriften. Beim größten Spektakel der Woche, der Windjammerparade mit Hunderten historischer und moderner Segelschiffe auf der Kieler Förde, sind etliche mit „Lübeck-kämpft"-Bannern und Fahnen ausgestattet. Unübersehbar ist vor allem ein Kleinflugzeug, das während der Parade über der Förde kreist und ein gut lesbares Banner hinter sich herzieht: „Lübeck kämpft für seine Uni". So findet der Widerstand der Lübecker gegen die Schließung ihrer Universität ein weiteres Mal seinen Weg in die Fotosammlungen der Touristen aus aller Welt.



Am Himmel über der Kieler Förde

Ein weiteres wichtiges Ereignis geht in diesem Trubel fast ein bisschen unter. Denn Präsident Peter Dominiak, Kanzler Oliver Grundei und ihre Mitarbeiter waren in den letzten knapp zwei Wochen nicht untätig. Sie haben sich an das gehalten, was sie mit Wissenschaftsminister Jost de Jager und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen verabredet hatten: ein alternatives Sparkonzept zu entwickeln. Am 25. Juni übergeben sie dieses an die Kieler Landesregierung – ohne öffentliches Aufhebens.

Jetzt warten sie darauf, dass die Landesregierung darauf eingeht und sie zusammen eine Lösung erarbeiten können.

Als die Studenten von der Übereinkunft erfahren hatten, dass die Universität Lübeck ein alternatives Sparkonzept erarbeiten sollte, hatte es kritische Stimmen gegeben. Einige hielten es für falsch, sich mit den Landespolitikern überhaupt an einen Tisch zu setzen, bevor diese nicht öffentlich signalisierten, dass sie ihren Schließungsplan überdenken. Peter Dominiak wendet sich am gleichen Tag an die Studenten und erklärt ihnen die Lage. Er beginnt mit den Worten: „Für Ihren beispiellosen Einsatz, für Ihr überzeugendes Engagement, für Ihre friedlichen Proteste zum Erhalt der Medizin und damit zum Erhalt unserer Universität in den zurückliegen-

25.06.10

den Wochen möchte ich Ihnen von Herzen danken. Der Kampf ist noch nicht gewonnen, aber ich bin optimistisch, dass wir bis zur Sommerpause für die Medizin und unsere Universität ein positives Signal erhalten. Den Grundstein dafür haben Sie mit Ihrem nicht nachlassenden Druck auf die Landesregierung und den Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr gelegt.“ Und er erklärt, was die Führungsriege der Universität getan hat, um die Uni zu retten: „Das hat uns, das Präsidium, in die Lage versetzt, heute unseren Einsparvorschlag in Kiel abzugeben.“

Der Kritik der Studenten begegnet Peter Dominiak, in dem er sich deutlich dazu äußert, was er von der bisherigen Kommunikation mit der Kieler Regierung hält und was er für sich daraus für Konsequenzen zieht. „Lassen Sie sich von der scheinbaren Ignoranz der Gegenseite und dem ständigen Wiederholen von Phrasen nicht entmutigen. Wir lernen hier aus unmittelbarer Anschauung und Betroffenheit, was der Begriff „Bunkermentalität“ bedeutet.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass das Präsidium dennoch Gesprächen mit der Landesregierung nicht aus dem Wege geht. Die Notwendigkeit von Einsparungen im Landeshaushalt bestreiten wir nicht. Wir sind selbstverständlich bereit, darüber mit der Landesregierung zu reden, nachdem sie heute unseren Alternativvorschlag erhalten hat. Sie können aber sicher sein, dass die Medizin und die Universität insgesamt von uns niemals zur Disposition gestellt werden wird.

Es besteht also kein Grund, die Zuversicht zu verlieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass in dieser Auseinandersetzung diejenigen siegen, die die besseren Argumente auf ihrer Seite haben, und das sind wir.

Ich kämpfe weiter mit Ihnen, und wir protestieren solange, bis wir erreicht haben, was uns, der Stadt Lübeck, ihrer Region und dem Land Schleswig-Holstein zum Vorteil gereicht: eine starke Medizin in Lübeck, verbunden mit einer profilierten Universität.“

Am Sonntag, dem 27. Juni, findet in Lübeck der jährliche Volksfestumzug statt. Die Kirche St. Petri beteiligt sich mit einem „Lübeck-kämpft“-Wagen an der Veranstaltung, darauf ist die Kirche nachgebaut. Auch Antje Peters-Hirt von der „Gemeinnützigen“ begleitet den Wagen mit einem „Lübeck-kämpft“-Schild. Diese seit mehr als 200 Jahren bestehende Gesellschaft,

27·06·10

die gemeinnützige Projekte und Aktionen unterschiedlichster Art fördert, berichtet in diesen Wochen in ihrer Zeitschrift *Lübeckische Blätter* mehrfach über die „Lübeck-kämpft"-Aktionen. Dort ist die Stimmung in der Stadt beschrieben: „Nicht nur durch Unterschriften zeigen die Lübecker ihre Auffassung, dass die Universität erhalten werden muss. Viele Geschäfte sind plakatiert, viele Aufrufe erscheinen in den Zeitungen, Tausende Lübecker haben an der Demonstration in Kiel teilgenommen, ohne direkt Mitarbeiter der Universität zu sein. So findet die Aktion eine breite Unterstützung, und auf den Aufruf „Alles muss raus!" gehen viele an die Öffentlichkeit und auf die Straße, um die Universität zu erhalten."
Für die nächste Woche planen die Protestierer die nächste Demonstration. Wissenschaftsminister de Jager und FDP-Fraktionschef Kubicki werden



Pastor Bernd Schwarze beim Volksfestumzug

in der Universitätskirche St. Petri zu einer Podiumsdiskussion erwartet, bei der Peter Dominiak und AStA-Vorsitzende Linda Krause die Universität vertreten werden.
Dazu planen die Studenten einen Sternmarsch über die Altstadtinsel auf die Kirche zu. Und für den Moment, in dem die Teilnehmer der Podiumsdiskussion in der folgenden Woche aus dem Kirchengebäude treten werden, haben sich die Studenten ein besonderes Bild ausgedacht.



Lübeck kämpft
Lübeck kämpft für seine UNI
Lübeck kämpft für seine
UND

Sechste Kämpfer woche

28. Juni – 4. Juli 2010

30·06·10

Zwei Wochen nach der großen Demonstration in Kiel ist der Kampfeswillen der Lübecker ungebrochen. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika sind die Achtelfinal-Spiele entschieden, Deutschland ist noch im Turnier, aber in Lübeck dominieren immer noch die gelben Plakate und nicht schwarz-rot-goldene Fahnen das Stadtbild.

Und es melden sich täglich weitere Stimmen, die die Schließungspläne verurteilen. Die Kritik wird immer deutlicher, auch vonseiten der Wissenschaftspolitik. So äußert sich die Hochschulrektorenkonferenz in einer Pressemitteilung: „Je nach Finanzlage und politischer Situation sind die Verhältnisse in den Universitäten [...] äußerst unterschiedlich. Während etwa die südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg weiter in die Hochschulen investieren, erklärt Schleswig-Holstein den Bildungsbankrott, indem es den Studiengang Medizin in Lübeck schließen will – mit fatalen Folgewirkungen. Die Hochschulrektorenkonferenz stellt fest: Offensichtlich kommen bestimmte Länder ihrem Auftrag der Zukunftssicherung nicht mehr nach. Die Hochschulen haben ihre Leistungen und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren nachweisbar gesteigert, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, den jungen Menschen die bestmögliche Bildung zu garantieren. Nun wird aus sachfremden Gründen der Rotstift angesetzt.“

Die Studienstiftung des deutschen Volkes vergibt Stipendien an begabte Studenten und ist damit Deutschlands größtes Begabtenförderwerk. Ihr Präsident, der Bremer Hirnforscher Gerhard Roth, schreibt in einem offenen Brief an Wissenschaftsminister Jost de Jager: „Mit Bestürzung habe ich von den Plänen der Regierung des Landes Schleswig-Holstein erfahren, den Medizinstudiengang an der Universität zu Lübeck

zu schließen. Ich möchte Sie [...] auf die äußerst bedauerlichen Konsequenzen eines solchen Schrittes hinweisen. In der gegenwärtigen Rankingliste der Studienstiftung des deutschen Volkes [...] nimmt unter den öffentlichen Universitäten die Universität zu Lübeck zusammen mit den Universitäten Freiburg und Heidelberg den Spitzenplatz ein (1,5% der Studierenden sind hier Stipendiaten der Studienstiftung). Sie [ist] unter den ersten 10 die einzige norddeutsche Universität, und dies ist ein Faktum, auf das Schleswig-Holstein stolz sein kann. Unsere Rankingliste entspricht hochsignifikant der wissenschaftlichen Attraktivität einer Universität. Die Schließung des Medizinstudiengangs in Lübeck [wäre] ein unverantwortlicher Schritt. Das seit langem existierende und dramatische Süd-Nord-Gefälle in Wissenschaft und Forschung würde sich durch einen ‚Wegfall' von Lübeck verschlimmern und alle Bemühungen konterkarieren, den ‚Norden' für die hochbegabten Studierenden und exzellenten Nachwuchswissenschaftler attraktiver zu machen. Ich hoffe dringend, dass Ihre Regierung von diesem verhängnisvollen Schritt Abstand nimmt."

Und auch ein prominenter Lübecker meldet sich zu Wort: Günter Grass schreibt einen offenen Brief an Peter Harry Carstensen. Darin heißt es: „Die internationale Beachtung der Medizinischen Fakultät der Lübecker Universität sowie die exzellente Beurteilung ihrer Lehre und Forschung erfüllen mich, sobald darüber berichtet wird, mit Freude, ich fühle mich als Bürger, gelegentlicher Patient, Ehrendoktor dieser Einrichtung, zudem Gastprofessor und Initiator eines Literaturkolloquiums mit der Lübecker Universität vielfältig verbunden. Doch nun ist mir der Beschluss Ihres Kabinetts, die Medizinische Fakultät der Lübecker Universität im kommenden Jahr zu schließen, nicht nur unverständlich, vielmehr empört mich die barbarische Entscheidung Ihrer Regierung. [...] Obwohl am 16. Juni 2010 in Kiel 14 000 Menschen gegen den Beschluss Ihrer Regierung demonstrierten [...] und ihm die Folgen seines Sparvorschlages vielfach dargestellt wurden, hat Ihr Minister bisher kein Einlenken in dieser Frage erkennen lassen. Deshalb seien Sie dringlich ermahnt, den Beschluss in der bestehenden Form zurückzunehmen! Noch kann der voraussehbare Schaden abgewendet werden!"

Auch wenn sich also von allen Seiten Stimmen mehren, die der Regierung nahelegen, ihren Plan zu überdenken, ist von einem Einlenken aus Kiel wenig zu merken. Daher protestieren die Kämpfer weiter.

Sternmarsch mit Schweigeminute

Am Donnerstag versammeln sich an vier Treffpunkten mehrere Tausend Demonstranten zu einem Sternmarsch in die Innenstadt. Zusammentreffen wollen die vier Züge vor der Universitätskirche St. Petri. Die Protestierenden tragen ihre gelben T-Shirts und gelbe Transparente. Aber der Demonstrationszug setzt noch ein zusätzliches gelbes Signal: Viele der Teilnehmer halten eine gelbe Blume in der Hand. 3 000 gelbe Rosen hatte die Interessengemeinschaft Hüxstraße, ein Zusammenschluss der Einzelhändler einer historischen Einkaufsstraße, gestiftet, und viele weitere Demonstranten haben sich Blüten aller Art selbst organisiert. Auch einige selbstgebastelte sind dabei – in vielen Läden sind alle gelben Blumen ausverkauft. Diese Blumen stehen für den blühenden Hochschul- und Wissenschaftsstandort Lübeck.

01·07·10



Blühender Wissenschaftsstandort

Die Züge sammeln sich außerhalb der Altstadtinsel. An der Demonstration beteiligen sich etwa 9000 Studenten und Bürger der Stadt, darunter auch viele Abgeordnete der Bürgerschaft. Auch der Schleswig-Holsteinische SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner nimmt daran teil – und der Lübecker FDP-Abgeordnete im Kieler Landtag, Gerrit Koch. Das ist ein deutliches Zeichen: Wenn er bisher nur vorsichtig angedeutet hatte, dass er bei der alles entscheidenden Abstimmung im Landtag nicht die Hand für den Sparplan seiner Koalition heben würde, so hatte er an diesem Morgen öffentlich angekündigt, dass er gegen einen Sparplan stimmen würde, bei dem die Schließung der Medizinischen Fakultät der Uni Lübeck einkalkuliert werde. Und sein Auftreten bei einer Demonstration gegen eben diesen Sparplan werten die Lübecker als klares Zeichen gegen seine Parteikollegen in Kiel. Sie sind vorsichtig zuversichtlich, dass der Landtag den Sparplan bei der entscheidenden Abstimmung im Dezember nicht bewilligen wird. Auch eine Handvoll anderer Landtagsabgeordneter von CDU und FDP hat durchblicken lassen, dass die Regierung sich bei einer Abstimmung im Landtag auf ihre Stimmen nicht unbedingt verlassen könne.











Koch und Engholm auf dem Lübecker Marktplatz:
http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/koch_engholm







01·07·10

Gerrit Koch

„Ich stimme dagegen"



Gerrit Koch ist FDP-Abgeordneter im Kieler Landtag. Er ist der einzige Abgeordnete der Regierungskoalition aus CDU und FDP mit Wahlkreis in Lübeck.

Da stand ich nun. An einem schönen Sommertag. Vor Tausenden Menschen. Auf einem randvoll gefüllten Rathausmarkt. Geprägt von den Farben Schwarz-Gelb. Noch am Morgen des 1. Juli hätte ich mir nicht träumen lassen, dass ich am Abend auf einer Bühne mit Mikrofon in der Hand stehen würde. Ein Student stellte mir vor Tausenden Augen und Ohren die entscheidende Frage: „Heißt das, dass Sie ganz klar gegen das Sparpaket stimmen werden, wenn die Uni noch auf der Liste ist?"

Als ich im September 2009 erstmals in den Landtag gewählt wurde, ahnte ich nicht im Geringsten, welchen heißen Sommer Lübeck und seine Uni erleben würden. Als ich am 25. Mai im Landeshaus die Sparvorschläge der Haushaltstrukturkommission, der ich nicht angehörte, vernahm, traf es mich völlig unvorbereitet, dass der Medizin-Studiengang in Lübeck geschlossen werden sollte. Die Mehrheit der Regierungsfraktionen im Kieler Landtag bestand aus nur einer Stimme; meine Stimme bekam in einem Sekundenbruchteil ein unermessliches Gewicht.

Schon am nächsten Tag brach eine Lawine von E-Mails und Anrufen auf mich ein. Ein Student besuchte mich sofort und spontan, um mir die Auswirkungen einer solchen Entscheidung deutlich zu machen. Eltern meldeten sich bei mir, die Angst um den Fortgang des Studiums ihrer Kinder hatten. Schließlich meldeten sich auch die Zeitungen, Radio- und Fernsehsender. Die *Lübecker Nachrichten* titelten auf der ersten Seite mit einem Ganzkörper-Foto von mir: „Rettet dieser Abgeordnete die Lübecker Uni?"
Meine folgenden Nächte waren meist kurz und unruhig. Wie sollte ich mich entscheiden, wenn ich Lübeck nicht schaden will, aber auch die Regierung nicht aufs Spiel setzen will?
In den folgenden Wochen wurde der Druck auf mich immer größer, sowohl in Kiel, wo man auf meine Ja-Stimme zählte, als auch in Lübeck, wo man auf meine Nein-Stimme vertraute.
An eine Mail Anfang Juni 2010 erinnere ich mich sehr genau. Sie bestand nur aus einem Satz: „Wann treten Sie zurück?" Prof. Hilgenfeld schrieb mir diese kurze Frage. Meine Antwort: „Wenn ich zurücktrete, rückt eine Kieler Abgeordnete nach. Ist das von Vorteil?" Bei einem Gespräch in seinem Institut einige Tage später schrieb ich in sein Gästebuch: „Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Lübecker Uni wird eine blühende Zukunft haben."
In unzähligen Gesprächen u.a. mit der IHK, mit Stiftungen, dem AStA, einzelnen Bürgern, Studierenden und Professoren, mit Bürgerschaftsmitgliedern, mit kleinen und großen Unternehmen, mit Lübeckern und Nicht-Lübeckern, dem Uni-Präsidium und mit vielen anderen wurde mir immer klarer, was ich als gebürtiger Lübecker natürlich ahnte: Das Aus für die medizinische Uni würde Lübeck einen schweren Schlag mit unabsehbaren Folgen versetzen. Einer Stadt, die sowieso schon um jeden Arbeitsplatz und jeden Einwohner kämpfen muss und deren großer Stolz zu Recht die Leistungen der Lübecker Hochschulen und eben besonders der Medizinischen Fakultät sind.
Meine öffentliche Antwort und mein Versprechen an die Lübecker lautete am Abend des Sternmarsches: „Wenn die Uni noch auf der Liste ist, werde ich dagegen stimmen."
Ich freue mich und bin dankbar, dass ganz Lübeck erfolgreich für seine Uni gekämpft hat und ich als Lübecker meinen Beitrag dazu leisten konnte.

Vor dem Rathaus treffen die vier Züge aufeinander. Im Gegensatz zur Demonstration vor dem Kieler Landeshaus, bei der die Kämpfer ihrem Unmut mit Tröten und Pfiffen Ausdruck verliehen hatten, verharren sie auf dem Lübecker Markt jetzt in einer Schweigeminute. Und diese dauert sogar mehrere Minuten an. Die damalige AStA-Vorsitzende Linda Krause erklärt: „Wir haben bei unseren Protesten schon gezeigt, wie laut wir sein können. Jetzt zeigen wir mit einer Schweigeminute, wie leise es wird, wenn die Uni stirbt."

Für den frühen Abend haben die *Lübecker Nachrichten* zu einer Podiumsdiskussion in der St-Petri-Kirche eingeladen. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Was wird aus Lübecks Uni?" Neben Wissenschafts-Staatssekretärin Cordelia Andreßen, die statt des Wissenschaftsministers de Jager gekommen ist, und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki als Vertreter der Landesregierung nehmen die AStA-Vorsitzende Linda Krause und Präsident Peter Dominiak teil, die die Universität vertreten. Ebenfalls dabei ist der Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe. Auch der Kieler CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher ist überraschend gekommen – er setzt sich zwischen die Abgeordneten der Lübecker Bürgerschaft, die geschlossen im Publikum versammelt ist.

Nur ein Bruchteil der Demonstranten findet in der Kirche Platz. Die anderen verfolgen die Diskussion auf dem Platz vor der Kirche, wohin die Debatte mit Lautsprechern übertragen wird. Aber die meisten Menschen haben sich vor dem Rathaus versammelt und lauschen der Übertragung, die der Offene Kanal in Lübeck möglich gemacht hat. Dort haben der stellvertretende AStA-Vorsitzende Michael Drefahl und der Präsident des Studierendenparlaments Niklas Finck zu diesem Zweck eine Lautsprecheranlage und Bühne errichten lassen, von der aus Finck und AStA-Mitglied Matthias Salzenberg das Geschehen moderieren und kommentieren. Dazu erscheinen Bilder der bisherigen Protestaktionen auf einer Leinwand. Bei der Tonübertragung aus der Kirche treten allerdings technische Schwierigkeiten auf: die Funkverbindung funktioniert nicht wie geplant. Daher sitzt jeweils ein Mitarbeiter mit einem Tonbandgerät in der Kirche und nimmt die Diskussion auf, während ein anderer alle paar Minuten zum Rathaus läuft, um das Tonband zum Abspielen dort hin zu bringen.



01·07·10



„Was wird aus Lübecks Uni?" in St. Petri, FDP-Fraktionschef Kubicki, AStA-Vorsitzende Krause, LN-Redakteure von Zastrow und Fetköter, Bürgermeister Saxe, Staatssekretärin Andreßen, Unipräsident Dominiak (v.l.)

Die *LN* berichten am nächsten Tag: „Uni-Präsident Peter Dominiak, Bürgermeister Bernd Saxe und die AStA-Vorsitzende Linda Krause haben hier ein Heimspiel, Kubicki und Staatssekretärin Andreßen treten auswärts an. [...] Staatssekretärin Cordelia Andreßen hat [...] nicht nur einen schweren Stand, sie macht auch eine äußerst schwache Figur. Warum sich ihr Ministerium nicht an den Koalitionsvertrag hält, in dem steht, dass die Uni Lübeck gestärkt werden soll, wird sie gefragt. ‚Ich sehe nicht, dass wir uns nicht daran halten', entgegnet sie und erntet dafür nur Hohngelächter. Später noch mehrfach, als sie zum Beispiel sagt, man habe ‚auf Grundlage eines Best-Case-Szenarios' so entschieden, und: ‚Die Welt besteht nicht nur aus Lübeck.'"

Zu diesem Ausdruck des „Best-Case-Szenarios" wird Andreßen noch angegangen werden.

AStA-Mitglied Lukas Ruge beschreibt, welchen Eindruck die Diskutanten auf die Demonstranten machten: „Zwar hatten am Morgen zwei Abgeordnete der Regierungsfraktionen, unter ihnen Gerrit Koch, bekundet, sie würden nicht für ein Sparpaket stimmen, welches die Universität gefährdet, und damit den Sparplan der mit einer Stimme Mehrheit agierenden Regierung de facto gekippt, aber die Regierungsvertreter ließen sich davon nicht beeindrucken. Während Staatssekretärin Andreßen in der

Diskussion keinen Faden zu finden schien und offensichtlich unvorbereitet und völlig überfordert war, machte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki klar: Wenn kein anderes Paket, welches er für gut befinde, existiere, würde er für den derzeitigen Sparplan stimmen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Christian von Boetticher, der der Diskussionsrunde ebenfalls beiwohnte, schien über die Stimmung in seiner Fraktion überhaupt nicht informiert zu sein: An das Vorhandensein von Abweichlern glaube er nicht. Dass es schon lange in der Fraktion brodelt, ist kein Geheimnis, es schien lediglich dem Fraktionsvorsitzenden eines zu sein."

Und ein anderer Zuhörer, der Vorsitzende der Fachschaft Molecular Life Science, Thiemo Sprink, wundert sich über die unterschiedlichen Aussagen aus Kiel: „Ein altes Sprichwort besagt: Da weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut. Dies trifft in leicht abgewandelter Form auch auf das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr zu. Wie sonst ist zu erklären, dass Frau Staatssekretärin Andreßen gestern in St. Petri wiederholt behauptete, dass die Landesregierung natürlich eine ausführliche Risikoabschätzung und Kostenkalkulation vorgenommen hätte, obwohl ihr Chef, Minister de Jager, dies am 22. Juni auf wiederholte Nachfrage von Studierendenvertretern noch verneint hatte? Wem darf man denn nun glauben?"

Es ist jetzt sechs Tage her, dass das Präsidium der Universität Lübeck der Landesregierung ihr alternatives Sparkonzept vorgelegt hat. Angesichts der Stimmung in Lübeck genug Zeit für die Kieler, sich die Vorschläge aus Lübeck anzusehen und zumindest kurz Stellung zu beziehen. Oder im Präsidium anzurufen und einen Termin zu vereinbaren, an dem man gemeinsam über das weitere Vorgehen auf Basis der beiden unterschiedlichen Konzepte verhandeln könne. Aber aus Kiel kommt nichts. Keine offizielle Stellungnahme, kein Anruf, keine Nachfrage. Die Lübecker gewinnen den Eindruck, die Landesregierung wolle das Problem aussitzen. Und das alternative Sparkonzept nicht als wirkliche Alternative prüfen.

Daher kündigt Dominiak auf der Podiumsdiskussion an, dass die Universität das alternative Sparkonzept in der kommenden Woche der Öffentlichkeit vorstellen werde, sollte es in den nächsten paar Tagen keine entsprechende Stellungnahme aus Kiel geben.

Blühende Universität mit Füßen treten

Während die Podiumsgäste in der Kirche diskutieren und streiten, legen die Demonstranten die mitgebrachten Blumen auf dafür vorbereiteten Bettlaken ab. Die Initiatoren dieser Aktion, Teresa Pliet und Mirja Müller, sowie weitere Helfer aus der Fachschaft Medizin tragen die Laken zum Eingang der Petrikirche und breiten die Blumen draußen auf der Treppe aus. Als die Veranstaltung vorbei ist und die Zuhörer aus der Kirchentür treten, legen sie ihre Blumen ebenfalls vor dem Ausgang nieder. Ein gelbes Blumenmeer bedeckt jetzt die Kirchenstufen. Die Diskussionsteilnehmer kommen als letzte aus der Kirche, nachdem fast alle Zuschauer das Gebäude schon verlassen haben. Linda Krause erinnert sich: „Das war für mich der wichtigste Moment des Protestes. Ich wusste ja, was in der Zwischenzeit für draußen geplant war, dass uns dieses Blumenmeer erwartet. Nach der Diskussion ging ich zu Wolfgang Kubicki und sagte freundlich: ‚Kommen Sie, Herr Kubicki, ich habe da noch etwas für Sie vorbereitet.‘ Kubicki war neugierig und folgte mir zum Ausgang der Kirche. Als er die Tür öffnete, sah er sich all diesen gelben Blumen auf den Kirchenstufen gegenüber und zögerte, darüber zu gehen. Er schlug vor, dass ich vorgehen solle, aber ich meinte: ‚Nein nein, gehen Sie mal schön zuerst.‘ Und dann ging er über diese Blumen und trat so symbolisch die blühende Universität mit Füßen. Das war für mich das beeindruckendste Bild des gesamten Protestes.“

Die Demonstration verläuft sich, aber CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher fährt noch nicht zurück nach Kiel, sondern bleibt in Lübeck. Er kommt vor der Kirche mit Demonstranten ins Gespräch. Später verlagerten sie ihre Diskussion an einen anderen Ort. Der Mitbetreiber des studentisch geführten Cafés „Blauer Engel“, Nils Uflacker, erinnert sich:

„Nach dem Sternmarsch am 1. Juli waren bereits über hundert Gelbhemden im ‚Blauen Engel‘ und auf der Straße. Wir staunten nicht schlecht, als sich unerwarteter Besuch im Café einstellte. In den späten Abendstunden traf der Schleswig-Holsteinische CDU-Fraktionsvorsitzende Christian von Boetticher ein, der mit Studierenden und Lehrenden den Diskurs suchte.

Bereits lange nach Ende der Podiumsdiskussion in der St.-Petri-Kirche war von Boetticher in ein Streitgespräch mit den Professoren Johannes Klein







http://www.eine-stadt-sieht-gelb.de/video/stpetri


für die
UNI
Lübeck

LN-Forum
WAS WIRD AUS
LÜBECKS UNI?



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian von Boetticher (Mitte): „In der ‚Höhle des Löwen'"

und Cor de Wit verwickelt gewesen, als vorgeschlagen wurde, die Unterhaltung an einen gemütlicheren Ort zu verlegen. Mit dem Umstand, dass sich ein CDU-Landtagsabgeordneter in die ‚Höhle des Löwen' begibt, hätte allerdings niemand gerechnet.

Als von Boetticher sehr spät den Blauen Engel verließ, wollte er zu unserem Bedauern das zuvor überreichte ‚Lübeck-kämpft'-T-Shirt jedoch nicht überziehen. Zu diesem Zeitpunkt konnte aber auch dies die allgemeine Ausgelassenheit nach einer erfolgreichen Protestaktion nicht trüben …"

Auch am Freitag, dem 2. Juli, lässt die Landesregierung wegen des Sparkonzepts nichts von sich hören. Die Lübecker Universität kündigt jetzt offiziell an, dass sie ihren alternativen Sparplan am 6. Juli der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz vorstellen werde.

02.07.10

Am Wochenende berichten jedoch bereits erste Medien darüber – am Samstag die *Lübecker Nachrichten*, am Sonntag dann der NDR. Und während die Verantwortlichen bei den *LN* die gesamte Protestaktion gut kennen und auf einer informierten Grundlage darüber spekulieren, was das Sparkonzept beinhaltet, sind die Lübecker doch sehr überrascht von dem, was sie im *Schleswig-Holstein-Magazin* des NDR sehen: Dem NDR scheint eine der drei Ausgaben des Sparkonzepts zugespielt worden zu sein. Nur das Wissenschaftsministerium, das Finanzministerium und die Staatskanzlei hatten das Konzept von den Lübeckern erhalten. Warum hatte die Presse davon erfahren, die Kieler Regierung sich aber nicht zurückgemeldet?

In der nächsten Woche überschlagen sich dann die Ereignisse.


HÜXSTRASSE
Lübeck kämpft für seine UNI

frei


Siebte Kämpferwoche

5. – 11. Juli 2010

05.07.10

Den Montag dieser Woche wartet das Präsidium noch ab, ob sich nach der Presseberichterstattung vom Wochenende die Landesregierung zu dem alternativen Sparkonzept meldet. Aber die Kieler lassen nichts von sich hören.

Die Podiumsdiskussion in St. Petri in der vergangenen Woche klingt noch nach. Vielen Lübeckern sind die Äußerungen von Staatssekretärin Cordelia Andreßen noch im Gedächtnis – sie hat bei den meisten Zuhörern keinen guten Eindruck hinterlassen. Sie scheint ihre Meinung nach den Protesten der letzten Wochen nicht geändert zu haben. Bereits Ende Mai hatte Andreßen nämlich bei der Aufsichtsratssitzung des UK S-H deutlich geäußert, welchen Stellenwert sie der Uni Lübeck zuschreibt: „Die Uni Lübeck war Zonenrandgebietsförderung. Die Zone gibt es nicht mehr, also brauchen wir auch die Uni Lübeck nicht mehr."

Die Lübecker Ärztin Ulrike Bremsteller schreibt ihr eine E-Mail. Sie bezieht sich damit auf den Satz Andreßens, man habe „auf Grundlage eines best-case-scenarios entschieden". Bremsteller schreibt:

„Sehr geehrte Frau Kollegin,

ausgehend von der Einsicht, dass jede Medaille zwei Seiten hat, hatte ich mir von der Diskussionsrunde in der Lübecker St.-Petri-Kirche am vergangenen Donnerstag erhofft, endlich mal stichhaltige Argumente zu erfahren, die FÜR die Schließung der Medizinischen Fakultät in Lübeck sprechen.

Um es rundheraus zu sagen: Sie haben bei dieser Veranstaltung eine so unglaublich schlechte Figur gemacht, dass es mir peinlich ist, dass wir zu einem Berufsstand gehören.

Nur ein Punkt, der mir auf der Seele brennt: Ich wünsche Ihnen – Ihnen persönlich, dass Sie, falls Sie jemals operiert und anästhesiert werden müssen, auf KollegInnen treffen, die

ihren Beruf nicht nach dem ‚best-case-Szenario' ausüben, nach dem Motto ‚es wird schon alles gut gehen – und wenn nicht – Pech gehabt!', sondern verantwortungsvoll den ‚worst case' im Blick haben und ihm präventiv begegnen.
Mit kollegialen Grüßen, U. Bremsteller"

Sparkonzept mit Sprengkraft

Am Dienstag ist es soweit: Vier Tage, die die Lübecker der Kieler Landesregierung noch gegeben haben, um sich zum alternativen Sparkonzept zu äußern, sind verstrichen, ohne dass aus Kiel eine Nachricht gekommen ist. Das Präsidium geht am Dienstag, dem 6. Juli, in einer Pressekonferenz mit dem Sparplan an die Öffentlichkeit.



Pressekonferenz mit Pressesprecher Rüdiger Labahn, Kanzler Oliver Grundei, Präsident Peter Dominiak (v. l.): „Wir können nicht mehr warten"

Die Lübecker möchten damit zeigen, dass sie sich an ihren Teil der Verabredung gehalten und ein durchdachtes Konzept vorgelegt haben. Jetzt ist die Landesregierung am Zug. Sie muss endlich reagieren.
Dominiak erläutert zu Beginn der gut besuchten Pressekonferenz, warum. „Es ist so, dass uns mittlerweile die Wissenschaftler hier abzuwandern drohen. [...] Es ist natürlich auch so, dass bereits Schaden [...] an dem wissenschaftlichen Ruf der Universität entstanden ist. Das ist der Grund, weshalb wir nicht warten können, bis die Sommerpause zu Ende ist oder bis zum Winter, bis nachher im Dezember das Gesetz endgültig verabschiedet wird. Sondern wir müssen aus Gründen, die für die Universität

sprechen, eben [...] möglichst noch in dieser Woche wissen, was mit unserem Medizinstudiengang passiert. [...] Wir müssen der Öffentlichkeit bekannt machen, dass wir ein Konzept vorgestellt haben, das keine Luftnummer ist, sondern das tatsächlich die Einsparsumme enthält, die uns der Ministerpräsident vorgegeben hat. Wir wollen Ihnen klar machen, was diese Einsparsumme insgesamt bedeutet, und es ist in der Tat so, dass jetzt um 10 Uhr alle von diesem Konzept erfahren."

In den letzten Tagen sind bereits Details des alternativen Sparkonzeptes durchgesickert. Die *Lübecker Nachrichten* hatten am Samstag darüber spekuliert, und am Sonntag hatte sogar das *Schleswig-Holstein-Magazin* des NDR das Konzept im Wortlaut vorliegen – die Landesregierung hat sich also nicht bei den Lübeckern gemeldet, aber das Konzept dennoch an die Presse weitergegeben. Ein weiterer Grund für die Lübecker, ihren Plan öffentlich zu erläutern und damit Gerüchten vorzubeugen.

Rüdiger Labahn, Pressesprecher der Universität, erinnert sich: „Diese Pressekonferenz war für mich das unvergesslichste Erlebnis in diesen Wochen. Damit griffen wir die ‚vergiftete' Aufforderung der Landesregierung auf, einen solchen eigenen Vorschlag für einen Sparplan zu machen, kündigten die zunächst vereinbarte Vertraulichkeit auf, um dem ‚Aussitzen' und Totschweigen unseres Vorschlages entgegenzutreten, entfachten einen Sturm der Entrüstung u.a. an der Uni Kiel und riskierten kurzzeitig auch bei den eigenen Studierenden den Argwohn, wir könnten uns mit der „Gegenseite" auf einen verwerflichen Rettungsdeal eingelassen haben – ein Moment der höchsten strategischen Zuspitzung, in dem wir uns unwiderruflich aus jeder Deckung begaben, aber das Gesetz des Handelns zurückbekamen."

Dominiak erläutert in seiner Ansprache weiter, dass er den Vorschlag im alternativen Sparkonzept für sinnvoll hält, an beiden Standorten – Kiel und Lübeck – die Zahl der Medizinstudenten zu reduzieren, und zwar so weit, dass das Land Schleswig-Holstein mit der Anzahl der Medizinstudienplätze, gemessen an der Bevölkerung, knapp unter dem Bundesdurchschnitt läge. Damit müsste nicht nur die Universität Lübeck Kürzungen hinnehmen, sondern auch die CAU. Eine Verringerung der Zahl der Medizinstudienplätze an beiden Standorten würde gleichzeitig auch die Kosten

reduzieren, die das Land für das UK S-H aufwendet. Denn das Land zahlt der Klinik Trägerkosten als Ausgleich dafür, dass es Studenten mit ausbildet. Kanzler Grundei erklärt: „Nach dem bisherigen Sparplan wäre das UK S-H von den Einsparungen nicht betroffen gewesen. In unserem alternativen Sparkonzept haben wir vorgesehen, dass das UK S-H weniger Geld vom Land bekommt – denn wenn es weniger Studenten ausbildet, fallen auch weniger Trägerkosten an."

Der Präsident hofft, dass die Universität zu Lübeck eine Stiftungsuniversität werden wird. Die Universität würde in eine Stiftung des öffentlichen Rechts überführt. Es ist also nicht geplant, die Uni Lübeck zu einer Kapitalstiftung zu machen – solche Stiftungen leben von den Zinsen ihres Stiftungsvermögens, und nur einzelne amerikanische Spitzenuniversitäten verfügen dazu über ein ausreichendes Kapital. Für Lübeck ist das undenkbar.

Nein, eine Stiftungsuniversität, wie sie sich die Lübecker wünschen, wäre weiterhin vom Land finanziert, und zwar im selben Umfang wie bisher. Allerdings könnte sie wesentlich selbstständiger über wichtige Punkte entscheiden.

Kanzler Grundei erklärt: „Eine Stiftung würde sozusagen zwischen der Universität und der Landesregierung stehen. Das Land würde das Geld nicht mehr an die Universität zahlen, sondern auf das Konto einer Stiftung. Und die Stiftung überlegt dann, wie man mit dem Geld am besten umgeht. So muss nicht jede Baumaßnahme einzeln vom Land geprüft werden, sondern die Uni kann selbst bestimmen, wie viel Geld sie wofür ausgibt. Das macht die Universität selbstständiger, flexibler – und am Ende auch ökonomischer. Natürlich erhoffen wir uns Geld aus Zustiftungen – also Zuwendungen von Privatpersonen, Organisationen oder anderen Stiftungen. Es kann gut sein, dass dadurch noch ein ansehnlicher Betrag zusammenkommt. Stiftungsuniversitäten genießen allgemein einen guten Ruf. Aber wir schaffen dadurch nicht erst die Voraussetzung für solche Zuwendungen – wer uns Geld spenden möchte, kann das auch jetzt schon tun."

Mehrere Universitäten in Niedersachsen sind in den letzten Jahren solche Stiftungsuniversitäten als Stiftungen des öffentlichen Rechts geworden,

unter anderem die Universitäten Göttingen, Hildesheim und Lüneburg. Ausreichend Erfahrungen mit der Vorgehensweise lägen also vor.

Dominiak erklärt: „Eins muss ich vielleicht auch noch dazu sagen, warum uns das so unter den Nägeln brennt. Seitdem es die Universität zu Lübeck gibt, das sind jetzt rund 46 Jahre, war Lübeck immer in seiner Existenz bedroht. [...] ich bin jetzt 20 Jahre hier, alle vier Jahre hab ich gehört, dass Lübeck eigentlich überhaupt nicht hätte existieren dürfen und [dass] man Lübeck gar nicht [hätte] gründen dürfen. Das kommt mit schöner Regelmäßigkeit, und wenn Sie das mitmachen, dann ist das wirklich ein schlimmer Zustand. Und dieser Zustand hat jetzt praktisch dazu geführt, dass wir gesagt bekommen haben, der Medizinstudiengang muss hier entfernt werden, was gleichbedeutend ist [...] mit der Entfernung der Universität."

Die Pressekonferenz bleibt nicht ungehört. Aus dem Präsidium der CAU kommt ein Aufschrei. Der Präsident Gerhard Fouquet, der sich in den letzten sechs Wochen zu keiner Solidaritätsadresse gegenüber den Lübeckern hatte durchringen können, der den Kampf der Lübecker in keiner Weise öffentlich gutgeheißen oder gar unterstützt hatte – jetzt kommt eine prompte Reaktion.

Weil im von den Lübeckern vorgelegten alternativen Sparkonzept vorgesehen ist, dass auch die Kieler Einsparungen hinnehmen müssen, fühlt er sich und seine Universität angegriffen. Er bezichtigt seine Lübecker Kollegen deswegen der „Piraterie".

Was steckt dahinter? Wieso dieses wochenlange Schweigen – und dann der Aufschrei?

Schon länger kursieren Gerüchte, dass die Uni Kiel in die Sparpläne der Haushaltsstrukturkommission eingeweiht gewesen sei – oder das Konzept gar selbst mitgestaltet habe.

Lübecks Ende wurde in der Uni Kiel geplant

Doch welche Rolle die Universität Kiel bei den Sparplänen tatsächlich gespielt hat, wird am nächsten Tag bekannt. Den *Lübecker Nachrichten* liegt ein vertrauliches Papier aus Kiel vor, dessen Inhalt sie am 7. Juli veröffentlichen: „Aus für Lübecks Medizin: Plan kam aus der Uni Kiel".

Josephine von Zastrow

„Da wusste ich, das wird eine große Geschichte“



Josephine von Zastrow ist Redakteurin bei den „Lübecker Nachrichten“.

Wie haben Sie von dem Sparpaket der Landesregierung erfahren?

Ich kam nach Pfingsten aus dem Urlaub wieder und sah den Aufmacher der *LN* am 26. Mai 2010. Unter der Überschrift „Radikaler Sparkurs soll Land vor dem Ruin retten“ berichtete mein Kollege Wolfram Hammer über das Sparpaket der Landesregierung. In dem Text stand der Satz: „Schon 2012 ist die Medizinerausbildung in Lübeck vorbei.“ Da wusste ich, das wird eine große Geschichte. Als ich dann in die Redaktion kam, ging es auch schon los.

Ich schrieb dann zusammen mit meinem Kollegen meinen ersten Artikel zum Thema, der am 27. Mai auf der Titelseite der *LN* erschien: „Carstensens Sparplan: Todesstoß für Lübecks Uni“. Von da an bis Mitte Juli habe ich praktisch über nichts anderes mehr geschrieben.

Wie sehen Sie die Rolle der „Lübecker Nachrichten“ bei der Protestbewegung „Lübeck kämpft“?

Die war recht einfach, weil immer neue Nachrichten entstanden. Die Studenten haben immer neue Aktionen gemacht, es gab Protestschreiben aus

aller Welt – und vor allem auf der politischen Ebene war Bewegung drin. Als die ersten Abgeordneten auf Distanz gingen, entwickelte sich Sprengstoff. Dann kamen wir an die ersten Geheim-Papiere – erst durch die Studenten, dann durch eigene Recherchen –, das ist dann das, was wirklich Spaß macht. Die Decke zu lupfen, die Geschichte hinter der Geschichte zu entdecken und sie schwarz auf weiß beweisen zu können – das macht für mich den Wert meines Jobs aus.

Wie standen die „LN" zu der Protestbewegung?

Wir haben uns ganz deutlich hinter die Uni gestellt, das war aufgrund der überragenden Bedeutung der Medizin-Hochschule für Stadt und Region von Beginn an die klare Position der Redaktion. Auch Verlag und Geschäftsführung haben diese eindeutige Haltung geteilt und unterstützt. Ich denke, es gibt drei Punkte, die rechtfertigen, dass wir als Regionalzeitung so deutlich Partei ergriffen haben. Erstens stand praktisch die ganze Stadt hinter der Uni. Die Meinung gab es also schon, wir haben sie nicht gemacht. Zweitens haben wir mit der Kampagne „Lübecks Uni bleibt" öffentlich Stellung bezogen und nicht vom Hinterzimmer aus Meinungsbildung betrieben. Und drittens haben wir auch in den darauf folgenden Wochen weiterhin journalistisch sauber gearbeitet.

Welche Rolle spielten die anderen Zeitungen?

Irgendwann berichteten auch die überregionalen Zeitungen. Da habe ich gemerkt, dass diese selbst keine neuen Nachrichten durch eigene Recherchen herausbrachten, sondern nur die bekannten Tatsachen berichteten. Das hat sie für mich ein bisschen entzaubert – sie schrieben ja nur das, worauf sie durch die regionale Berichterstattung aufmerksam geworden waren. Diese Rollenverteilung fand ich sehr bemerkenswert.

Gab es für Sie als Journalistin ein Schlüsselerlebnis während der Aktion?

Am 7. Juli erschien auf der Titelseite ein Artikel von mir mit dem Titel „Plan kam aus der Uni Kiel". Dass die Kieler bereits anderthalb Jahre zuvor

ein Konzept vorgelegt hatten, wonach die Uni Lübeck eingespart werden solle, haben wir damit öffentlich gemacht. Ohne den Rückhalt der Redaktion wäre das nicht möglich gewesen. Dass so ein Artikel auf der Titelseite steht – dafür muss die gesamte Zeitung einstehen. Und nach Erscheinen des Artikels geschah: nichts. Niemand rief an und verlangte eine Gegendarstellung. Da weiß man als Journalist: Ich habe ins Schwarze getroffen.

Kein Wunder also, dass die Einsparungen praktisch ausschließlich zu Lasten der Universität Lübeck gehen sollen. Im Januar 2009 hatte der ehemalige Kieler Dekan Michael Illert, Professor für Physiologie, dem damaligen Wissenschaftsminister Werner Marnette (CDU) einen Sparplan vorgelegt, nachdem die Medizin in Lübeck eingestellt werden sollte. Bei dem Treffen anwesend war auch Jost de Jager, der damalige Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, und der UK S-H-Sanierungsberater Carl Hermann Schleifer. Es handelte sich um ein vertrauliches Treffen. Im Protokoll dazu heißt es: „Prof. Illert [...] führte aus, [...] er würde – wie auch Dr. Schleifer – die Verlegung der universitären Ausbildung nach Kiel vorschlagen." Und später heißt es: „Marnette äußerte [...], dass Prof. Illert und auch Dr. Schleifer eine gewisse Parteilichkeit zum Vorteil von Kiel erkennen ließen."
Damals hatte der Wissenschaftsminister Werner Marnette (CDU) den Plan abgelehnt. Aber der jetzige Wissenschaftsminister Jost de Jager will ihn umsetzen.
Marnette kann es nicht glauben. „Ich hatte in den letzten Wochen mehrfach von Jost de Jager Informationen dazu erbeten, was sich in den letzten anderthalb Jahren an der Ausgangssituation geändert habe. Schließlich hatten wir den Vorschlag seinerzeit abgelehnt. Welche neuen Entwicklungen hatte es gegeben, die begründen, dass der Plan jetzt richtig wäre?" Aber er bekommt keine Antwort. Im Gegenteil: Jost de Jager weist ihn darauf hin, dass er auch als Ex-Minister „zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet" sei.
Das Bekanntwerden dieses Papiers aus der Universität Kiel sorgt auch im Landtag für Unruhe. Grünen-Fraktionschef Robert Habeck erklärt: „Die Woche war außerordentlich turbulent. Die Opposition hatte für den 9. Juli

einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Es brannte lichterloh an allen Ecken und Enden, die Regierung musste also davon ausgehen, dass wir das Thema „Universität Lübeck" im Landtag zur Diskussion bringen würden. Und als bekannt wurde, dass der Sparvorschlag direkt aus der Universität Kiel kam und de Jager es so übernommen hatte, war das der politische Skandal: Vordergründig behauptete die Regierung, die Universität Lübeck wäre objektiv zu teuer. Und tatsächlich war es so, dass sie ein fertiges Konzept einfach ungeprüft übernommen hatten. Da wussten wir: Es geht hier nicht um Sparzwänge, es geht um Klüngel."

Diese Enthüllung brachte den Kieler Vorwurf, die Uni Lübeck betreibe mit ihren alternativen Sparvorschlägen „Piraterie", schlagartig zum Verstummen.

Noch früher, bereits im Jahr 2003, war eine gewisse Konkurrenz zwischen den beiden Medizinischen Fakultäten in Lübeck und Kiel offen zutage getreten. Damals hatte es ein Papier der Uni Kiel gegeben, in dem die Schließung der Fakultät in Lübeck gefordert wurde. Und dieses Papier hatte nicht nur eine Handvoll Kieler Professoren zu Gesicht bekommen. Nein, fast 300 von ihnen hatten es unterschrieben.

Über die letzten Wochen hinweg haben die Lübecker Wissenschaftler ihre Kooperationspartner aus dem Ausland gebeten, einen Aufruf zum Erhalt der Universität zu unterzeichnen. Am Donnerstag, dem 8. Juli, erscheint in der *ZEIT* eine halbseitige Anzeige. „Die Unterzeichner dieses Briefes sind aktiv an sehr erfolgreichen wissenschaftlichen Kooperationen mit der herausragenden Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck beteiligt. Die Schließung der Medizinischen Fakultät in Lübeck wäre ein schwerwiegender Fehler. Wir alle mahnen die Landesregierung Schleswig-Holsteins nachdrücklich, den Schließungsplan zurückzuziehen und den Fortbestand der Universität zu Lübeck langfristig zu sichern." Diese Sätze haben 250 Wissenschaftler unterschrieben. Eine Weltkarte illustriert die Verbindung der Universität Lübeck mit Forschungseinrichtungen in Ländern aller Kontinente.

Auch die Studenten haben Freunde und Verwandte auf der ganzen Welt gebeten, sich „Lübeck-kämpft"-Plakate auszudrucken und ihnen Bilder zu schicken. Sympathisanten aus Lübeck nehmen T-Shirts mit in den Urlaub

2003: Fast 300 Kieler Professoren fordern die Schließung der Lübecker Fakultät

Im Frühjahr 2003 wartete man in Schleswig-Holstein mit zunehmender Spannung auf den Expertenbericht zur Entwicklung der Hochschulen. Im vorhergehenden Sommer waren alle Hochschulen des Landes durch eine hochrangig besetzte Expertenkommission eingehend begutachtet worden. Geleitet wurde sie vom Münsteraner Rechtswissenschaftler und früheren Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen. Die Empfehlungen dieser so genannten Erichsen-Kommission, das war abzusehen, würden erheblichen Einfluss auf die künftigen hochschulpolitischen Weichenstellungen in Schleswig-Holstein haben.
Entsprechend nervös fiel mancherorts das Warten auf den Abschlussbericht aus. So hatte an der Universität Kiel im Februar eine zwölfstündige nächtliche Marathon-Protestvorlesung stattgefunden. Ihr Titel: „An der Universität dürfen die Lichter nicht ausgehen". Die *Kieler Nachrichten* flankierten die Bemühungen der Christian-Albrechts-Universität, ihre Stärken noch möglichst wirkungsvoll in die Waagschale zu werfen, mit einer langen und groß aufgemachten Artikelserie über die Forschungserfolge an der Förde.
Am 6. März traten dann fast 300 Kieler Professoren mit ihren Sorgen an die Öffentlichkeit. In der Landespressekonferenz legte die Universität den Medienvertretern ihre Resolution vor. Die dazugehörige Unterschriftenliste führte die Namen von genau 291 Professorinnen, Professoren und Habilitierten auf, von denen etliche in maßgeblicher Entscheidungsposition standen und zum Teil auch heute noch stehen.
In der Erklärung beklagen die Unterzeichner, dass die Christian-Albrechts-Universität sich in einer schweren Krise befinde. Von der schleswig-holsteinischen Hochschulpolitik wird eine klare Konzentration der verfügbaren Mittel und Kräfte gefordert.
Wörtlich heißt es: „Finanzierbar ist aber, wie es scheint, nur **eine** [Hervorhebung im Original] Universität, die diesen Namen verdient, und hierfür bringt allein die CAU die erforderlichen Voraussetzungen mit. So schwer es fällt, es müssen Hochschulstandorte aufgegeben werden, will man nicht Hochschulpolitik des Landes durch Regionalpolitik ersetzen." Die gesamte medizinische Forschung in Schleswig-Holstein müsse nach Kiel verlagert werden. An der Trave wurde der Kieler Vorstoß als das verstanden, was er auch war: ein unverblümter Angriff gegen den Bestand der Universität Lübeck.
Und das Ende dieser befremdenden Attacke? Am 28. März 2003 erschien das Erichsen-Gutachten. Der Universität Lübeck wurde darin für das zurückliegende Jahrzehnt die dynamische Entwicklung neuer medizinnaher und ausgezeichnet nachgefragter Studiengänge bescheinigt. Die Lübecker Fachrichtungen sollten erhalten und in ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Medizin hin weiter profiliert werden. Das Fazit der Expertenkommission: „Die Zukunft gehört der ‚unvollständigen', wettbewerbsfähigen, profilierten Hochschule." Für die Universität Lübeck war dies die erhoffte Bestätigung des eingeschlagenen Weges zu einer fachlich ausgerichteten Schwerpunktuniversität. Endlich hatte man Planungssicherheit für die weiteren Entwicklungsschritte. Aber man hatte auch einmal mehr gespürt, woher der Wind blies.

und machen dort Fotos. In Lübeck läuft das Sommersemester noch, und für die Studenten fangen die Ferien erst Mitte Juli an.

Rettung auf Umwegen

An diesem 8. Juli fahren de Jager und Carstensen plötzlich nach Berlin. Was war passiert?

„Vermutlich haben die Kanzlerin oder Bundesforschungsministerin Schavan angerufen und gesagt: ‚Ihr fahrt gerade alles an die Wand, so geht es nicht!'", meint Robert Habeck. „Am nächsten Tag wäre das Thema im Landtag auf den Tisch gekommen. Vielleicht hat das auch noch als Katalysator gewirkt. In der Sitzung hätte es für de Jager eng werden können: die ganze Zeit hatten die Regierungsfraktionen so gespielt, dass sich der Protest vorrangig gegen ihn gerichtet hat. Jemand aus den Reihen der FDP hatte das Papier mit der Risikoabschätzung den Lübecker Studenten weitergegeben – und hinterher mit dem Finger auf de Jager gezeigt. Fairer wäre es gewesen, wenn man de Jager als demjenigen, der es zu verantworten hatte, die Gelegenheit gegeben hätte, es selbst zu veröffentlichen und dabei entsprechende Erklärungen abzugeben."

Aber an diesem Donnerstag ändert sich alles. Die Rettung kommt aus Berlin. Denn Bundesforschungsministerin Annette Schavan hat sich ebenfalls nach Möglichkeiten umgesehen, die Lübecker Uni zu retten – und sie hat eine gefunden. Einfach war es für sie nicht. Die einzelnen Bundesländer haben die Bildungshoheit über ihre Schulen und Universitäten inne. Das bedeutet, dass die Länder ihre Universitäten weitgehend unabhängig von Vorgaben des Bundes strukturieren können. So bestimmen sie alleine die finanziellen Mittel, die sie für die einzelnen Hochschulen aufwenden. Sie bestimmen auch, welche Fächer an welchen Universitäten angeboten werden und ob die Studenten für ihr Studium bezahlen müssen.

Aber der Bund muss nicht nur nicht, sondern er darf gar nicht eingreifen. Es gibt also für die Bundesforschungsministerin keine Möglichkeit, aus dem Etat ihres Ministeriums Geld für die Universität Lübeck abzuzweigen. Aber dass zum ersten Mal eine deutsche Universität von Schließung bedroht ist, ist eine außergewöhnliche Situation. Und so wählt Frau Schavan einen Sonderweg: eine Rettung auf Umwegen.



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK

Anzeige in der *ZEIT* am 8. Juli 2010

International Voices for Lübeck

Prof. Christian Aalkjær, PhD, Aarhus University, Aarhus, Denmark • **Prof. Mbunkah Daniel Achukwi**, PhD, Inst. of Agricultural Research for Development, Ngaoundéré, Cameroon • **Ayola Akim Adegnika**, MD, PhD, Albert Sc
Institute, Addis Ababa, Ethiopia • **Prof. Themistocles Assimes**, MD, Stanford University, Palo Alto, California, USA • **Prof. Laura Audi**, MD, Autonomous University of Barcelona, Barcelona, Spain • **Prof. Zsolt Bagi**, MD, PhD, Ur
Prof. Maria I Behrens, MD, PhD, University of Chile, Santiago, Chile • **Jimmy FP Berbée**, PhD, Leiden University Medical Center, Leiden, The Netherlands • **Prof. Masami Bessho**, MD, PhD, Saitama Medical University, Saitama-
Council (CNR), Milano, Italy • **Prof. Steffen-Sebastian Bolz**, MD, PhD, University of Toronto, Toronto, Canada • **Prof. Vincenzo Bonifati**, MD, PhD, Erasmus University Medical Center, Rotterdam, The Netherlands • **Carsten Bo**
Havard University, Cambridge, Massachusetts, USA • **Prof. Alexis Brice**, MD, Pierre and Marie Curie University (UPMC), Paris, France • **Prof. Carlo Bugnara**, MD, Harvard Medical School, Boston, Massachusetts, USA • **Prof. Dav**
• **Prof. Francois Cambien**, MD, PhD, National Institute of Health and Medical Research (INSERM), Paris, France •**Prof. Alberto Cambrosio**, PhD, McGill University, Montréal, Canada • **Prof. Bruno Canard**, PhD, University of the
Institute of Health and Medical Research (INSERM), Paris, France • **Marc Chanson**, PhD, PD, Geneva University Hospitals, Geneva, Switzerland • **Prof. Dipankar Chatterji**, PhD, Indian Institute of Science, Bangalore, India • **Li C**
Michel Chrétien, MD, Ottawa Hospital Research Institute, Ottawa, Canada • **Michael Chung**, PhD, Emory University, Atlanta, Georgia, USA • **Prof. Peggy T Cohen-Kettenis**, PhD, VU University Medical Center, Amsterdam, Th
Ghent, Belgium • **Prof. Nancy J Cox**, PhD, The University of Chicago, Chicago, Illinois, USA • **Prof. L Adrienne Cupples**, PhD, Boston University, Boston, Massachusetts, USA • **Prof. Michael Darroch**, PhD, University of Winds
Tijssen, MD, PhD, University of Amsterdam, Amsterdam, The Netherlands • **Robert Delage**, MD, FRCP, Laval University, Québec, Canada • **Prof. Xavier de Lamballerie**, MD, PhD, University of the Mediterranean (Aix-Marseil
Prof. Stenvert LS Drop, MD, PhD, Erasmus University Medical Center, Rotterdam, The Netherlands • **Prof. Jens Duus**, PhD, Carlsberg Research Laboratory, Copenhagen, Denmark • **Prof. Robert C Elston**, PhD, Case Western
Fateh University, Tripoli, Lybia • **Prof. Vern T Farewell**, PhD, University Forvie Site, Cambridge, UK • **Prof. Matthew Farrer**, PhD, Mayo Clinic, Jacksonville, Florida, USA • **Prof. Fred D Finkelman**, MD, University of Cincinnati
Fuchsberger, PhD, University of Michigan, Ann Arbor, Michigan, USA • **Prof. Chris J Garland**, PhD, FBPharmacolS, University of Oxford, Oxford, UK • **Prof. Max Gassmann**, PhD, University of Zuerich, Zuerich, Switzerland • **Pr**
Griffith, PhD, MBBCh, MRCP, FRCR, Cardiff University School of Medicine, Cardiff, UK • **Prof. Daniel Gros**, PhD, Developmental Biology Institute of Marseilles (IBDML), Marseille, France • **Elin Grundberg**, PhD, Wellcome Trust S
CEA-Genomics Institute, National Genotyping Centre, Evry, France • **Prof. George Hajishengallis**, DDS, PhD, University of Louisville, Louisville, Kentucky, USA • **Prof. Alistair S Hall**, PhD, FRCP, Leeds University, Leeds, UK • **Pro**
Cleveland, USA • **Suzanne Higgs**, PhD, University of Birmingham, Birmingham, UK • **Hilma Holm**, MD, deCODE Genetics, Reykjavik, Iceland • **Prof. Peter Holmans**, PhD, Cardiff University School of Medicine, Cardiff, UK • **Mi**
Prof. Shigehiko Imagawa, MD, PhD, KINU Ishikai Hospital, Araigi-Machi, Jousou-shi, Ibaraki-ken, Japan • **Prof. Anne Imberty**, PhD, University of Grenoble (CERMAV-CNRS), Grenoble, France • **Prof. Brant E Isakson**, PhD, Univ
ménez-Barbero, PhD, FRSC, Center for Biological Investigations (CIB-CSIC), Madrid, Spain • **Prof. David Johnson**, PhD, FRACP, University of Queensland, Brisbane, Australia • **Young-Sik Jung**, PhD, Korea Research Institute of C
University of Cincinnati Medical Center, Cincinnati, USA • **Prof. Joshua Katzenhendler**, PhD, The Hebrew University of Jerusalem, Jerusalen, Israel • **Prof. Lennart Kenne**, PhD, Swedish University of Agriculture Sciences, Upps
of Copenhagen, Copenhagen, Denmark • **Prof. Ralf Koehler**, PhD, University of Southern Denmark, Odense, Denmark • **Vasil Kolev**, PhD, Bulgarian Academy of Sciences, Sofia, Bulgaria • **Prof. Akos Koller**, MD, PhD, Univers
MD, PhD, Havard University, Boston, USA •**Prof. Patricia L Kramer**, PhD, Oregon Health and Science University, Portland, Oregon, USA • **Prof. N Rama Krishna**, PhD, University of Alabama at Birmingham, Birmingham, USA
African Research for Health Initiative, Nairobi, Kenya • **Michał Kuniecki**, PhD, Jagiellonian University, Cracow, Poland • **Prof. Brenda R Kwak**, PhD, University of Geneva, Geneva, Switzerland • **Christophe Lambert**, PhD, Pres.,
nada • **Claudia Langenberg**, MD, PhD, Addenbrooke's Hospital, Cambridge, UK • **Prof. Suzanne M Leal**, PhD, Baylor College of Medicine, Houston, Texas, USA • **Prof. Julien Lescar**, PhD, Nanyang Technological University, Si
Prof. Todd L Lowary, PhD, The University of Alberta, Edmonton, Canada • **Prof. Carsten Lundby**, MD, University of Zuerich, Zuerich, Switzerland • **Prof. Ian CM MacLennan**, PhD, CBE, FMedSci, FRCP, FRCPath, University of B
Maryland, USA • **Helga Manthey**, PhD, The University of Queensland, Brisbane, Australia • **Prof. Connie Marras**, MD, PhD, University of Toronto, Toronto, Canada • **Prof. Vladimir Matchkov**, PhD, Aarhus University, Aarhus, De
• **Prof. Gerald A Meininger**, PhD, University of Missouri, Columbia, Missouri, USA • **Prof. Heino FL Meyer-Bahlburg**, PhD, Columbia University, New York, New York, USA • **Prof. Tom E Mollnes**, MD, PhD, University of Oslo, Os
Bron, France •**Prof. Richard H Myers**, PhD, Boston University School of Medicine, Boston, USA • **Prof. Sadaf Naz**, PhD, University of the Punjab, Lahore, Pakistan • **Dieudonne Ndjonka**, PhD, University of Ngaoundéré, Ngao
Leuven, Leuven, Belgium • **Prof. Bernd Nilius**, MD, PhD, Catholic University of Leuven, Leuven, Belgium • **Prof. Kristina Nilsson-Ekdahl**, PhD, Linneaus University, Kalmar, Sweden • **Peter M Njuho**, PhD, University of Kwazul
Nkrumah University of Science and Technology, Accra, Ghana • **Ellis Owusu-Dabo**, PhD, Kumasi Center for Collaborative Research (KCCR), Kumasi, Ghana • **Prof. Laurie J Ozelius**, PhD, Mount Sinai School of Medicine, New Yo
Brussels, Belgium and McGill University, Montréal, Canada • **Prof. Francisco Parra**, PhD, University of Oviedo, Spain • **Prof. Lucas C Parra**, PhD, The City University of New York, New York, USA • **Prof. Andrew Paterson**, PhD, U
sity of Lausanne, Lausanne, Switzerland • **Prof. Jacques Le Pendu**, PhD, University of Nantes (INSERM), Nantes, France • **Prof. Borut Peterlin**, MD, PhD, University of Ljubljana, Ljubljana, Slovenia • **Prof. Mario Pinto**, PhD, FRS
stitute of Genetic Medicine, Bolzano, Italy • **Prof. Stefan Pulst**, MD, University of Utah, Salt Lake City, USA • **Prof. Gerhard Pürstinger**, PhD, Innsbruck University, Innsbruck, Austria • **Prof. Mirja Puolakkainen**, MD, PhD, Unive
Renström, MD, PhD, Oslo University Hospital, Oslo, Norway • **Prof. Robert Roberts**, MD, FRCP(C), MACC, University of Ottawa Heart Institute, Ottawa, Canada **Michael Robson**, MRCP, PhD, King`s College London, London, U
York, New York, USA • **Prof. Bengt Saltin**, MD, University of Copenhagen, Copenhagen, Denmark • **Prof. Nilesh J Samani**, MD, FRCP, FACC, FAHA, F Med Sci, University of Leicester, Leicester, UK • **Shaun L Sandow**, PhD, Univ
Connecticut, USA • **Glen Satten**, PhD, Emory University School of Medicine, Atlanta, Georgia, USA • **Prof. Rachel Saunders-Pullman**, MD, MPH, Albert Einstein College of Medicine, New York, USA • **Prof. Anthony HV Scha**
Hans-Wilhelm Schwaeble, MD, PhD, University of Leicester, Leicester, UK • **Shani Shalgi**, MA, Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem, Israel • **Prof. Ron Shamir**, PhD, Tel Aviv University, Tel Aviv, Israel • **Prof. Hartwig Siebr**
USA • **Prof. Irene Silverblatt**, PhD, Duke University, Durham, USAProf. • **David Simon**, MD, PhD, Havard Medical School, Boston, USA • **Bhagirath Singh**, PhD, University of Western Ontario, London, Canada • **Prof. Barji N Sin**
J Snijder, PhD, Leiden University Medical Center, Leiden, The Netherlands • **Prof. Wenchao Song**, PhD, University of Pennsylvania School of Medicine, Pennsylvania, USA • **Charlotte Mehlin Sorensen,** PhD, University of Co
versity, Montréal, Canada • **Prof. David Stuart**, MD, FRS, University of Oxford, Oxford • **Prof. Agathe Subtil**, PhD, Pasteur Institute, Paris, France • **Prof. Oksana Suchowersky**, MD, FRCPC, FCCMG, University of Calgary, Calgary,
College London, London, UK • **Prof. John A Sweeney, PhD**, University of Illinois at Chicago, Chicago, Illinois, USA • **Prof. Ann-Christine Syvänen**, PhD, Uppsala University, Uppsala, Sweden • **Prof. Caroline M Tanner,** MD, Ph
cal Academy, Chernivzi, Ukraine • **Prof. Andrea Tenner**, PhD, University of California at Irvine, Irvine, USA • **Till-Martin Theilen**, MD, Memorial Sloan-Kettering Cancer Center, New York, New York, USA • **Prof. Duncan C Thom**
Trégouët, MD, Pierre and Marie Curie University (UPMC), Paris, France • **Prof. Frank JM van Kuppeveld**, PhD, Radboud University Medical Center, Nijmegen, The Netherlands • **Menno van Lookeren Campagne**, PhD, Ger
Vasseur, PhD, University of Science and Techniques of Languedoc (Montpellier II), Montpellier, France • **Subbash Vasudevan**, PhD, Duke University Singapore, Singapore • **Prof. Devadasan Velmurugan**, PhD, University of M
Marseille, France • **Prof. Michael Wagner,** PhD, University of Vienna, Vienna, Austria • **Gerald DH Wagner**, PhD, Integragen S.A., Evry, France • **Prof. Frances Ann Walker**, PhD, University of Arizona, Tucson, USA • **Prof. Peter A**
Illinois, USA • **Olaf Wetegrove**, MD, Research Station Neumayer III, Antarctica • **Prof. Göran Widmalm**, PhD, Stockholm University, Stockholm, Sweden **Prof. Robert A Wilcox**, BMBS, PhD, FRACP, Flinders University, Adelaide,
of Ireland, Galway, Ireland and University of Georgia, Athens, USA • **Prof. Zbigniew Wszolek**, MD, Mayo Clinic, Jacksonville, USA • **Prof. Heike Wulff,** PhD, University of California, Davis, California, USA • **Prof. Bin Xia**, PhD, Beiji
PhD, Bulgarian Academy of Sciences, Sofia, Bulgaria • **Prof. David Zee**, MD, The Johns Hopkins Hospital, Baltimore, Maryland, USA • **Prof. Heping Zhang**, PhD, Yale University School of Public Health, New Haven, Connecticu

beck
mpft
seine
NI

Closing the Medical Faculty in Lübeck would be a grave mistake

The Lübeck Medical School is top-ranked for its teaching quality of medical students, for its academic and scientific excellence, and for successfully translating research findings into innovative products and solutions through its unique conjunction with the Technical Faculty of the University and the strong biotechnology industry in the Lübeck area.

The undersigned of this letter are actively involved in highly successful research collaborations with the outstanding Medical Faculty of the University of Lübeck.

We all strongly urge the State Government of Schleswig-Holstein to withdraw the closure plan and to make a definitive, long-term commitment to the University of Lübeck.

Die Schließung der Medizinischen Fakultät in Lübeck wäre ein schwerwiegender Fehler.

Die Medizinische Fakultät ist höchstbewertet für die Qualität der Medizinerausbildung, für ihre akademische und wissenschaftliche Exzellenz und für die erfolgreiche praktische Umsetzung von wissenschaftlichen Ergebnissen in innovative Lösungen und Produkte durch eine einzigartige Verknüpfung mit der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und mit der starken Biotechnologie-Industrie im Raum Lübeck.

Die Unterzeichner dieses Briefes sind aktiv an sehr erfolgreichen wissenschaftlichen Kooperationen mit der herausragenden Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck beteiligt.

Wir alle mahnen die Landesregierung Schleswig-Holsteins nachdrücklich, den Schließungsplan zurückzuziehen und den Fortbestand der Universität zu Lübeck langfristig zu sichern.

www.luebeck-kaempft.de

chweitzer Hospital, Lambaréné, Gabon • **Prof. Chantal Akoua-Koffi**, Institut Pasteur, Abidjan, Cote d`Ivoire • **Jesús Angulo,** PhD, University of Sevilla (IIQ-CSIC), Sevilla, Spain • **Abraham Assefa,** PhD, Armauer Hansen Research
niversity of Oxford, Oxford, UK • **Prof. Prema K Barhai**, PhD, Birla Institute of Technology, Ranchi, India •**Jenny Barrett**, PhD, University of Leeds, Leeds, UK • **Claudia Bausewein**, MD, PhD, King`s College London, London, UK •
-ken, Japan • **Prof. Bastiaan R Bloem**, MD, PhD, Radboud University Medical Center, Nijmegen, The Netherlands • **Prof. Anna Blom**, PhD, Lund University, Lund, Sweden • **Prof. Bolognesi**, PhD, EDBT, Italian National Research
oos, MD, Klinik Stephanshorn, St. Gallen, Switzerland • **Prof. Marina Botto**, MD, Imperial College London, London, UK • **Prof. Hervé Bourhy**, DVM, PhD, HDR, Pasteur Institute, Paris, France • **Prof. Xandra O Breakefield**, PhD,
rid R Bundle, PhD, University of Alberta, Edmonton, Canada • **Prof. H Franklin Bunn**, PhD, Harvard Medical School, Boston, Massachusetts, USA • **Prof. György Buzsáki**, MD, PhD, Rutgers University, Newark, New Jersey, USA
e Mediterranean Aix-Marseille II, Marseille, France • **Patrick Chaltin**, PhD, Catholic University of Leuven, Leuven, Belgium • **Prof. Jeremy Carver**, PhD, Trent University, Peterborough, Canada • **Nicole Casadevall**, MD, National
Chen, MSc, University of Ottawa, Ottawa, Canada • **Prof. Philippe Chevalier**, MD, PhD, Hospital Louis Pradel, Lyon, France • **Prof. Claire A Chougnet**, PhD, University of Cincinnati Medical Center, Cincinnati, Ohio, USA • **Prof.**
e Netherlands • **Prof. Miquel Coll**, PhD, Institute for Research in Biomedicine (IRB-CSIC), Barcelona, Spain • **Prof. Ana Conesa**, PhD, Príncipe Felipe Research Center, Valencia, Spain • **Martine Cools**, MD, PhD, Ghent University,
or, Windsor, Canada • **Prof. Alec Davidson**, PhD, Moorehouse School of Medicine, Atlanta, Georgia, USA • **Hiram L de Almeida Jr**, PhD, Federal and Catholic University of Pelotas, Pelotas, Brasil • **Prof. Marina AJ de Koning-**
e II), Marseille, France • **Robert Delage**, MD, MSc, FRCP, Laval University, Québec, Canada • **Panos Deloukas**, PhD, Wellcome Trust Sanger Institute, Cambridge, UK • **Katherine Dick**, MD, University of Leicester, Leicester, UK •
n Reserve University School of Medicine, Cleveland, Ohio, USA • **Prof. Murat Emre**, MD, Istanbul University, Istanbul, Turkey • **Prof. Anna Erdei**, PhD, DSc, Eotvos Lorand University, Budapest, Hungary • **Adel Ewhida**, PhD, Al-
Medical Center, Cincinnati, USA • **Paul Forman**, PhD, Smithsonian Institution, Washington, District Columbia, USA • **Prof. Ron AM Fouchier**, PhD, Erasmus University Medical Center, Rotterdam, The Netherlands • **Christian**
of. Craig Gerard, MD, PhD, Harvard Medical School, Boston, USA • **Saurab Ghosh**, PhD, Indian Statistical Institute, Kolkata, India • **Prof. Katrina Goddard**, PhD, Center for Health Research, Portland, Oregon, USA • **Prof. Tudor**
Sanger Institute, Cambridge, UK • **Prof. Katja Guenther**, PhD, Princeton University, Princeton, New Jersey, USA • **Prof. Volker H Haase**, MD, Vanderbilt University Medical Center, Nashville, Tennessee, USA • **Joerg Hager**, PhD,
f. John Hardy, PhD, University College London, London, UK • **Abubakar Hassan**, MD, Maiduguri University Medical College, Maiduguri, Nigeria • **Prof. Stanley L Hazen**, MD, PhD, Cleveland Clinic Lerner College of Medicine,
los Hricovini, PhD, Slovak Academy of Sciences, Bratislava, Slovakia • **Prof. Shulan Hsieh**, PhD, National Cheng Kung University, Tainan, Taiwan, China • **Prof. Reuben Hwu**, PhD, National Central University, Taoyuan, Taiwan •
versity of Virginia School of Medicine, Charlottesville, Virginia, USA • **Saadou Issifou**, PhD, Albert Schweitzer Hospital, Lambaréné, Gabon **Richard L Jackson**, PhD, Ausio Pharmaceuticals, Cincinnati, Ohio, USA • **Prof. Jesús Ji-**
Chemical Technology, Daejeon, Korea • **Harald Jüttner**, MD, Harvard Medical School, Boston, USA • **Prof. Johannis P Kamerling**, PhD, DSc, University of Groningen, Groningen, The Netherlands • **Prof. Christopher Karp**, MD,
sala, Sweden • **Ulrich Kessler**, PhD, Pike Pharma, Zuerich, Switzerland • **Jan T Kim**, PhD, University of East Anglia, Norwich, UK • **Joshua Knowles**, MD, PhD, Stanford University, California, USA • **Prof. Lene Koch**, PhD, University
ity of Pecs, Pecs, Hungary • **Prof. Paul Kosma**, PhD, University of Natural Resources and Applied Life Sciences, Vienna, Austria • **Prof. Vladimir S Kostić**, MD, PhD, University of Belgrade, Belgrade, Serbia • **Prof. Dimitri Krainc**,
• **Prof. Florian Kronenberg**, MD, Innsbruck Medical University, Innsbruck, Austria • **Prof. James M Krueger**, PhD, Washington State University, Washington, District Columbia, USA • **Prof. Bruno K Kubata**, PhD, NEPAD OST
CEO, Golden Helix Inc., Bozeman, Montana, USA • **Prof. John D Lambris**, PhD, University of Pennsylvania School of Medicine, Pennsylvania, USA • **Prof. Anthony E Lang**, MD, FRCPC, FAAN, University of Toronto, Toronto, Ca-
ngapore • **Prof. Dongxiang Liu**, PhD, Shanghai Institute of Materia Medica, Shanghai, China • **Prof. Frencesco Locatelli**, MD, A. Manzoni Hospital, Lecco, Italy • **Prof. Ebba Lohmann**, MD, Istanbul University, Istanbul, Turkey •
Birmingham, UK • **Prof. Michael P Madaio**, MD, Medical College of Georgia, Augusta, USA • **Prof. Tanya N Madayas**, PhD, Harvard Medical School, Boston, USA • **James D Malley**, PhD, National Institutes of Health, Bethesda,
nmark • **Francis A McOdimba**, PhD, Aga Khan University Hospital, Nairobi, Kenya • **Prof. Ruth McPherson**, PhD, University of Ottawa Heart Institute, Ottawa, Canada • **Andrew Mead**, MSc, University of Warwick, Warwick, UK
slo, Norway • **Prof. B Paul Morgan**, MD, PhD, Cardiff University, Cardiff, UK • **Prof. Elena Moro**, MD, University of Toronto, Toronto, Canada • **Prof. Pierre DE Mouriquand**, MD, FRCS, EFAPU, Claude-Bernard University Hospitals,
undéré, Cameroon • **Tomohiro Neichi**, MSc, Chugai Pharmaceutical Co., Ltd., Tokyo, Japan • **Prof. Mark T Nelson**, PhD, University of Vermont, Birmingham, Vermont, USA • **Prof. Johan Neyts**, MD, PhD, Catholic University of
u-Natal, Pretoria, South Africa • **Prof. Vicente A Núñez-Antón**, PhD, The University of the Basque Country, Bilbao, Spain • **Prof. Sunday Omilabu**, PhD, University of Lagos, Lagos, Nigeria • **Prof. Samuel Opong**, PhD, Kwame
ork, USA • **Prof. Monica Palcic,** PhD, Carlsberg Research Laboratory, Copenhagen, Denmark • **Prof. Ken A Paller**, PhD, Northwestern University, Evanston, Illinois, USA • **Prof. Massimo Pandolfo**, MD, Free University of Brussels,
niversity of Toronto, Toronto, Canada • **Cristian Pattaro**, PhD, European Academy of Bolzano (EURAC), Bolzano, Italy • **Prof. Henry L Paulson**, MD, PhD, University of Michigan, Ann Arbor, USA • **Prof. Luc Pellerin**, PhD, Univer-
C, Simon Fraser University, Vancouver, Canada • **Daniel Polani**, PhD, University of Hertfordshire, Hatfield, UK • **Prof. Martin Posch**, PhD, Medical University of Vienna, Vienna, Austria • **Prof. Peter P Pramstaller**, MD, EURAC In-
ersity of Helsinki, Finland • **Prof. Zihe Rao**, PhD, Nankai University, Tientsin, China • **Prof. Thomas Rattei**, PhD, University of Vienna, Vienna, Austria • **Augusto Rendon**, PhD, University of Cambridge, Cambridge, UK • **Prof. Erik**
K **Prof. Thomas Rosenau**, PhD, University of Natural Resources and Applied Life Sciences, Vienna, Austria **Prof. Steven Sacks**, MD, FACS, King`s College London, London, UK • **Prof. Jane E Salmo**, MD, Cornell University New
versity of New South Wales, Sydney, Australia • **Prof. Ryuzo Sasaki**, PhD, Nagahama Institute of Bio-Scicence and Technology, Nagahama, Japan • **Prof. Clarence T Sasaki**, MD, Yale University School of Medicine, New Haven,
apira, MD, DSc, FRCP, F Med Sci, University College London, London, UK • **Birgit Schuele**, MD, The Parkinson`s Institute, Sunnyvale, USA • **Kathrin Schuldt**, PhD, Wellcome Trust Centre for Human Genetics, Oxford, UK • **Prof.**
ner, MD, Danish Research Center for Magnetic Resonance, Copenhagen, Denmark • **Chummy S. Sikasunge**, PhD, University of Zambia, Lusaka, Zambia • **Prof. Helene Silverblatt**, MD, University of New Mexico, Albuquerque,
na, PhD, FIC, Birla Institute of Technology, Ranchi, India • **Prof. Richard O Sinnott**, PhD, University of Glasgow, Glasgow, UK • **Irina Sirotkina**, PhD, Institute for the History of Science and Technology, Moscow, Russia • **Prof. Eric**
penhagen, Copenhagen, Denmark • **Konrad Steidel**, MD, The Catholic University of Mozambique, Maputo, Mozambique • **Daniel P Stiehl**, MD, University of Zuerich, Zuerich, Switzerland • **Prof. Will Straw**, PhD, McGill Uni-
Canada • **Prof. Carolyn Sue**, MBBS, PhD, University of Sydney, Sydney, Australia • **Prof. Jeffery Summers**, PhD, University of Tasmania, Hobart, Tasmania, Australia • **Prof. Alastair G Sutcliffe**, MD, PhD, FRCP, FRCPCH, University
hD, FAAN, Stanford University, Stanford, USA and Capital University, Beijing, China • **David Tarlington**, PhD, The Walter and Eliza Hall Institute of Medical Research, Melbourne, Australia • **Illya Tashchuk**, MD, Bukovynska Medi-
as, PhD, University of Southern California, Los Angeles, California, USA • **Prof. Hemant K Tiwari**, PhD, University of Alabama, Birmingham, Georgia, USA • **Maciej Tomaszewski**, MD, University of Leicester, Leicester, UK • **David**
nentech Inc., San Francisco, California, USA • **Prof. Kristel van Steen**, PhD, Montefiore Institute, Liége, France • **Prof. Jos AG van Strijp**, PhD, University Medical Center Utrecht, Utrecht, The Netherlands • **Prof. Jean-Jacques**
Madras, Chennai, India • **Prof. J Sjef Verbeek**, PhD, Leiden University Medical Center, Leiden, The Netherlands • **Prof. Hans Vliegenthart**, PhD, Utrecht University, Utrecht, The Netherlands • **Romé Voulhoux,** PhD, CNRS-LISM,
A Ward, MD, University of Michigan Health Systems, Ann Arbor, Michigan, USA • **Prof. Roland H Wenger**, MD, University of Zuerich-Irchel, Zuerich, Switzerland • **Carmen Westerberg**, PhD, Northwestern University, Evanston,
Australia • **Prof. Marsha Wills-Karp,** MD, University of Cincinnati Medical Center, Cincinnati, USA • **Stephanie E Wölfle**, PhD, Australian National University, Canberra, Australia • **Prof. Robert J Woods**, PhD, National University
ng University, Beijing, China • **Masayuki Yamamoto**, MD, PhD, Tohoku University School of Medicine, Sendai, Japan • **Prof. Ada Yonath**, PhD, Weizmann Institute, Rehovot, Israel (Nobel Prize 2009) • **Prof. Juliana Yordanova**,
t, USA • **Prof. Yu Zhao**, PhD, Dali University School of Pharmacy, Dali, Yunnan Province, China • **Prof. Paul Ziche**, PhD, University of Utrecht, Utrecht, The Netherlands

08.07.10


UNI


ROAD
TRAIN
05 CCT


Lübeck
kämpft
für
seine
UNI


Ich kämpfe
für die
UNI


Lübeck
kämpft
für seine
UNI


Rettet
unsre
UNI
Lübeck


QUEEN SQUARE
Lübeck kämpft für seine UNI
NATIONAL HOSPITAL
FOR NEUROLOGY AND NEUROSURGERY


MARINE STINGERS
Lübeck kämpft für seine UNI
AUSTRALIAN
BEACH REPORT
CAUTION
TODAY'S STINGER RISK
Promoting a healthier Queensland

Neben den Universitäten besteht die deutsche Forschungslandschaft noch aus verschiedenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Zu ihnen zählen – neben den Instituten der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft – auch die Leibniz-Institute und die Helmholtz-Zentren.
Und während in der Leibniz-Gemeinschaft mehr als 80 eher kleinere Forschungseinrichtungen aus Natur- und Geisteswissenschaften organisiert sind, gehören zur Helmholtz-Gemeinschaft 17 Großforschungseinrichtungen, die sämtlich einen technisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkt haben. Die Institute beider Organisationen werden von Bund und Ländern gemeinsam finanziert. Der Unterschied besteht allerdings im Finanzierungsschlüssel: Während Bund und Länder die Leibniz-Institute je zur Hälfte tragen, übernimmt der Bund satte 90 Prozent der Finanzierung der Helmholtz-Zentren.
Eines der besten Institute der Leibniz-Gemeinschaft steht in Schleswig-Holstein: das Institut für Meereswissenschaften GEOMAR (IFM-GEOMAR) in Kiel.
Bundesforschungsministerin Schavan verkündet am 8. Juli, dass das IFM-GEOMAR von der Leibniz- in die Helmholtz-Gemeinschaft überführt wird. Dieser Schritt kommt für viele überraschend, und nicht jeder ist darüber glücklich. Die Verantwortlichen des IFM-GEOMAR fürchten um bestimmte Möglichkeiten, Forschungsgelder einzuwerben, was für sie als Mitarbeiter an Helmholtz-Zentren mit strengeren Auflagen verbunden wäre. Außerdem stehen die Professoren des IFM-GEOMAR gleichzeitig im Dienst der Universität Kiel und genießen damit einige Privilegien – diese dienstrechtliche Sonderstellung ist für Mitarbeiter eines Helmholtz-Zentrums ebenfalls schwieriger.
Auch die Leibniz-Gemeinschaft findet nicht gut, dass sie ein Juwel unter ihren Instituten verlieren soll – sie kann aber mangels Mitspracherecht nichts dagegen tun.
Jetzt übernimmt der Bund 90 statt (wie bisher) 50 Prozent der Kosten für das IFM-GEOMAR. So spart das Land Schleswig-Holstein eine Menge Geld. Und das verbindet die Ministerin mit einer Auflage: Das Land muss die Universität Lübeck erhalten. Die SPD-Fraktion erhält auf die Anfrage an

die Bundesregierung, ob die Universität jetzt nur eine Gnadenfrist erhalte oder ob ihre Finanzierung dauerhaft gesichert sei, die Antwort: „Die dauerhafte Aufrechterhaltung der Universitätsmedizin in Lübeck einschließlich Lehre und Forschung wurde bei den Gesprächen zur Stärkung der Meeresforschung vorausgesetzt."

Peter Harry Carstensen und Jost de Jager sind zu der Verkündung dieses Rettungsplans nach Berlin geladen. Frau Schavan stellt den Plan in einer gut besuchten Pressekonferenz vor.

Die Medizinstudentin Kristin Hösel beschreibt, wie die Lübecker Studenten die Nachricht aufnehmen: „Schließlich geschieht doch noch das Märchenhafte: Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist der Ritter, der die Prinzessin in letzter Sekunde aus den Klauen des feuerspeienden Drachen befreit."

Maulkorb für Kieler Professoren

08.07.10

In den nächsten Tagen melden sich etliche Journalisten bei Professoren der Universität Kiel. Nach der Rettung aus Berlin und der Nachricht dieser Woche, wonach Professor Illert von der Universität Kiel das Sparkonzept höchstselbst der Landesregierung vorgelegt hat, möchten die Medien ein Gesamtbild der letzten Wochen zeichnen können.

Doch unabhängige Statements von Kieler Universitätsangehörigen sind dem Präsidenten der CAU nicht recht. Alle Informationen sollen nur über das Präsidium an die Presse gehen. In einem Rundschreiben des Prodekans Thomas Schwarz an die Universitätsangehörigen heißt es: „[…] es hat in den letzten Tagen zahlreiche Stellungnahmen und Anfragen zur aktuellen Lage der Hochschulmedizin von verschiedenen Medien gegeben. Die Ansichten unserer Fakultät beziehungsweise der CAU sind dabei ausführlich und gezielt dargestellt worden. Um die medienpolitische Lage etwas zu beruhigen, schlägt der Präsident der CAU vor, dass in nächster Zeit Aussagen über die aktuellen Entwicklungen über das Präsidium erfolgen sollen, um einheitlich und bestimmt aufzutreten. Ich möchte Sie bitten, den Vorschlag von Herrn Prof. Fouquet zu berücksichtigen und diesem nachzukommen."

Das kommt einem Maulkorb für die Professoren gleich.

Und wie äußern sich de Jager und Carstensen zu dem Schachzug aus Berlin? Sie stellen die Rettung als ihren Erfolg dar. In einer Presseerklärung der CDU-Landtagsfraktion vom 8. Juli heißt es: „,Dieser Erfolg der Landesregierung ist das Ergebnis harter Verhandlungen, die bereits im Dezember letzten Jahres begonnen wurden. Peter Harry Carstensen hat es geschafft, der Bundesregierung die Situation des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts zu verdeutlichen. Endlich werden die Interessen Schleswig-Holsteins im Bund energisch vertreten', stellte Fraktionschef von Boetticher fest. [...] Von Boetticher erklärte, Wissenschaftsminister Jost de Jager gebühre höchster Respekt für die Verhandlungsführung mit dem Bundesforschungsministerium. ‚Jost de Jager hat in dieser aufgeheizten Stimmung dem Druck aus allen Richtungen standgehalten und die Nerven bewahrt.'"



„Das Ergebnis harter Verhandlungen"

Robert Habeck nennt das Verhalten der Landesregierung, sofort nach der Rettung die Argumentation umzudrehen, schlicht „schändlich".

Das nimmt Oliver Böhme, der Betreiber der bei Studenten beliebten Diskothek „Parkhaus", zum Anlass, ein Plakat zu entwerfen, das schon bald das AStA-Gebäude ziert und auch an manch anderer Stelle auf dem Campus zu sehen ist. Es zeigt de Jager und Carstensen mit der Bildunterschrift: „Chef-Uni-Retter" und „Uni-Retter-Gehilfe".

Die Lübecker Kämpfer hingegen sind erleichtert. Sie haben es mit ihrem Engagement geschafft, den Druck auf die Politik so groß werden zu lassen, dass die Bundespolitik eingeschritten ist. Das Überleben ihrer Uni ist gesichert. Aber an der den Sparplänen zugrunde liegenden Haushaltslage in Schleswig-Holstein hat sich nichts geändert.

Diese Schlacht ist also gewonnen, der Kampf kann jedoch früher oder später wieder aufkommen. Daher führen die Lübecker ihre Aktionen fort – trotz der geänderten Vorzeichen.

Werner Marnette

„Die Einsparungen waren ein Papiertiger“



Dr. Werner Marnette (CDU) trat im Juli 2008 als Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in die Landesregierung von Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ein. Sein damaliger Staatssekretär war Jost de Jager. Im März 2009 trat er wegen des Umgangs der Landesregierung mit der Lage der HSH Nordbank während der Finanzkrise von diesem Amt zurück.

Was hätte die Schließung der Medizinischen Fakultät der Universität zu Lübeck für das Land Schleswig-Holstein bedeutet?

Schleswig-Holsteins leidet unter der ärztlichen Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum. Die beabsichtigte Schließung der medizinischen Ausbildung in Lübeck war daher ein völlig falsches Signal an junge Menschen, die gerne Arzt werden wollen. Noch viel schwerwiegender war aber der strategische Fehler: Die Uni ist das Herz der Zukunftsbereiche Medizinforschung und Medizinwirtschaft in der gesamten Region. Mit der Schließung wären Arbeitsplätze und Erträge der lokalen und regionalen Unternehmen und damit auch Steuereinnahmen vernichtet worden.

Was hätte die Schließung der Uni Lübeck dem Land an finanziellen Einsparungen tatsächlich gebracht?

Die angestrebten Einsparungen in Höhe von 26 Millionen Euro pro Jahr waren ein reiner Papiertiger. Denn der Großteil der Kosten waren langfris-

tig und vertraglich abgesicherte Personalkosten z. B. für das wissenschaftliche Personal, die kurz- und mittelfristig überhaupt nicht abbaubar sind.

Stand schon länger zur Debatte, dass die Medizin in Lübeck eingespart werden sollte?

Die Medizinische Fakultät der Uni zu Lübeck war seit Jahren einigen Professoren in Kiel ein Dorn im Auge. Anfang 2009 habe ich daher als Wirtschafts- und Wissenschaftsminister gemeinsam mit dem heute zuständigen Minister Klarheit geschaffen: Kiel und Lübeck haben unterschiedliche Schwerpunkte und besitzen darin jeweils eine hohe Exzellenz. Deshalb gilt es, beide Medizinstandorte entsprechend zu fördern und zu entwickeln.

Welche Grundlage hatte Ihr ehemaliger Staatssekretär und jetziger Wissenschafts- und Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Jost de Jager, jetzt für seine Entscheidung?

Er hat dem Entwurf der Strukturkommission zugestimmt, was ich ihm sehr anlaste. Die politischen Entscheidungsträger waren der Ministerpräsident Carstensen, der Finanzminister Wiegard, der CDU-Fraktionsvorsitzende von Boetticher und der FDP-Fraktionsvorsitzende Kubicki. Über die wissenschaftlich-politische Qualität dieser Herren möchte ich mich hier nicht näher auslassen. Monate nach dem erfolgreichen Kampf zum Erhalt der Universität Lübeck hat der Finanzminister sogar die Idee entwickelt, schleswig-holsteinische Studienplätze nach Niedersachsen zu verkaufen – das unterstreicht die Inkompetenz und das mangelnde Verantwortungsbewusstsein dieser Landesregierung.

Was konnten Sie tun?

Ich habe mich direkt an den Ministerpräsidenten Carstensen, an den Wissenschaftsminister de Jager und an politische Entscheidungsträger auf Bundesebene gewandt und deutlich gemacht, dass die Schließung der Universität zu Lübeck eine schwere politische Fehlentscheidung wäre. Und Minister de Jager habe ich schriftlich und im persönlichen Gespräch an

unsere gemeinsame Entscheidung vom Januar 2009 erinnert, dass die medizinische Ausbildung in Lübeck erhalten und weiterentwickelt werden müsste. Zusätzlich habe ich die Universität zu Lübeck bei der Planung von Maßnahmen und Schritten sowie in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Sie machten den Beschluss vom Januar ’09 dann öffentlich. Wie reagierte die Landesregierung?

Die Landesregierung hat mir vorgeworfen, dass ich angeblich Dienstgeheimnisse preisgegeben hätte. Ich habe dies im Interesse der Sache aber einfach nicht zur Kenntnis genommen. Auch einem rechtlichen Streit wäre ich nicht aus dem Wege gegangen.

Wie geht es mit der Uni Lübeck weiter?

Das Land Schleswig-Holstein steht durch jahrelanges politisches Missmanagement und durch die katastrophale Fehlentscheidung zur Rettung der HSH Nordbank finanziell am Ende. Es hat damit keine politische Handlungsfähigkeit mehr. Mittel zum Erhalt von Forschung und Ausbildung stehen deshalb praktisch nicht mehr zur Verfügung. Ich empfehle daher der Uni zu Lübeck, den hochqualifizierten wissenschaftlichen Weg weiterzugehen, sich aber gleichzeitig durch Umwandlung in eine Stiftungsuniversität der staatlichen Einflussnahme zu entziehen.

Das Thema „Lübeck kämpft" dominiert das öffentliche Bild in Lübeck auch noch am Wochenende. Beim jährlichen Lübecker Drachenbootfestival trägt eine Studentenmannschaft die gelben T-Shirts.



Training für das Lübecker Drachenbootrennen

Und das jährliche Hüxstraßenfest – in einer der schönsten Einkaufsstraßen der Lübecker Innenstadt – hat kurzfristig ein neues Motto bekommen. Statt wie in den anderen Jahren Bezug auf das Schleswig-Holstein-Musikfestival zu nehmen, veranstaltet die Interessengemeinschaft Hüxtraße ihr Sommerfest jetzt unter dem Slogan: „Die Hüxstraße feiert ihre Uni". Die Läden dieser Straße hatten in den vergangenen Wochen den Protest unterstützt – unter anderem mit Plakaten in den Schaufenstern und mit der Spende von mehreren Tausend gelben Rosen für die Demonstration am 1. Juli. Außerdem verkauften sie zwischen den Ansichtskarten auch voradressierte Protestpostkarten an die Landesregierung – auf der Vorderseite selbstverständlich mit „Lübeck-kämpft"-Motiv.



„Die Hüxstraße feiert ihre Uni“. Voradressierte Protestpostkarten an die Landesregierung (u. r.)





11·07·10



Lübeck
kämpft
seine
kämpft für
130
Lübeck kämpft für seine UNI
Ich kämpfe für die UNI Lübeck

Wochen nach dem Kampf

12. Juli 2010 und danach

Die Lübecker konnten in der vergangenen Woche erleichtert aufatmen. Denn aus Berlin kam die Rettung für ihre Universität: Bundesforschungsministerin Schavan hatte das Land an anderer Stelle finanziell entlastet, so dass die Universität Lübeck erhalten bleibt.

Für Montag, den 12. Juli, ist schon seit einiger Zeit eine 24-Stunden-Vorlesung im Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung geplant. Ab 8 Uhr morgens werden mehr als dreißig Professoren und Dozenten der Universität Lübeck allgemeinverständliche Vorträge halten. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „24 Stunden Exzellenz", und alle Bürger und Universitätsangehörigen sind eingeladen, zuzuhören. Und weil die Schließungspläne vorerst vom Tisch sind, ist der Vorlesungsmarathon jetzt umgewidmet – was ursprünglich als Protestveranstaltung gedacht war, ist jetzt eine Gelegenheit für die Lübecker Universität, sich bei allen ihren Unterstützern zu bedanken.

130 000 Unterschriften und ein Treffen in Kiel

Am Dienstag, dem 13. Juli fahren Mitglieder des AStA noch einmal nach Kiel. Sie haben viele Kästen voll Papier dabei und bauen sie vor dem Landeshaus auf. Die Kästen enthalten mehr als 130 000 Unterschriften – Studenten und Professoren aus ganz Deutschland, Lübecker Bürger und Betroffene haben sich auf diese Weise gegen die Schließung der Universität ausgesprochen.

Der Vorsitzende der Fachschaft Medizin, Christoph Zabel, bringt bei der Unterschriftenübergabe an Jost de Jager auf den Punkt, was dessen größter Fehler bei der Konzeption und Bekanntgabe der Sparpläne, aber auch in den letzten Wochen war: „Sie haben es versäumt, aus Betroffenen Beteiligte zu machen."

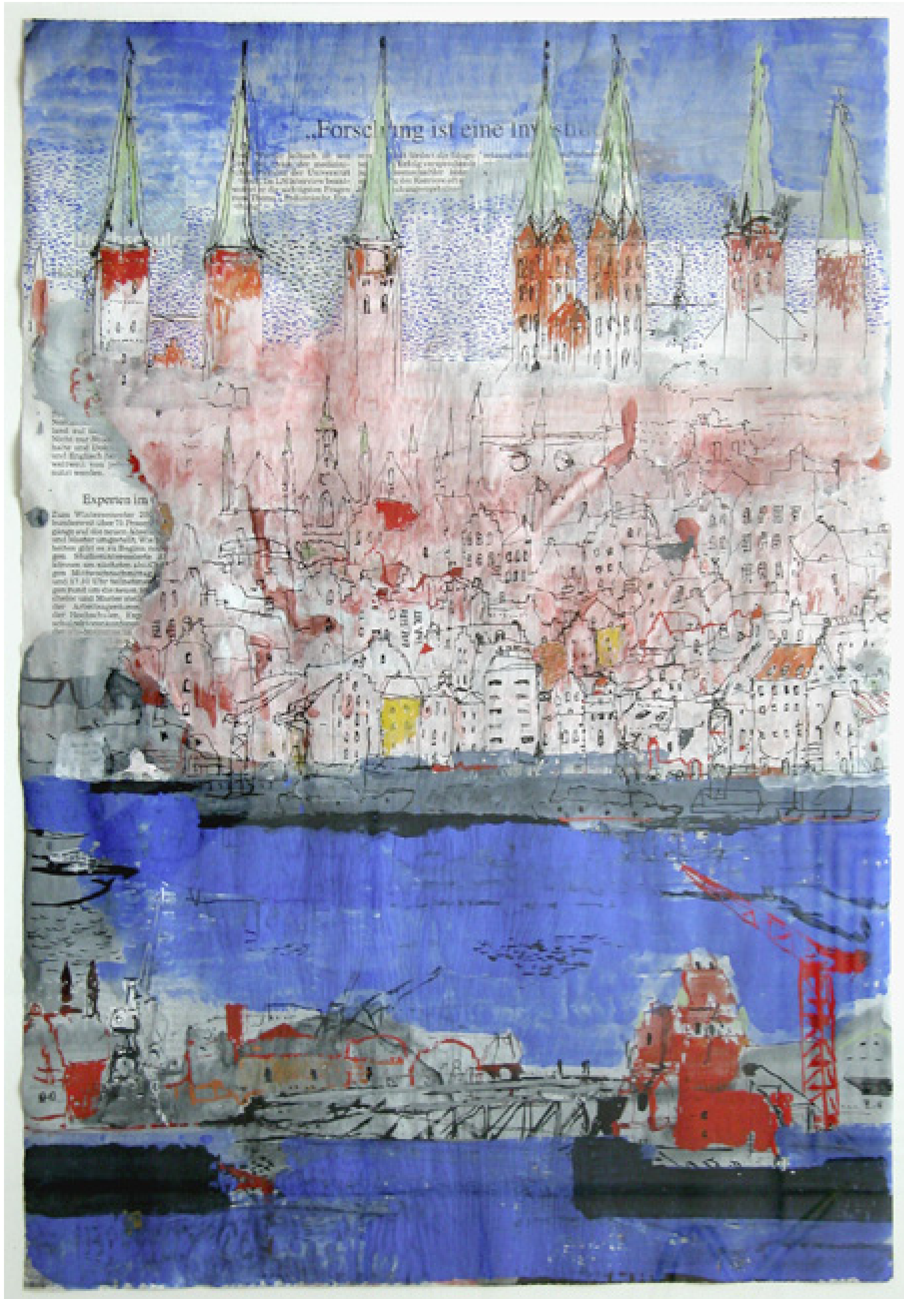
12.07.10



Vertreter von Universität und Stadt überreichen der Landesregierung am 13. Juli 130 344 Unterschriften für den Erhalt der Universität.

Am nächsten Tag ruft Peter Harry Carstensen im Lübecker AStA an. Er lädt die Studenten zu einem Gespräch ein. Am 16. Juli fahren Georg Engelbart und Christoph Zabel nach Kiel. „Auch wenn eine solche Zusammenkunft längst überfällig war, ist es doch positiv zu werten, dass der Regierungschef nun den direkten Austausch mit uns gesucht hat.“, kommentiert Engelbart die Einladung. Und Zabel beschreibt den Inhalt des Treffens: „Carstensen versicherte noch einmal, dass der Fortbestand der Medizinischen Fakultät in Lübeck nicht mehr zur Disposition stehe. Wir sind erfreut, dass uns zugesagt wurde, der Landeszuschuss für Forschung und Lehre der Uni Lübeck werde nicht gekürzt.“

Ein bewegtes Semester geht zu Ende. Am 17. Juli verabschiedet die Universität in der Kirche St. Petri ihre diesjährigen Absolventen mit einer Feier. Zum Abschied erhalten sie einen Druck des Lübecker Künstlers Falko Behrendt. Es zeigt eine Ansicht der Stadt Lübeck, gedruckt auf der Hochschulseite der *Lübecker Nachrichten*, und stellt so eine Verbindung her zwischen der Stadt und ihrer Universität. Im Begleittext heißt es: „Die Idee war, allen Absolventen der Lübecker Universität eine bleibende – bildhafte – Erinnerung an die hansestädtische Studienzeit mit auf den Weg zu geben. In der stillen Hoffnung, dass die Absolventen beiden, der Universität und der Stadt, als Alumni oder Besucher, verbunden bleiben.“



Abschiedsgeschenk der Universität an die Studenten –
ein Druck von Falko Behrendt

17·07·10

Bernd Schwarze

„Klug waren die akademischen Nautiker im Umgang mit den Stürmen“



Dr. Bernd Schwarze ist Pastor der Universitätskirche St. Petri, Lübeck. Diese Begrüßungsrede hielt er anlässlich der Absolventenfeier am 17. Juli 2010.

Und er stieg in das Boot, und seine Jünger folgten ihm. Und siehe, da erhob sich ein gewaltiger Sturm auf dem See, so dass auch das Boot von Wellen zugedeckt war. Er aber schlief. Und sie traten zu ihm, weckten ihn auf und sprachen: Herr, hilf, wir kommen um! Da sagte er zu ihnen: Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam? Und er stand auf und bedrohte den Wind und das Meer. Da wurde es ganz stille. (Mt. 8, 23–26)

Herzlich willkommen in der Universitätskirche St. Petri zu Lübeck an einem großen und besonderen Tag.
Es ist ein Tag des festlichen Innehaltens in stürmischen Zeiten. Und mal ganz abgesehen von den orkanartigen Böen, denen die Universität zu Lübeck in den vergangenen Monaten standhalten musste: So manche, so mancher von Ihnen wird auch ohnedies in Studium, Arbeit und in Prüfungszeit manch innerliches oder äußerliches Unwetter durchgemacht haben. Und schon darum mag einigen von Ihnen dieser Tag heute wie ein Wunder erscheinen. Kein himmlisches Geschenk ohne eigenes Zutun. Sie haben hart gearbeitet und viel geleistet. Aber inmitten von festlicher Musik und lobenden Worten kehrt da so eine wundersam entspannte Stille ein, die einen selbst nach all den Stürmen ruhig-nachdenklich und dankbar stimmt. Erhebend ist der Tag. Und den wollen wir feiern.

Da ist ein Boot zu sehen im Siegelzeichen der Lübecker Universität, das Motiv einer lübschen Hansekogge, die mit tüchtigen und furchtlosen Menschen an Bord die Meere bereist. Sie, meine Damen und Herren, haben für ein paar Jahre teilgenommen an der großen Fahrt, Länder des Wissens bereist und manch noch unbekanntes Terrain erforscht und erkundet. Nun ist die Zeit zum Landgang gekommen, um all die Fundstücke und Einsichten einer langen Reise zu sichten und weiterzugeben zum Wohle der Menschen, die Ihnen begegnen.
Sturmerprobt sind Sie nun, meine Damen und Herren. Sie haben nicht nur an der besten deutschen Uni studiert, auch an der mutigsten Universität mit zertifizierter Seetauglichkeit. Wenn Jesus, den der schwere Sturm offenbar nicht einmal beim Schlafen störte … Wenn Jesus zu den vor lauter Angst erstarrten Jüngern spricht: Ihr Kleingläubigen: … dann hat das nur auf den ersten Blick etwas mit einer Ermahnung zur Wunderfrömmigkeit zu tun. Dann fragt er gleichsam mit: Wo ist denn euer Vertrauen in euch selbst und in die Kraft des Guten?
Die Lübecker Uni und die ganze Stadt hat in den vergangenen Wochen solches Vertrauen und solche Glaubenskraft bewiesen. Und siehe da: der Sturm hat sie gebeugt und mächtig auf den Wellen tanzen lassen, aber untergegangen ist es nicht, das schöne und wertvolle Schiff. Klug waren die akademischen Nautiker im Umgang mit den Stürmen. Und als der Wind gar zu heftig kam, haben sie einfach kraftvoll gegen an geblasen. Ich kann mir nicht helfen: Wenn ich auf den Fotos aus dem Logbuch der vergangenen Wochen die Gesichter so betrachte, dann entdecke ich erstaunlich kräftige und zuversichtliche Offiziere und Matrosen auf der Lübecker Fregatte, während die Kapitäne der Landesflotte von Bild zu Bild immer zerzauster aussehen, irgendwie vom Winde verweht. Einer auf der Steuerbordseite wurde gar immer blasser um die Nase, aber ich glaube, das war der Klabautermann. Und wenn dann ausgerechnet diese Landesnautiker dann noch behaupten, sie seien es gewesen, sie seien die eigentlichen Wundertäter und hätten den Sturm gestillt – dann schaukelt sie noch einmal, die lübsche Hansekogge, weil alle an Bord so herzhaft lachen müssen, dass die Balken sich biegen.
Nun ist der Kurs auf eine gute Zukunft ausgerichtet. Noch heißt es wachsam sein, stets das Barometer kontrollieren und immer ein gutes Auge

auf den Zug der Wolken am Horizont. Land ist in Sicht, und da wir nicht kleingläubig sind, sondern selbstbewusst nach dem Guten trachten, können uns auch künftige Stürme nicht gefährden.
Liebe Doktorinnen und Doktoren, Absolventinnen und Absolventen, ich wünsche Ihnen für Ihr zukünftiges Leben und Wirken, und ich wünsche der ganzen Lübecker Universität immer eine Handbreit Wasser unterm ... – nein! Dieses Wort spreche ich jetzt nicht aus. Ich wünsche Ihnen, dass Gottes guter Geist stets mit Ihnen reist. Bleiben Sie behütet.

Die Präsidenten der Unis Kiel und Lübeck nehmen den Dialog schnell wieder auf. Dominiak und Fouquet lassen nach einem Treffen am 20. Juli verlauten, das Gespräch habe in freundlicher Atmosphäre stattgefunden, und man sei sich einig, dass die erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden solle. Besonders das Exzellenzcluster „Entzündung an Grenzflächen" sei für die beiden Universitäten wichtig, und die erfolgreiche Zusammenarbeit solle daher weiter gefördert werden.
Die Vizepräsidentin der Universität Lübeck, Gabriele Gillessen-Kaesbach, sieht die zukünftige Zusammenarbeit zuversichtlich: „Wir wissen um unsere Synergien und wollen diese in Zukunft noch mehr nutzen. Ich sehe das als ein gutes Signal – es handelt sich also nicht um eine Zwangsehe!"
Am 24. Juli erfahren die Lübecker noch späte Unterstützung von ungewöhnlicher Seite. Rolf Hilgenfeld ist mit einem Musiker der amerikanischen Rockband „Steppenwolf" befreundet. Und so treten die Bandmit-





Die Band „Steppenwolf" kämpft für die Uni Lübeck
http://eine-stadt-sieht-gelb.de/video/steppenwolf

glieder bei einem Konzert in gelben „Lübeck-kämpft"-T-Shirts auf – und zwar in Louisville, Kentucky, USA.

Zwei Wochen später, am 1. August, meldet sich FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki noch einmal in der Sache zu Wort. In einem Interview mit den sagt er: „Für mich stand die Uni nie auf der Kippe." Die Lübecker Kämpfer sind aufgebracht. Präsident Dominiak meldet sich aus Österreich, wo er gerade ein paar Tage Ferien macht: „Kubicki verdirbt mir mit dieser unverfrorenen Äußerung den Urlaub."

Sollte die Universität Lübeck nur ein Spielball im Machtkampf zwischen Landes- und Bundesregierung gewesen sein?

Es war nämlich so: Im Dezember 2009 hatte die Bundesregierung ein Konjunkturpaket beschlossen. Darin war vorgesehen, dass der Mehrwertsteuersatz für Hotels von 19 auf 7 Prozent gesenkt wird. Da der Tourismus in Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und die Hotels ihre Mehrwertsteuer an das Land zahlen und nicht an den Bund, ist dem Land dadurch ein beträchtlicher Betrag entgangen. Die Bundesregierung brauchte aber die Zustimmung der Länder im Bundesrat, um das Konjunkturpaket auf den Weg bringen zu können, und hatte im Gegenzug der Landesregierung in Schleswig-Holstein wohl in Aussicht gestellt, dem Land an anderer Stelle wieder Geld zukommen zu lassen. Aber in den ersten Monaten des Jahres 2010 sagte die Bundesregierung keinen größeren Betrag für das Land Schleswig-Holstein zu. Nahm die Landesregierung die Universität Lübeck quasi als Geisel, um Berlin dazu zu bewegen, Geld locker zu machen?

Kubicki erklärt gegenüber den *LN*: „[Die Universität] stand insofern auf der Kippe, weil die inoffizielle Zusage des Bundes nicht [im Haushalt] veranschlagt werden konnte. Wir haben nicht die Uni Lübeck benutzt, um Interessen in Berlin durchzusetzen. Wir haben die Möglichkeiten Schleswig-Holsteins genutzt, um den Bund ins Boot zu holen, damit wir erst gar nicht in die Lage kommen, den Medizinstudiengang Lübeck schließen zu müssen. Hätte der Bund seine Zusage nicht eingehalten, hätten wir uns unter dem Spardiktat der Schuldenbremse aber davon verabschieden müssen."

Also doch: wenn der Erpresste nicht zahlt, muss die Geisel dran glauben.

01.08.10

„Lübeck kämpft“ in den Medien

Die Schließungspläne und die Proteste dagegen wurden innerhalb kurzer Zeit nicht nur regional, sondern auch bundesweit und international zum Medienthema. Lübeck und seine Uni erlangten ungeahnte Bekanntheit. Dabei gingen die Nachrichten der „Scientific Community“, der immer schon weltweit hervorragend vernetzten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hand in Hand mit den Berichten in Presse, Funk, Fernsehen und dem Internet. Wie ein Musterbeispiel in einem Lehrbuch der Medienresonanz breitete sich das Thema „Lübeck kämpft für seine Uni“ in konzentrischen und sich verstärkenden Wellen aus.

Die allerersten Hinweise auf das beabsichtigte Ende des Lübecker Medizinstudiums tauchten wie versteckt im Windschatten des dominierenden Sparthemas „Privatisierung des UK S-H“ auf. „Die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) womöglich schon 2015 zu verkaufen und die Medizinerausbildung in Lübeck zu schließen, sorgen in der Hansestadt für Entrüstung“, hieß es unvermittelt und lakonisch am 24. April auf der Titelseite der *Lübecker Nachrichten* unter der Schlagzeile „Lübeck kämpft um seine Uniklinik“. Als Vertreter der Universität beunruhigt bei Kieler Politikern anfragten, wurde sogleich und entschieden dementiert. Hatte da nur ein Journalist etwas missverstanden?

Vier Wochen hörte man tatsächlich nichts mehr davon, bis dann das *Hamburger Abendblatt* am Sonnabend vor Pfingsten, dem 22. Mai, unter der Überschrift „Wen trifft die geheime Sparliste aus Kiel?“ erste Einzelheiten aus den Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission veröffentlichte. „In Schleswig-Holstein geht’s ans Eingemachte“, schrieb das *Abendblatt*: „Die so genannte Giftliste betrifft Polizisten, Kliniken, Häfen, Vereine, Blinde und Politiker“. Ziemlich weit hinten in der langen Aufzählung der Grausamkeiten hieß es dann in zwei sehr vorausschauenden Sätzen: „Proteste dürften auch die Pläne zum Umbau der Hochschullandschaft auslösen. In Lübeck soll der Medizinstudiengang auslaufen.“

Als die Haushaltsstrukturkommission wenige Tage später den Plan veröffentlichte, war dem Lübecker Präsidium sofort klar: Das wäre das Ende der Universität insgesamt.

Bereits in der ersten Woche des Protestes dominierte das Thema nicht nur die Schlagzeilen in Lübeck. Der Deutschlandfunk brachte schon am 27. Mai, nach dem Rücktritt des Universitätsrats Schleswig-Holstein, in *Campus und Karriere* einen ausführlichen Bericht. Am 7. Juni kam das Thema in die großen Tageszeitungen, in die *Frankfurter Allgemeine (FAZ)* und *Die Welt*. Am Tag darauf titelte *Der Tagesspiegel* in Berlin: „Lübeck als Modell? Rektoren befürchten Schließung ganzer Hochschulen“. Die *Financial Times Deutschland* setzte am 11. Juni das gelbe Plakat „Lübeck kämpft für seine Uni“ unübersehbar gleich oben links auf ihren Zeitungstitel. Der dazugehörige Artikel hieß „Sparen bis der Arzt geht“.

Ein gemeinsamer Aufruf aus Lübeck, Kiel und Flensburg zur Demonstration in der Landeshauptstadt erschien am 12. Juni halbseitig in allen schleswig-holsteinischen Tageszeitungen. Am 16. Juni setzte *Spiegel Online* seinen Artikel unter die Überschrift „Eine Stadt gräbt das Kriegsbeil aus“, die die Stimmung in Lübeck durchaus zutreffend wiedergab. Der halbseitige Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* hieß „Widerstand in Marzipan“. Das ZDF informierte in *Heute in Deutschland* bundesweit über den Protest der 14 000.

Am 17. Juni erstrahlte auch die Titelseite der *Kieler Nachrichten* in Gelb: „Studenten ma-

chen der Landesregierung Dampf". Mit dem überwältigenden Erfolg der Demonstration in Kiel waren jetzt auch die letzten Zweifel der Presselandschaft hinweggefegt, ob es sich beim Nachrichtenwert der Lübecker Proteste eventuell um eine Eintagsfliege handeln könnte. Die *FAZ* berichtete am 18. Juni mit einem halbseitigen Artikel auf der Seite 3: „Die Angst, eine Zukunftsbranche zu verlieren". *Die Tageszeitung (taz)* in Berlin analysierte am folgenden Tag („Es geht um die Exzellenz") die Hintergründe: „Lübeck soll geschlossen werden, damit Kiel Elite-Uni werden kann".

Den vollständigen internationalen Durchbruch des Themas markiert der Artikel in der (neben *Science*) weltweit bestangesehenen Fachzeitschrift für Naturwissenschaften *Nature* vom 22. Juni: „German states wield the axe". Die ARD-*Tagesschau* zeigte am 1. Juli in ihrer Hauptausgabe um 20 Uhr Bilder vom Sternmarsch in Lübeck („Proteste gegen Sparpolitik").

Der inhaltliche Tenor der Berichterstattung war ganz überwiegend kritisch gegenüber einem landespolitischen Kaputtsparen an der Zukunftsressource Bildung. Stellvertretend dafür ist der Kommentar der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. Juli „Der Hintern der Nation". In den Spott der *Stuttgarter Zeitung* vom 3. Juli über „die chronisch klammen Nordlichter" mischt sich aber durchaus auch etwas Anerkennung für den unerwartet entschlossenen Sparwillen („Kiel zeigt, wie es geht").

Eine der international renommiertesten Tageszeitungen, die *Neue Zürcher Zeitung*, widmet ihrem Bericht „Eine Stadt steht für das Medizinstudium auf" am 6. Juli eine dreiviertel Seite.

Am gleichen Tag veröffentlicht das Präsidium der Universität Lübeck sein eigenes Sparkonzept und erntet damit Anerkennung, aber auch wütende Empörung. *Die Zeit* zitierte in ihrer Überschrift vom 8. Juli zunächst den Vorwurf aus der Universität Kiel: „Piraterie an der Lübecker Universität". Dann aber deckt sie, wie zuvor schon die regionalen Medien, auf: „Lübeck kämpft für seine Uni – doch der Gegner ist nicht nur das Land. Offenbar kam der Vorschlag, den Medizinstudiengang zu schließen, von der Kieler Universität."

Jetzt überschlugen sich die Ereignisse. Am gleichen Nachmittag kam die Nachricht aus Berlin, dass die Universität durch Intervention der Bundesregierung gerettet ist. „Wie Schavan die Uni-Rettung herbeitrickste", erläuterte *Spiegel Online*, und die *Kieler Nachrichten* erklärten zu der gefundenen Lösung am 10. Juli: „Das ist auch gut für Kiel".

Im Fernsehen hatten die Regionalmagazine des Norddeutschen Rundfunks *(Schleswig-Holstein-Magazin)* sowie Magazine von RTL und SAT.1 in den entscheidenden Phasen des Widerstandes beinahe täglich ausführlich über die Ereignisse berichtetet. Zahllose, teils bundesweite Radiobeiträge sorgten auch in diesem Medium für breite Information.

Eine verblüffende Deutung der zurückliegenden Ereignisse lieferte Wolfgang Kubicki am 1. August in den *Lübecker Nachrichten*: „Die Uni stand nie auf der Kippe". Seine Darstellung, nach der die Bevölkerung einer ganzen Stadt und einer ganzen Region quasi als Faustpfand der Landes- gegenüber der Bundespolitik in Geiselhaft genommen worden sei, wurde in den Folgetagen entschieden als zynisch und falsch zurückgewiesen.

Zu den erfreulichen medialen Würdigungen der Kampfeswochen gehört ohne Zweifel der Politik-Award 2010 der Zeitschrift *politik&kommunikation* für „Lübeck kämpft" als beste Kampagne einer öffentlichen Institution.

Hamburger Abendblatt 7.06.2010

„Die Uni Lübeck ist nicht überlebensfähig“

Kieler Regierung will den Fachbereich Medizin schließen und geht ein hohes Risiko ein

NICOLE KABEL

KIEL :: Im Streit um die Zukunft der Universität Lübeck fordern die Grünen Aufklärung von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU). Der Landtagsfraktionsvorsitzende Robert Habeck kündigte am Sonntag eine Kleine Anfrage an: „Ich will vom Ministerpräsidenten wissen, ob er die Risiko-

Die Torte muss verkleinert werden. Und das machen wir, indem wir zwei Stücke gezielt herausschneiden, statt mit dem Löffel überall die Sahne abzukratzen.

Jost de Jager, Wissenschaftsminister,

in Lübeck die Medizin streichen und alle wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge in Flensburg. Außerdem soll das Uni-Klinikum Schleswig-Holstein privatisiert werden.

„Die jetzt angepackten Sparthemen liegen seit Jahren in der Luft, nur keiner hat sich rangetraut“, sagte de Jager. Die Torte müsse verkleinert werden. „Und das machen wir, indem wir zwei Stücke

FAZ 7.6.10

Streit um die Lübecker Universität

Schließung des Medizinstudiengangs / Kieler Sparpläne

F.P. KIEL, 6. Juni. In Schleswig-Holstein formiert sich weiter der Protest gegen die umfassenden Sparpläne der Re- senschaftsministeriums bekanntgeworden, in dem es auch um mögliche Folgen der geplanten Schließung des Medizin-

Hansestadt Lübeck 19

Heute im Lokalteil

Grass: „Eine barbarische Entscheidung“



Nobelpreisträger Günter Grass hat einen Brief an Ministerpräsident Peter Harry Carstensen geschrieben, in dem er sich für die Lübecker Universität einsetzt.

Lübecks Uni bleibt!

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Lübeck kämpft für seine UNI

Am Studi wird gespart Manche Bundesländer wollen sich Bildung nicht mehr leisten | Seite 18

Ruhe, Ihr Schwätzer Danke, WM! Deinetwegen müssen die Talkshows schweigen | Seite 26

Runter wie Öl Wie sich BP gegen den Niedergang stemmt | Seite 3, 4, 5

„Emmely“

Merkel

FREITAG, 11. JUNI 2010

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

▸ **Klassenkampf** Beim Bildungsgipfel am Donnerstag in Berlin hat sich wieder gezeigt: In den meisten Bundesländern haben Schulen und Unis keine Priorität mehr. Mit dem Föderalismus entwickeln sich die Länder immer weiter auseinander. Die einen kürzen, die anderen stocken auf. Beste Beispiele: Schleswig-Holstein und Hamburg

Sparen, bis der Arzt geht

Schleswig-Holstein will die Uni Lübeck schließen. Das Land gefährdet damit einen wissenschaftlich und wirtschaftlich erfolgreichen

Financial Times Deutschland, 11.6.2010

Die Welt 7.6.10

Schwarz-Gelb knüpft sein Schicksal an Carstensens Sparplan

KIEL – Das umfassende Sparprogramm der schleswig-holsteinischen Landesregierung wird für die schwarz-gelbe Koalition zur Schic- größte Existenzsorgen ausgelöst. Die Abgeordneten aus diesen Regionen stehen unter großem Druck ihrer Wählerbasis. Lübecks Politik



SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2010, 08:57 Uhr

Uni Lübeck vor dem Aus

Eine Stadt gräbt das Kriegsbeil aus

Von Christoph Titz

Die Uni Lübeck kämpft ums Überleben. Rettung ist nicht in Sicht, weder durch die Idee einer Stiftungsuni noch durch erhoffte Hilfe aus Berlin. Stoppen könnten das Bildungssparen allenfalls Umfaller im Parlament. Am Mittwoch soll vor dem Kieler Landtag ein Proteststurm aufziehen.

Frage: Wozu geht ein Lübecker Student nach Kiel? Antwort wütender Lübecker Studenten: nur zum Demonstrieren. Geht es aber nach Schleswig-Holsteins Regierung, sollen ab 2012 neue Mediziner nicht mehr in Lübeck, sondern nur noch in der Landeshauptstadt Kiel ausgebildet werden. Und dieser Plan macht Studenten und Mediziner wütend, viele anderen Lübecker Bürger ebenso.

FORUM DEUTSCHLAND — Neue Zürcher Zeitung — Dienstag, 6. Juli 2010 · Nr. 153 — INTERNATIONALE AUSGABE

Eine Stadt steht für das Medizinstudium auf

Lübeck protestiert gegen die Streichungspläne der Kieler Landesregierung im Universitätsbereich



Neue Zürcher Zeitung, 6.7.2010

DER TAGESSPIEGEL

09.06.2010 16:03 Uhr |

Artikel teilen:

Universität

Lübeck als Modell?

Hochschulrektoren befürchten Schließung ganzer Hochschulen in finanzschwachen Ländern. Die geplante Schließung des Medizinstudiengangs an der Uni Lübeck sei eine Provokation.

Uni-Kampf: Lübeck erhält hochkarätige Unterstützung

VON JOSEPHINE VON ZASTROW

Mahnende Worte aus berufenem Munde: Prof. Ernst Theodor Rietschel kämpft für den Erhalt der Medizin in Lübeck, warnt

Lübecker Nachrichten, 10.6.2010

Lübecker Nachrichten, 10.7.2010

Uni-Rettung: Carstensen zollt Studenten Respekt

Lübecker CDU fordert Bene Merenti-Medaille für den Asta
Kieler Kabinett forciert die Umwandlung zur Stiftungs-Uni

ZEIT ONLINE | UNI-LEBEN

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Piraterie an der Lübecker Universität

Lübeck kämpft für seine Uni – doch der Gegner ist nicht nur das Land. Offenbar kam der Vorschlag, den Medizinstudiengang zu schließen, von der Kieler Universität.

VON Bettina Malter I 08. Juli 2010 - 19:46 Uhr

Kieler Nachrichten

Sport-Journal

Studenten machen der Landesregierung Dampf

GM verzichtet überraschend auf Hilfen für Opel

German states wield the axe

University cuts are out of step with federal government's bid to spare research.

Despite the federal government's strong support for science and higher education, the crisis in Germany's public finances is starting to take its toll, as cash-poor states prepare to cut university budgets.

In the state of Schleswig-Holstein last week, thousands rallied in the capital, Kiel, to protest against the imminent closure of the medical school at the University of Lübeck. "We will have to stop the enrolment of medical students as from the winter term 2011," says Rolf Hilgenfeld, a structural virologist at the university. "This is outrageous." And researchers in Lübeck and elsewhere fear worse is to come.

The federal government has spared national agencies, such as the German Research Funding …

A. WARMUTH/PICTURE ALLIANCE/DPA/PHOTOSHOT

Slashed university budgets bring protesters out onto the streets of Kiel, Germany.

total budget — which scientists there say will not …

stay," says Jan Born, a neuroscientist who earlier …

Nature News, 22.6.2010

POLITIK

Deutschland spart: Wie Städte und Gemeinden die großen Finanzlöcher stopfen wollen

Widerstand in Marzipan

Lübeck kämpft für seine UNI

Süddeutsche Zeitung, 16.6.2010

Aus für Lübecks Medizin: Plan kam aus der Uni Kiel

Sparkonzept wurde de Jager 2009 bei Geheimtreffen vorgestellt

VON JOSEPHINE VON ZASTROW

LÜBECK/KIEL – Der Streit zwischen den Universitäten Lübeck und Kiel eskaliert. Die Kieler Uni hat die Uni Lübeck gestern scharf attackiert und ihr vorgeworfen, mit ihrem alternativen Sparkonzept „Piraterie" zu betreiben, da laut Lübecker Plan auch in … nuar vergangenen Jahres bei einer geheimen „Strategiesitzung" in Kiel Jost de Jager (CDU) vor. Damals war der heutige Minister de Jager noch Wissenschaftsstaatssekretär. An dem Treffen nahmen auch der damalige Wissenschaftsminister Werner Marnette und der Chefanie- … Chance geben, Lübeck in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Borstel und einem neuen Fraunhofer Institut zu einem Wissenschaftsstandort für Medizintechnik und Biotechnologie zu entwickeln". Illert war 2009 emeritiert, gehörte aber noch zum Physiologischen Institut der Medizin-Fakultät in Kiel. … durch den Regierungswechsel im September 2009 nicht …

Lübecker Nachrichten, 7.7.2010

suedduetsche.de

Der Hintern der Nation

Lübeck kämpft für seine UNI

DEMO 16.06. 15:00 Uhr HBF Kiel

www.luebeck-kaempft.de

Lübecker Nachrichten, 12.6.2010

Süddeutsche Zeitung online, 2.7.2010

taz.de

Uni gegen Uni

Die durch ein Exzellenz-Cluster vereinigten Unis in Kiel und Lübeck werden zu Gegnern: Lübeck soll geschlossen werden damit Kiel Elite-Uni werden kann. Das Geld reicht nicht für zwei.

VON KAIJA KUTTER

Preise für eine außergewöhnliche Rettungsaktion

Die Protestbewegung hat sich innerhalb von acht Wochen von einem Sammelsurium spontaner Ideen einzelner Studenten Ende Mai zu einer Bewegung entwickelt, die nach und nach die ganze Uni, die ganze Stadt und viele Sympathisanten aus anderen Städten und anderen Ländern hinter sich brachte.

Die Studentin Katharina Moser-Notbom erinnert sich noch einmal an den Beginn des Protests: „‚Meine Güte. Immer diese Wichtigtuer.' Das waren meine Gedanken, als ich im Zentralklinikum meinen Kommilitonen erblickte – mit seiner Tasche, auf der ein riesiger gelber Aufkleber prangte, auf der stand: Lübeck kämpft für seine Uni. Nie hätte ich mir in diesem Moment träumen lassen, dass schon sehr bald meine Haustür und mein kleiner Mazda mit denselben Aufklebern bepflastert sein würden, dass ein Plakat meinen Fahrradkorb schmücken und ich Besitzerin von drei T-Shirts, vier Buttons und einem Regenschirm sein würde. Selbstverständlich alle im selben Gelb gehalten mit exakt derselben Aufschrift. [...] Selbstverständlich war ich auf der Großdemo in Kiel, bei der Sterndemo in Lübeck und bei zahlreichen weiteren gelben Veranstaltungen. [...] Am 16. Juni waren meine beiden Kinder mit dabei, die bereits am Bahnhof anfingen, im Chor „Lübecks Uni bleibt" zu singen. „Lübecks Uni bleibt!" ist auch der Titel eines Zeitungsartikels, in dem verkündet wurde, dass – nun ja – Lübecks Uni bleibt. Ich finde, sie bleibt nicht nur: Sie ist voll da!"

In der Lübecker Bürgerschaft klingt das Engagement für die Uni nach – sie will jetzt auch nach außen hin ein Zeichen für das Zusammenwachsen von Stadt und Universität. Am 30. September beschließen die Mitglieder, dass die etwa 250 Ortseingangsschilder der Stadt nach und nach ersetzt werden sollen. Wer nach Lübeck fährt, wird in Zukunft nicht nur von der „Hansestadt Lübeck" empfangen – nein, die gelben Schilder demonstrieren das neue Selbstverständnis der Stadt als „Universitäts- und Hansestadt Lübeck".

Die Universität bleibt für Studenten attraktiv: Zum Wintersemester 2010/2011 bewarben sich mehr Schulabgänger um einen Studienplatz in Lübeck als jemals zuvor.

Kurz nach Beginn des Wintersemesters 2010/2011 präsentiert sich die Universität zu Lübeck am 30. Oktober 2010 mit vielen verschiedenen Veranstaltungen beim „Tag der Wissenschaft“. Am Abend veranstaltet die Uni ein großes Fest auf dem Markt, mit dem sie sich bei den Lübecker Bürgern für ihre Unterstützung während des Sommers bedankt.



Bürgermeister Saxe und Unipräsident Dominiak beim Dankesfest auf dem Markt.
Es ist Dominiaks erster Auftritt im gelben T-Shirt.

30-10-10

Im November erhält die Aktion „Lübeck kämpft“ gleich zwei Preise. Erst den Sonderpreis des Marketing-Clubs Lübeck und einige Wochen später den „Politik Award“ der Zeitschrift *politik&kommunikation*. Dabei setzen sich die Lübecker sogar gegen Kampagnen durch, die von professionellen Agenturen umgesetzt worden waren. Der neue AStA-Vorsitzende Georg Engelbart nimmt den „Politik Award“ entgegen: „Diese bundespolitisch bedeutsame Würdigung ist ein tolles Zeichen an alle engagierten MitarbeiterInnen, BürgerInnen und Studierende, dass unser Kampf auch in Berliner Politikzirkeln wahrgenommen wurde und einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat“, sagt er. „Gerade unsere Website stellte von Anfang an das entscheidende integrative Element dar. So konnten sich möglichst viele Menschen beteiligen und die Bewegung derart in die Breite wachsen.“

Und auch eine wissenschaftliche Arbeit beschäftigt sich mit dem Phänomen „Lübeck kämpft“. Jan-Christoph Rogge vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin fertigt darüber eine Hausarbeit an. Er beschreibt, welche Beweggründe für die Lübecker im Kern dazu geführt haben, über Wochen gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. In seiner Zusammenfassung steht: „1. Lübeck braucht die Universität und zieht aus ihr einen Großteil seiner wirtschaftlichen Kraft. 2. Die Absichten der Landesregierung stellen einen Angriff dar. 3. Ziel dieses Angriffs ist nicht nur die Hochschule, sondern die Stadt als Ganzes. Dementsprechend ist die argumentative Grundlage des Protests vorwiegend eine wirtschaftspolitische. Zwar haben vor allem die Studierenden noch andere Gründe für ihre Teilnahme an den Protesten gehabt, doch haben auch sie sich aufgrund der damit verbundenen Unterstützung diesem gemeinsamen Nenner angeschlossen. Dies wird insbesondere deutlich aus dem Artikel „Was ist ‚Lübeck kämpft‘?“ auf der Internetseite des Bündnisses „Lübeck kämpft“, das eigentlich eine Initiative von Studierenden ist. Die Themen Versorgung, Ärztemangel und Bildung spielen dort zwar auch eine Rolle, doch sind die wirtschaftlichen Folgen einer möglichen Schließung der Universität dominierend.“

Die Stadt ist in diesen Wochen näher zusammengewachsen. Manchmal ist es für die Lübecker nur ein diffuses Gefühl, manchmal macht es sich ganz konkret bemerkbar. IHK-Hauptgeschäftsführer Schulz-Kleinfeldt ist optimistisch: „Viele Unternehmen haben erkannt, wie wichtig die Universität für die Wirtschaft der Region ist. Die Bereitschaft, die Universität und damit den Wissenschaftsstandort Lübeck finanziell zu unterstützen, ist vorhanden.“

Und Bürgermeister Saxe nennt ein typisches Beispiel: „Wenn man früher ein Taxi bestellte, um zum Uniklinikum zu fahren, musste man oft noch ergänzend hinzufügen ‚Das ehemalige Krankenhaus Ost‘. Heute weiß jeder Taxifahrer, dass wir eine Uniklinik haben und wo sie liegt. Und der Protest hat auch in Kiel nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Ich denke, jede Landesregierung der nächsten zwanzig Jahre wird sich sehr genau überlegen, ob sie an der Universität Lübeck spart.“

Bernd Saxe

„Lübecks Kampf um die Uni hat den Wissenschaftsstandort gestärkt“



Bernd Saxe (SPD) ist seit dem Jahr 2000 Bürgermeister der Hansestadt Lübeck.

Die Universität sollte ihrer Stärke beraubt werden, die ihr zu Spitzenplätzen in Rankings und international zu einer anerkannten Exzellenz in Forschung und Lehre verhalf. Diese Stärke beruht auf der Schwerpunktbildung im Bereich der Life Sciences, insbesondere der Medizin. Ohne Medizin wäre der Rest der Universität nicht überlebensfähig. Der Hansestadt Lübeck wäre gleichzeitig ein Stück Zukunft genommen worden.

Die Universität ist zusammen mit der Fachhochschule der Nukleus des Clusters Medizintechnik, der neben Hamburg zu den größten in Norddeutschland zählt. Rund 70 Prozent der Medizintechnik-Arbeitsplätze Schleswig-Holsteins sind in der Region Lübeck angesiedelt (6 500). Die Firma Dräger hatte seinerzeit ihr Bekenntnis zum Standort Lübeck mit der Nähe zur Universität begründet, als es um die Frage Abwanderung oder Expansion am Standort Lübeck ging. Die Gesundheitswirtschaft ist somit eine der wenigen Zukunftsbranchen nicht nur Lübecks, sondern ganz Schleswig-Holsteins.

Mit den Hochschulen und insbesondere mit der Universität hat die Hansestadt die Riesenchance, den Strukturwandel aktiv als Wissenschaftsstandort gestalten zu können, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und der Abwärtsspirale von Arbeitslosigkeit, sozialer Not und defizitären Haushalten zu entkommen.

Nicht zu unterschätzen ist die Bereicherung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens durch die Hochschulen, die gleichfalls verloren gehen würde.

Nach dem ersten Schock über die Entscheidung der Landesregierung erwachte der Widerstandsgeist der Lübecker Bürgerinnen und Bürger, der Kirchen, der Wirtschaft, Seite an Seite mit Studierenden, Professoren, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Uni und des UK S-H. Diese stadtübergreifende und überparteiliche Allianz zum Erhalt der Universität ist beispiellos in der jüngeren Lübecker Geschichte. Sie zeigt eindrucksvoll, wie groß die Verbundenheit der Stadt mit ihrer Universität ist.

Die Bürgerschaft hatte bereits einen Tag nach der Entscheidung der Landesregierung parteiübergreifend eine Sondersitzung zur Rettung der Universität im Kieler Landtag beschlossen. So kam es, dass die Lübecker Bürgerschaft am 8. Juni zum ersten Mal nach 867 Jahren außerhalb der Stadtmauern tagte, wenn auch nicht im Landtag, sondern vor dem Landeshaus.

Bereits am 3. Juni versammelte sich ein Krisengipfel im Bürgerschaftssaal des Rathauses mit Vertreterinnen und Vertretern der Universität, des UK S-H, den anderen Lübecker Hochschulen, der Politik und den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Der überwältigende Höhepunkt für alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter war aber wohl die Demonstration der 16 000 vor dem Kieler Landeshaus am 16. Juni, der größten Protestaktion in der Geschichte des Landes. Aus dem ganzen Land kamen Menschen zusammen, um ihre Solidarität mit der Lübecker Universität zu bekunden und gegen die Pläne der Landesregierung zu protestieren.

Zum Triumph geriet der 13. Juli 2010, als der Landesregierung 130 344 Unterschriften zum Erhalt der Universität Lübeck überreicht wurden. Fünf Tage zuvor hatte auf Intervention der Bundesbildungsministerin die Landesregierung bekannt gegeben, ihren Plan zur Schließung der Medizinerausbildung aufzugeben.

Der Protest zur Rettung der Lübecker Universität ist aber auch ein politisches Lehrstück im besten positiven Sinne, was Menschen auf friedlichem Wege erreichen können, wenn sie gemeinsam und entschlossen für eine Sache eintreten. Das ist auch ein Stück lebendige wie gelebte demokratische Kultur.

Hansestadt Lübeck und Universität sind nach der Auseinandersetzung noch enger zusammen gerückt. Das hat der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft zusätzlichen Schub gegeben. Denn die Wissenschaft ist mehr denn je eine der wichtigsten Säulen für die Zukunft unserer Stadt. Dieses Bewusstsein wurde durch die Proteste nachhaltig befördert.

Dass dem so ist, ist in erster Linie dem großartigen und vorbildlichen Engagement der Studierenden für den Erhalt der Universität zuzuschreiben, die mit großer Leidenschaft, Kreativität und Hartnäckigkeit dazu beigetragen haben, dass diese Stadt weiter eine Zukunft hat. Hierfür gebührt Ihnen und allen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern unser Dank!

Jetzt gilt es den Blick nach vorne zu richten. Den Schwung aus den Protesten zu nutzen und den Wissenschaftsstandort Lübeck weiter auszubauen! Wir freuen uns, dass wir mit unserem Konzept „Hanse trifft Humboldt“ den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“ errungen haben, und sind zuversichtlich, dass Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt dadurch noch enger zusammenrücken.

Stadt der Wissenschaft – ganz offiziell

Ein ehrgeiziges Projekt treibt das 2009 eingerichtete Wissenschaftsmanagement der Stadt bereits seit Februar 2010 voran: Lübeck bewirbt sich um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“. In der Bewerbungsbroschüre heißt es: „So recht angekommen war die Bedeutung der jungen Hochschulen für die Zukunft Lübecks [bisher] nur bei einer Minderheit der Lübecker. Das änderte sich, als im Frühsommer 2010 Lübeck als Universitätsstandort in Frage stand. Innerhalb weniger Tage war ein Widerstand gegen die Schließung der Medizinischen Fakultät an der Universität zu Lübeck organisiert, den in dieser massiven Form wohl niemand erwartet hätte – auch die Lübecker selbst nicht. [...] Die Lübecker Bürger haben also für ihre eigene, sichere Zukunft gekämpft, und dabei hat sich sogar das Selbstbild der Lübecker gewandelt. Es ist jünger geworden, weltoffener, neugieriger und selbstbewusster. Natürlich gibt es immer noch die blauen Zweireiher mit Goldknöpfen, Symbol hanseatischer Kaufmannschaft, aber Teil der Erzählung Lübecks sind nun auch die jungen Studenten in ihren gelben T-Shirts.“

Wissenschaftsmanagerin Iris Klaßen betont: „Der Kampf um die Uni hat wichtige Zeit gekostet, das positive Ergebnis aber auch deutlich Rückenwind gegeben. Die Bürger unterstützen unseren Weg, der auf Wachstum und Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftstandorts Lübeck durch die starken Lebenswissenschaften setzt.“ Neben Lübeck stehen die Städte Halle und Regensburg im Finale.

Für den 29. März 2011 steht die Entscheidung an. Und Lübeck gewinnt! Die Jury des „Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft“ ernennt Lübeck zur „Stadt der Wissenschaft 2012“.

In der Pressemitteilung lobt der Stifterverband das „extrem hohen Niveau aller Bewerbungen“. Und warum fiel die Wahl schließlich auf Lübeck?

„Den Ausschlag für Lübeck gab, wie eng Stadt und Wissenschaft im gemeinsamen Kampf für den Erhalt der Universität zusammengewachsen sind.“



Über den Titel „Stadt der Wissenschaft" freuen sich die Direktorin der „Gemeinnützigen" Peters-Hirt, Stadtpräsidentin Schopenhauer, Bürgermeister Saxe, Wissenschaftsmanagerin Klaßen und Fachhochschulpräsident Bartels (v. l.)



LÜBECK STADT DER WISSENSCHAFT 2012

29·03·11

Nachwort

Lübecker Lehren

Christoph Zabel
Jürgen Westermann

Der Kampf um den Erhalt der Lübecker Universität zeigt, dass Bürger die feststehende Entscheidung einer Landesregierung kippen können. Die meisten politischen Beobachter hielten dies nicht für möglich und gaben den Rat, sich mit der neuen Situation abzufinden. Wie konnte das Blatt dennoch gewendet werden?

Die Politik hatte keine überzeugenden Argumente

Bereits kurz nach Bekanntwerden der Sparpläne stellte sich heraus, dass die Entscheidung, den Medizinstudiengang in Lübeck zu schließen, nicht auf einer sorgfältigen Analyse beruhte. Besonders deutlich wurde dies bei einem Treffen, zu dem Wissenschaftsminister Jost de Jager am Mittwoch, den 2. Juni 2010, eine Delegation der Kieler und Lübecker Universitäten eingeladen hatte.

Der Wissenschaftsminister gab dabei zu, seinen Kabinettskollegen einen Sparvorschlag vorgelegt zu haben, dessen Risiken er nicht kannte. Er setzte dadurch eine Abwärtsspirale für die Universität zu Lübeck in Gang, die unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung der Landesregierung zu wirken begann: die Universität musste Berufungsverhandlungen unterbrechen, die Anzahl der Bewerbungen auf offene Stellen nahm ab, und Forschungsprojekte waren akut gefährdet. Diese absehbaren Folgen nahm der Wissenschaftsminister in Kauf, obwohl der Landtag seinem Sparvorschlag noch gar nicht zugestimmt hatte und obwohl die schwarz-gelbe

Koalition dort nur über die denkbar knappste Mehrheit verfügte: nämlich eine Stimme. Die Lübecker waren empört über dieses Verhalten, und zwar vor allem aus drei Gründen:

1. Ihr Wissenschaftsminister, der gleichzeitig auch Wirtschaftsminister ist, musste zugeben, dass er die wirtschaftlichen Folgen seines Beschlusses für die Stadt Lübeck und ihr Umland nicht hatte analysieren lassen. Eine steigende Arbeitslosigkeit wurde bewusst in Kauf genommen, weil deren Folgen zunächst nicht das Land, sondern Kommunen und der Bund hätten tragen müssen.

2. Ihre Landesregierung hatte geschwiegen, statt das Gespräch mit ihnen und der Universitätsleitung zu suchen. So ließen die Politiker die Chance ungenutzt, aus Betroffenen Beteiligte zu machen und eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Außerdem stellte sich heraus, dass die Landesregierung entgegen ihren Beteuerungen durchaus wusste, dass das Schließen des Medizinstudiengangs die Existenz der gesamten Universität in Frage stellen würde.

3. Schließlich setzte die Landesregierung auch die Solidarität der schleswig-holsteinischen Wissenschaftler untereinander aufs Spiel. Die Landesregierung brachte die Kieler Kollegen in eine Situation, in der viele von ihnen unsolidarisch handelten: Sie schauten zu, wie die Landesregierung ihre Kollegen in Lübeck abwickelte. Es stellte sich später sogar heraus, dass der Plan für die Schließung der Medizin in Lübeck von einem ehemaligen Dekan der Kieler Medizinischen Fakultät stammte.

Die Bevölkerung empörte sich

Vor allem die Studenten – einschließlich der aus Flensburg und Kiel –, aber auch die Bürger waren nicht bereit, die Schließung der Universität zu Lübeck hinzunehmen. Sie entwickelten eine regelrechte Wut gegen die regierenden Politiker, weil diese sich überheblich über die vorgebrachten Argumente hinwegsetzten. Die Bürger wollten nicht Spielball dieser Art

von Politik sein, die hinter den Kulissen nach nicht nachvollziehbaren Kriterien beschlossen worden war. Das ehrliche Bauchgefühl, hier als Bürger gefordert zu sein, und zwar unabhängig von einer möglichen Parteizugehörigkeit, führte zu den weit über Lübeck hinausgehenden Protesten, die eine glasklare Botschaft enthielten: Wenn dieser Beschluss nicht zurückgenommen wird, dann werden wir euch abwählen!

Die Kampagne, die zum Erhalt der Universität zu Lübeck geführt hat, ist in der professionellen Werbung auf ein großes Echo gestoßen und wurde mit zwei Preisen ausgezeichnet. Dabei übersehen Außenstehende leicht, dass es sich hier nicht um eine Aktion aus einem Guss gehandelt hat. Vielmehr haben Studenten, Dozenten und Bürger – mit Hilfe der großzügigen finanziellen Unterstützung der Lübecker Stiftungen – ihrer Wut über den Beschluss der Landesregierung auf der Straße und in den Medien Ausdruck verleihen können. Die angesichts der dramatischen Situation gebotene Eile ließ keine Zeit für einen ausgeklügelten Plan. Zentrale Bedeutung hatte deswegen die von den Studenten eigens eingerichtete Internetseite „Lübeck kämpft“, über die sich jeder informieren konnte und über welche die verschiedenen Aktionen koordiniert wurden.

Wucht und Wirkung bezog die Protestbewegung „Lübeck kämpft“ aus der ehrlichen und fassungslosen Empörung der Beteiligten. Das Beispiel Lübeck zeigt, dass auch nicht unmittelbar betroffene Bürger die Argumente der Universität zur Kenntnis nahmen und verstanden und diese dann in die einzige Sprache übersetzten, die Politiker verstehen: Sie drohten ihnen mit Stimmenentzug und dem damit verbundenen Machtverlust.

Obwohl die Landesregierung Schleswig-Holsteins bundesweite Anerkennung für ihre Sparbemühungen einforderte und zum Teil sogar erhielt, wurde in den Medien mit der Zeit glücklicherweise auch nach der Qualität der Sparbeschlüsse gefragt. So kam Tanjev Schultz in seinem Kommentar „Der Hintern der Nation“ in der *Süddeutschen Zeitung* am 2. Juli 2010 zu folgender Schlussfolgerung: „Ungeschickte Menschen reißen mit dem Hintern ein, was sie aufgebaut haben. Auch Staaten können so tapsig sein. Die Bundesrepublik agiert, hochschulpolitisch betrachtet, oft ungeschickt. Die Rolle des Hinterns übernimmt zurzeit Schleswig-Holstein. Dort plant die schwarz-gelbe Landesregierung, den Medizin-Studiengang in Lübeck

zu streichen. Das wäre nicht nur ein Desaster für die strukturschwache Hansestadt. Es wäre ein Schlag für alle Bundesländer. Die Studienplätze in Medizin werden bundesweit vergeben. Jedes Land, das Plätze abbaut, tut es zu Lasten aller anderen.“
Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Landesregierung in Schleswig-Holstein ihren Beschluss zur Schließung des Medizinstudienganges in Lübeck nicht deswegen zurückgenommen hat, weil sie die vorgebrachten Argumente am Ende verstanden hätte. Auch wenn die Gelder aus Berlin nicht geflossen wären, hätte die Landesregierung ihren Beschluss mutmaßlich zurücknehmen müssen, weil sie befürchten musste, abgewählt zu werden.

Die Universität wird aus Schaden klug

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Ereignissen des Sommers 2010 für die Universität zu Lübeck? Es können mindestens drei Lehren gezogen werden:

Die Universität zu Lübeck muss auch weiterhin durch Spitzenleistungen in Forschung und Lehre glänzen.
Nur so kann sie die besten Studenten und Dozenten nach Lübeck ziehen und auch in Schleswig-Holstein halten. Allenfalls kurzfristig wird es in den nächsten Jahren ein Überangebot an Studenten geben. Dann wird ein gnadenloser Wettbewerb um den raren Nachwuchs beginnen, in dem sich die Universität nur dann behaupten kann, wenn sie Forschung und Lehre in ausgezeichneter Qualität anbietet. Aber die Vorgänge des Sommers 2010 haben auch gezeigt: Gute Forschung und Lehre allein reichen nicht aus, um der Universität zu Lübeck das Überleben zu garantieren. Ein Hinweis auf hervorragende Forschung ist die Höhe der eingeworbenen Drittmittel. In ihrem hochschulpolitischen Konzept veröffentlichte die Landesregierung Schleswig-Holstein am 21. September 2010 (Drucksache 17/882), dass jeder Wissenschaftler der Universität zu Lübeck pro Jahr 78 500 Euro an Drittmitteln nach Schleswig-Holstein holte, während es für die Universitäten Flensburg und Kiel nur jeweils 13 600 beziehungsweise 29 600 Euro waren. Lübeck lag auch weit vor dem Bundesdurchschnitt, den die Landesregierung mit 39 200 Euro angab.

Was die Lehre angeht, gehört der Medizinstudiengang in Lübeck zu den besten in Deutschland, und dennoch wollte die Landesregierung ihn einstellen und damit das Ende der Universität einläuten. Daraus ergibt sich die zweite Lehre des Sommers 2010.

Die Bürger Lübecks und seiner Umgebung müssen noch mehr an ihre Universität gebunden werden.

Die Ereignisse im Sommer 2010 haben gezeigt, dass die Uni trotz herausragender Leistungen nicht weiterbestanden hätte, hätten sich die Stadt Lübeck und ihre Bürger nicht massiv hinter sie gestellt. Das ist Ausdruck einer bereits bestehenden großen Verbundenheit zwischen Bürgern und Universität, die alle Beteiligten aber zukünftig weiter stärken sollten. Diesen Prozess muss die Universität selbst beginnen. Das fängt bei der richtigen Auswahl der zukünftigen Studenten und Dozenten an, beinhaltet eine gezielte Personalentwicklung und schließt den ausgezeichneten Kontakt zu Absolventen und ehemaligen Kollegen ein. Ziel ist es, im Inneren der Universität die Voraussetzung für eine unwiderstehliche Strahlkraft nach außen – zu den Bürgern Lübecks und seiner Region – zu schaffen. Schon jetzt unternimmt die Universität große Anstrengungen, um einen engen Kontakt zu den Lübeckern herzustellen. Im Rahmen ihres „Sozialpraktikums" kümmern sich Medizinstudenten um benachteiligte Jugendliche und machen sie auf diese Weise mit der Universität bekannt. Schüler lernen die Universität durch den Besuch der Schülerakademie und die studentische Aktion „Mit Sicherheit verliebt" kennen. Abiturienten werden zu „Uni im Dialog" eingeladen. Dabei werden in der Universitätskirche St. Petri Forschungsthemen von jungen Wissenschaftlern in allgemeinverständlicher Sprache erklärt. An alle Lübecker richten sich die „Sonntagsvorlesungen" im Rathaus sowie die Vortragsreihe „Einblick schafft Durchblick", das „Studium Generale" und das Literarische Kolloquium, die in der Universität stattfinden. Aber die Universität wird sich noch mehr um ihre Bürger bemühen. Das Bürgerforum, in dem ethische Aspekte in Medizin und Technik diskutiert werden, und das neue Zentrum für kulturwissenschaftliche Forschung, in dem Universität und Lübecker Museen gemeinsam forschen, sind weitere vielversprechende Ansätze, um

Universität und Bürger näher zusammenzubringen. Allerdings müssen die universitären Bemühungen um die Lübecker Bürger von Seiten der Stadt ergänzt werden: Auch sie muss zeigen, wie wichtig ihr die Wissenschaft ist. Aus diesem Grund war die von der Stadt Lübeck initiierte und von allen Hochschulen unterstützte Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ ein wichtiger Meilenstein.
Im Jahr 2012 wird Lübeck nun „Stadt der Wissenschaft“ sein. Wissenschaft im Allgemeinen und die Universität zu Lübeck im Speziellen wird auf diese Weise unverrückbar im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Nur so kommt der notwendige Schutz zustande, durch den die Existenz einer exzellent arbeitenden Universität in Schleswig-Holstein gesichert werden kann.

Die Universität zu Lübeck muss unabhängiger werden, um durch eine innovative Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ihr Fundament zu stärken.
In der Universität zu Lübeck spielt die Medizin eine entscheidende Rolle. Sie bildet neben der Meeresbiologie den zweiten international anerkannten großen Forschungsschwerpunkt in Schleswig-Holstein. Trotzdem wird diese „Perle“ finanziell vom Land völlig unzureichend ausgestattet. Es besteht kein Zweifel daran, dass die zur Verfügung gestellten Mittel die Universitätsmedizin in Schleswig-Holstein zu den finanziellen Schlusslichtern in Deutschland werden lassen. In den letzten Jahren hat die Universität Lübeck Spitzenleistungen erbracht. Wenn sich an der finanziellen Ausstattung nicht grundlegend etwas ändert, wird sie diese in Zukunft aber nicht mehr erbringen können. Im Bereich der Forschung werden wir nicht mehr wettbewerbsfähig sein, und in der Lehre wird es zu gefährlichen Engpässen kommen. So droht das Medizinstudium, das bereits jetzt mehr als 6 Jahre dauert, sich um bis zu 1,5 Jahre zu verlängern. Personalmangel wird dazu führen, dass die Universität klinische Kurse nicht rechtzeitig anbieten kann, um ein Studium innerhalb der Mindeststudienzeit zu absolvieren. Außerdem können die unerfahrenen Studenten auf den Stationen nicht mehr ausreichend beaufsichtigt werden. Im besten Fall wird es dadurch zu einem geringeren Lernerfolg, im schlechtesten Fall zu

einer Gefährdung der Patienten kommen. Um dies zu verhindern, hat sich die Universität zu Lübeck eine neue, für Deutschland einmalige Verfassung gegeben. Sie ermöglicht die enge und reibungslose Zusammenarbeit zwischen den medizinischen und naturwissenschaftlich-technischen Bereichen der Universität und kann dadurch den Umgang mit den knappen Ressourcen optimieren. Die Universität wird auch das Potenzial nutzen, das in einer neuartigen und engen Zusammenarbeit mit den Institutionen vor Ort liegt: Universität, Fachhochschule, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und medizintechnisch orientierte Firmen werden einen gemeinsamen Wissenschaftscampus gründen. Dazu muss die Universität zu Lübeck jedoch finanziell selbstständiger werden, um schneller und flexibler agieren zu können. Außerdem muss sie die Möglichkeit erhalten, finanzielle Mittel einzuwerben und frei zu verplanen. Beides ist bei den zurzeit geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht möglich. Das Modell einer Stiftungsuniversität würde Abhilfe schaffen.

Die Universität zu Lübeck ist deshalb sehr froh, dass die Landesregierung nach langjährigem Drängen nun endlich zugesagt hat, dass die Universität zu Lübeck voraussichtlich zum 1. Januar 2013 Stiftungsuniversität werden kann. Die Umsetzung wird nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen, da die mit einer Stiftungsuniversität verbundenen Ziele und Absichten des Landes sich deutlich von denen der Universität unterscheiden. Beispielsweise betont die Landesregierung immer wieder, der Vorteil einer Stiftungsuniversität läge darin, dass Studienbeiträge von den Studenten eingefordert werden könnten und so das Land Geld sparen würde. Dabei ist allen Informierten vollkommen klar, dass eine Stiftungsuniversität das Land nicht weniger kosten wird. Ihre Vorteile liegen in einer größeren Unabhängigkeit vom Ministerium. Sie kann Gelder eigenständig einwerben und verwalten, und schließlich sorgt das Stiftungsgesetz dafür, dass nicht die Landesregierung, sondern nur das Parlament die Schließung einer Stiftungsuniversität beschließen kann. Ein riesiger Vorteil!

Dass die Landesregierung in der Öffentlichkeit trotzdem immer wieder auf die Studienbeiträge hinweist, liegt wahrscheinlich daran, dass man hier eine Chance wittert, Studenten und Präsidium gegeneinander aus-

zuspielen. Ein plumper Versuch, denn gegen das Votum der Lübecker Studenten wird die Universität keine Studienbeiträge einführen. Aber wieder einmal wird deutlich, wie sehr die Universität zu Lübeck auch in Zukunft auf die Wachsamkeit und Unterstützung der Bürger Lübecks und seines Umlandes angewiesen ist.

Politiker müssen auf den richtigen Weg gebracht werden

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich die Universität zu Lübeck nur dann weiterentwickeln kann, wenn sie gemeinsam mit den Lübeckern ihre Interessen gegenüber der Landespolitik durchsetzt. Warum ist das so? Die Politiker des 21. Jahrhunderts haben es schwerer als ihre Kollegen nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals ging es für eine lange Zeit wirtschaftlich steil bergauf. Die Politik konnte also fast unbegrenzt Geschenke verteilen. Die einen bekamen mehr und die anderen ein bisschen weniger mehr. Das Gemeinwohl kam auf seine Kosten, wenn auch gewissermaßen als Nebenprodukt. Die Politiker konnten sich auf die Frage konzentrieren: Wie komme ich an die Macht, und wie kann ich an ihr bleiben? Auch als das Wirtschaftwachstum etwas abflaute, verfuhr man nach dem gleichen Prinzip. Es wurden einfach mehr Schulden gemacht. Inzwischen ist aber ein kritischer Punkt erreicht. Alle wissen, dass es mit der steigenden Verschuldung nicht mehr weitergehen kann.

Es gibt nur drei Optionen: 1. die vorhandenen Mittel effizienter einzusetzen, 2. die Einnahmen des Landes zu verbessern und 3. die staatlichen Leistungen zu kürzen.

Was die Effizienz betrifft, verspricht ausnahmslos jede Partei, sie steigern zu wollen, und da die Parteien das schon seit Jahren ankündigen, scheint auch ein zukünftiger Erfolg auf diesem Gebiet fraglich.

Die Einnahmen zu steigern bedeutete, die Steuern zu erhöhen. Das wäre erstens eine sehr unpopuläre Maßnahme, und zweitens ist eine Umsetzung dadurch erschwert, dass die Steuerzuständigkeiten aufgrund des föderativen Charakters der Bundesrepublik sehr komplex sind. So ist selbst bei den wenigen Steuertypen, die an ein Bundesland abgeführt wer-

den, oftmals eine Abstimmung mit dem Bund vonnöten, und Schleswig-Holstein könnte diese gar nicht selbstständig erhöhen. Es bedürfte einer Einigung mit Bundesrat und Bundestag.
Auch deshalb hat sich die Landesregierung wohl darauf beschränkt, sich allein der Ausgabenkürzung zu widmen. Dies dann aber ausgerechnet im Bereich der Forschung und Bildung zu tun, bedeutet, das Land seiner Zukunft zu berauben. Das Sparen ohne Konzept könnte sich so langfristig als sehr teuer erweisen. Eigentlich hätte die Landesregierung nun diesen schmerzhaften Einsparprozess moderieren und zunächst Zahlen präsentieren müssen, die – im Falle der Universität zu Lübeck – nachvollziehbar den Nutzen und den Schaden einer Schließung beschreiben.
Um es klar zu sagen: Die Zahlen, die die Situation beschreiben, müssen objektiv erhoben werden. Die Ziele, die aus diesen Zahlen abgeleitet werden, sind jedoch subjektiv, können kontrovers diskutiert und dann auch in einer Abstimmung entschieden werden. Beides hat die Landesregierung versäumt. Es gibt bis heute keine abgestimmte Datengrundlage, und eine ernstzunehmende Diskussion über Ziele hat auch nicht stattgefunden.
Das Beispiel Lübeck zeigt, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein in einer schwierigen finanziellen Situation nicht in der Lage war, den notwendigen Sparprozess so zu moderieren, dass seine Ergebnisse von der Bevölkerung akzeptiert wurden. Sie hat im Gegenteil aus rein politischem Kalkül gehandelt und dabei das Gemeinwohl vollständig aus den Augen verloren. Wären die Bürger Lübecks nicht gewesen, hätte seine Landesregierung dem Land Schleswig-Holstein schweren Schaden zugefügt. Die Bürger konnten die Politik auf den richtigen Weg zwingen, weil sie parteiübergreifend erkannten, dass der Beschluss, die Medizin in Lübeck abzuschaffen, jeder sachlichen Grundlage entbehrte und eine wirtschaftliche Katastrophe für Lübeck und damit auch Schleswig-Holstein zur Folge gehabt hätte. Diese gemeinsame Einsicht schweißte sie zusammen und führte zu einer so machtvollen Solidarität, dass der Landesregierung mit dem für sie schlimmstmöglichen Folterwerkzeug gedroht werden konnte: Machtverlust.
Versinnbildlicht ist dies in einem Foto, welches das Holstentor im Sommer 2010 zeigt. Klar erkennbar ist die berühmte lateinische Inschrift

„Concordia domi foris pax“, die zu Deutsch bedeutet: Eintracht im Inneren führt zu Frieden nach außen. Das darüber hängende gelb-schwarze Banner scheint die moderne Übersetzung der alten Inschrift zu sein: **Lübeck kämpft für seine Uni.** Und gewinnt.

Politiker brauchen Leitplanken

Zu Zeiten der Hanse war der Handel Lübecks Tor zur Welt. Heute ist es auch die Wissenschaft. Lübecks Wissenschaftler haben Verbindungen zu Kollegen in der ganzen Welt. Studenten kommen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland, um in Lübeck zu studieren. Lübecker Studenten absolvieren einen Teil ihres Studiums jenseits der Landesgrenzen. Doktoranden und Dozenten arbeiten an wissenschaftlichen Projekten, mal in Lübeck, mal im Ausland. Dieser Austausch trägt maßgeblich zur Erweiterung des geistigen Horizonts bei und ist eine wichtige Voraussetzung für Lübecks weitere Entwicklung. Außerdem ist die Universität zu Lübeck ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der strukturschwachen Region und sorgt so auch in schlechteren Zeiten für wirtschaftliche Stabilität. Die Universität wirkt wie ein Magnet. Sie zieht Studenten an, Dozenten mit ihren Familien und ganze Unternehmen. Zusätzliche Gelder in Millionenhöhe holt die Universität aus Berlin und Brüssel nach Lübeck. Wer die Universität zu Lübeck schließen will, schlägt Lübecks Tor zur Welt zu und macht damit eine positive Entwicklung der Stadt nahezu unmöglich: Er nimmt Lübeck die Zukunft.

Ist das jetzt allen Entscheidungsträgern in der Politik klar? Nein! Denn nach wie vor steht bei manchen unter ihnen nicht das Gemeinwohl, sondern der Kampf um die politische Macht im Vordergrund. Deshalb benötigen diese Politiker Leitplanken, die sie zwingen, ihre Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. Ohne diese Hilfe, so hat der Fall Lübeck gelehrt, laufen sie in die Irre.

Er hat aber auch gezeigt, dass die Bürger die Macht haben, scheinbar unabwendbare Beschlüsse der Politik zu kippen. In Zukunft müssen die Bürger jedoch früher eingreifen. Sie müssen von den Politikern unabdingbar einfordern, dass sie vor jeder Entscheidung abgestimmte Zahlen vorlegen. Auf dieser Grundlage müssen sie dann gemeinsam über Ziele und ihre

Alternativen diskutieren. Dieser Prozess darf nicht hinter verschlossenen Türen in kleinen Klüngelrunden stattfinden, sondern muss transparent und nachvollziehbar sein.
Vielleicht ist das kürzliche Eingeständnis des Fraktionsführers der CDU, dass der Beschluss der Landesregierung vom 26. Mai 2010 falsch gewesen sei, der Beginn eines neuen Umgangs von Bürgern und Politikern in Schleswig-Holstein. Das wird ein mühsamer Weg, und vor allem die Bürger werden ihn wachsam gehen müssen.
Als Vision bleibt die Hoffnung auf eine Politik, deren Entscheidungen sich am Gemeinwohl orientieren, und auf Bürger, die diese Bemühungen mit ihrer Stimme belohnen. Im Bedarfsfall benötigt die Politik aber auch ein starkes Gegenüber. Der Kampf um die Universität zu Lübeck hat gezeigt, dass es diese Menschen in Schleswig-Holstein gibt.
Woran können die Bürger Lübecks nun ganz konkret erkennen, ob die Politiker ihrer Stadt helfen oder schaden? Am stetigen Ausbau des Wissenschaftscampus mit seinen aufeinander zugeschnittenen Einrichtungen. Oder noch einfacher gesagt: Solange die Studentenzahlen in Lübeck steigen und die Kräne auf dem Campus arbeiten, ist alles im grünen Bereich. Dann nämlich kann Lübeck auf der Basis seiner Geschichte als ehrwürdige Hansestadt seine Zukunft als lebendige Universitätsstadt aufbauen.

Lehren, die über Lübeck hinausgehen

Welche Lehren Universität, Stadt und Bürger aus dem Sommer 2010 ziehen können, ist mit den obigen Absätzen skizziert und wird sich hoffentlich im zukünftigen Handeln und möglicherweise den Wahlergebnissen der kommenden Landtagswahlen niederschlagen.
Allerdings ist zu beachten, dass es sich in mehrfacher Hinsicht nicht um ein regionales oder gar einmaliges Problem handelt. So gibt es, zwar nicht thematisch, aber prinzipiell, durchaus Parallelen beispielsweise zu den Protesten gegen „Stuttgart 21" oder gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke. Auch in diesen Fällen nährt sich der Unmut nicht allein aus den Vorhaben an sich, sondern wird durch das Gefühl der Bürger, von der Politik nicht richtig aufgeklärt und einbezogen zu werden, entscheidend verstärkt. Wie in Lübeck hat man auch in Stuttgart

und Gorleben den Eindruck, dass die Risiken und möglichen Alternativen nicht sorgfältig genug geprüft wurden. Ob diese Eindrücke richtig, ob der Widerstand berechtigt oder unberechtigt ist, kann und soll nicht Gegenstand der Betrachtung in diesem Buch sein.
Jedoch führt dies vor Augen, dass der Fall Lübeck in gewisser Weise exemplarisch für das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik insgesamt ist. Man macht es sich, wie vielleicht bei der Lektüre des vorliegenden Buches deutlich geworden ist, entschieden zu leicht, diejenigen, die protestieren und demonstrieren, pauschal als „Gegner des Fortschritts" oder „Wutbürger" abzutun. Sie sind nicht prinzipiell gegen Neuerungen, sondern dagegen, in Veränderungen nicht mit einbezogen zu werden.

Die Befürchtung, Deutschland sei zu inflexibel, als dass zukünftig noch große Infrastruktur- und Verkehrsprojekte oder auch tiefgreifende Veränderungen der Sozialsysteme umzusetzen wären, ist nur dann zutreffend, wenn man das Bild hat, die Politik müsse diese gewissermaßen gegen die Bevölkerung durchsetzen. Es wäre tatsächlich im Voraus alles zum Scheitern verurteilt, wenn die Bevölkerung sich in eine Gruppe der Besitzstandswahrer, die ihre Pfründe verteidigen, und eine Gruppe der Frustrierten spaltete, die resignieren und sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Einig wären sich dann beide Lager lediglich noch in der Ablehnung der Politik, und diese wäre mangels Unterstützung handlungsunfähig.
Es hilft also überhaupt nicht weiter, sich in der Politikverdrossenheit gegenseitig zu bestärken und die Schuld je nach Perspektive auf „die Bürger" oder „die Politiker" zu schieben. Politiker müssen (wieder) von der Bevölkerung als ihre gewählten Vertreter, die Volksvertreter, wahrgenommen werden, und damit dies gelingt, bedarf es einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit. Das wiederum stellt Ansprüche an beide Seiten: Die Politik muss ihre Vorhaben erläutern und um Unterstützung werben, aber auch die Bürger dürfen sich nicht auf die Stimmabgabe beschränken, sondern müssen sich einbringen, informieren und engagieren, haben selbst eine Verantwortung und dürfen sich nicht der Illusion hingeben, diese an die Politik abtreten zu können. Damit werden und sollen sich Meinungs-

verschiedenheiten und Interessenkonflikte zwar nicht verhindern lassen, aber in einer Weise ausgetragen werden, die am Ende bei allen demokratisch denkenden Beteiligten Akzeptanz findet. In der politischen Auseinandersetzung geht es um den Wettkampf unterschiedlicher Auffassungen und Positionen und darum, diejenige Alternative zu finden, die von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

Das ist umso wichtiger, als die Landesregierung damit recht hat, dass das Land hoch verschuldet und der Jahreshaushalt defizitär ist. Was übrigens diejenigen, die sich für den Erhalt der Universität eingesetzt haben, nie bestritten haben. Allerdings steht Schleswig-Holstein mit diesem Problem nicht alleine da, und alle Bundesländer sind in unterschiedlicher Höhe, jedoch ausnahmslos verschuldet. Es handelt sich also auch in dieser Hinsicht nicht um ein regionales, sondern ein grundsätzliches Problem: Die Schuldenlast des Staates, ob nun der Städte, Kommunen, Kreise, Länder oder des Bundes erhöhen sich jährlich weiter, obwohl das Bruttosozialprodukt über die Jahre kontinuierlich relativ und damit exponentiell gewachsen ist. Das gilt im Übrigen nicht nur für Deutschland, sondern auch für fast alle europäischen Länder, so dass die Frage zu stellen wäre, ob im System nicht ganz prinzipiell etwas falsch läuft. Diese Frage können wir an dieser Stelle nicht erschöpfend beantworten. Sie darf aber gern zum Nachdenken anregen und mag darauf hinweisen, dass bereits die Eingangsüberlegung der Landesregierung, wo man im Landeshaushalt einsparen könne, um der selbstauferlegten Schuldenbremse zu entsprechen, ziemlich verkürzt war. Die Lösung lag dann schließlich auch nicht in einer Einsparung an anderer Stelle, sondern in zusätzlichen Geldern vom Bund. Eine Idee, auf die nicht kommt, wer zu engstirnig denkt.
Der Zwang zum Sparen, oder richtiger: Die Notwendigkeit, Staatseinnahmen und -ausgaben in Deckung zu bringen, wird uns auch zukünftig beschäftigen, weshalb es notwendig ist, sich rechtzeitig, längerfristig, überregional und prinzipiell Gedanken zu machen, bevor die nächsten „alternativlosen" Beschlüsse gefasst werden, zu denen die einen sich gezwungen fühlen und gegen welche die anderen sich auflehnen. Politik ist die Diskussion von Alternativen und die Umsetzung des Mehrheitswillens,

nicht der Weg des geringsten Widerstands und des alleinigen Strebens nach Macht. Gute Politik ist kreativ, nicht reaktiv.

Hans Christoph Zabel studiert seit Oktober 2005 Humanmedizin an der Universität zu Lübeck. Er war und ist gewähltes Mitglied in mehreren studentischen sowie universitären Gremien, unter anderem von 2007 bis 2010 Vorsitzender der Fachschaftsvertretung Medizin. Im Sommer 2010 beteiligte er sich in den zentralen Arbeitsgruppen an der Koordinierung und Organisation von „Lübeck kämpft".

Prof. Dr. Jürgen Westermann ist seit 2001 Direktor des Instituts für Anatomie an der Universität zu Lübeck, seit 2002 Studiengangsleiter Medizin und seit 2010 Vorsitzender des Senats der Universität. Er leitete während des Sommers 2010 die Arbeitsgruppe, in der die Informationen zwischen Präsidium, Studenten und Stadt ausgetauscht und das jeweilige weitere Vorgehen abgestimmt wurden.



Anhang

Zeittafel

März 2003	Resolution der 291 Kieler Professoren, Expertenbericht der Erichsen-Kommission
Herbst 2005	Lübeck kämpft das erste Mal für seine Uni.
16. Januar 2009	Ein Kieler Plan zur Schließung der Medizin in Lübeck wird dem Ministerium vorgestellt.
25. Mai 2010	Vollversammlung im Audimax zur Privatisierung des UK S-H. Anschließend Demonstration in der Innenstadt. Auf der Internetseite der FDP-Landtagsfraktion wird der Plan der Haushaltsstrukturkommission veröffentlicht, die Medizinische Fakultät der Universität Lübeck zu schließen.
26. Mai 2010	Pressekonferenz im Rathaus. Hochschulöffentliche Sitzung des Akademischen Senats im Audimax
27. Mai 2010	Pressekonferenz des Präsidiums der Universität. Der Universitätsrat Schleswig-Holstein tritt zurück.
2. Juni 2010	„Exilvorlesung“ in Schönberg in Mecklenburg-Vorpommern. Die Studierenden verteilen 10 000 gelbe Flyer und Plakate in Lübeck. Die ersten T-Shirts werden geliefert.
7. Juni 2010	„Exilvorlesung“ in Berlin. 300 Studenten und Angehörige der Universität Lübeck ziehen vom Tiergarten zur Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung.
9. Juni 2010	Transparentemalen vor dem Audimax. Veranstaltung „Uni im Dialog“ in der Universitätskirche St. Petri
10. Juni 2010	Sommerfest der Universität zu Lübeck mit der Aktion „Lübeck hält an seiner Uni fest“

11. Juni 2010	:	Sitzung der Lübecker Bürgerschaft vor dem Landeshaus in Kiel
14. Juni 2010	:	Aktion „Blutspenden für die Uni Lübeck“
15. Juni 2010	:	Solidaritätsparty „Wir kämpfen zusammen“ in Kiel als Einstimmung auf die Demonstration. In Lübeck Fototermin in St.Petri
16. Juni 2010	:	Demonstration in Kiel. Sonderzug ab Lübeck
19. Juni 2010	:	Smartmob in der Lübecker Innenstadt
22. Juni 2010	:	Personalratsversammlung der Universität Lübeck im Audimax. Jost de Jager ist anwesend.
24. Juni 2010	:	Vorlesungen auf dem Segelschiff „Passat“: „Wir lassen uns nicht verschiffen, wir werfen den Anker!“
25. Juni 2010	:	Die Universität legt der Landesregierung ihr alternatives Sparkonzept vor.
27. Juni 2010	:	Volksfestumzug in Lübeck
1. Juli 2010	:	Sternmarsch mit Blumen in Lübeck. Podiumsdiskussion „Was wird aus Lübecks Uni?“ in St. Petri.
6. Juli 2010	:	Pressekonferenz zum alternativen Sparkonzept
8. Juli 2010	:	Rettung aus Berlin: Bundesforschungsministerin Annette Schavan ermöglicht den Erhalt der Medizinischen Fakultät in Lübeck.
10. Juli 2010	:	Hüxstraßenfest unter dem Motto „Die Hüxstraße feiert ihre Uni“. „Lübeck kämpft“ beim Drachenbootfestival
12./13. Juli 2010	:	24-Stunden-Vorlesung
13. Juli 2010	:	Übergabe von 130 000 Protestunterschriften an die Landesregierung
30. Oktober 2010	:	Dankesfest der Universität für die Lübecker auf dem Markt

Personenregister

Andreßen, Cordelia 130, 132, 133, 139
Austermann, Dietrich 26, 27
Bartels, Stefan 34, 181
Behrendt, Falko 164, 165
Boetticher, Christian von 71, 92, 130, 133, 134, 137, 156, 158
Böhme, Oliver 156
Boldt, Dennis 25
Borchardt, Viola 106
Born, Jan 117
Bossow, Manfred 33
Bremsteller, Ulrike 139
Carstensen, Peter Harry 11, 21, 26, 27, 46, 53, 56, 61, 62, 71, 78, 87, 96, 97, 107, 109, 110, 114, 119, 124, 144, 149, 155, 156, 158, 164
de Jager, Jost 15, 24, 26, 29, 36, 41, 49, 53, 56, 61, 62, 78, 92, 97, 101, 105, 109, 110, 111, 112, 119, 121, 123, 130, 133, 146, 147, 149, 155, 156, 157, 158, 163, 182
de Wit, Cor 35, 45, 49, 50, 97, 137
Dillmann, Maik 81
Dinger, Klaus 81
Dominiak, Peter 8, 9, 15, 18, 19, 26, 32, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 63, 86, 87, 92, 114, 117, 119, 120, 121, 130, 132, 133, 140, 141, 143, 168, 169, 175
Dräger, Lisa 31
Drefahl, Michael 130
Drever, Tobias 35
Engelbart, Georg 22, 164, 175
Engholm, Björn 10, 12, 26, 127
Erdmann, Jeanette **45**
Erichsen, Hans-Uwe 148
Fetköter, Lars 132
Fetscher, Sebastian 29
Finck, Niklas 86, 87, 100, 130
Fouquet, Gerhard 143, 155, 168
Gaulin, Frank-Thomas 35
Gillessen-Kaesbach, Gabriele 33, 168
Grass, Günther 124
Grundei, Oliver 62, 119, 140, 142
Günther, Daniel 62, 83
Habeck, Robert 42, 146, 149, 156
Habersaat, Martin 42
Hammer, Wolfram 144
Hansen, Guido 77, 82, 83
Heldmann, Bente 100
Hilgenfeld, Rolf 35, 36, 65, 71, 77, **80,** 129, 168
Himmelsbach, Susanne 41, 112
Hösel, Kristin 155
Hübner, Christian 117
Illert, Michael 146, 155
Jarabek, Ilona 33, 35
Kaske, Roswitha 60
Kiencke, Sylvia 19
Klaßen, Iris 33, 180, 181
Klein, Johannes 134
Knobloch, Johannes 49
Knoll, Svenja 33
Koch, Gerrit 126, 127, **128,** 132
Koop, Bernd 82, 83
Krause, Linda 16, 25, 32, 37, **38,** 57, 68, 80, 92, 121, 130, 132, 134
Kretschmann, Sascha 50, **51**
Kruse, Charli 32
Kubicki, Wolfgang 11, 19, 41, 42, 92, 101, 121, 130, 132, 133, 134, 158, 169, 171
Labahn, Rüdiger 73, 140, 141
Langguth, Tobias 21, 42
Langkau, Tom 32
Leicht, Christoph Andreas 113
Lienshöft, Hans 85
Maethge, Niko 83
Mamlouk, Amir Madany 118
Marnette, Werner 24, 146, **157**
Marshall, Lisa 32
Matthias, Nicole 76
Mielke, Susan 33, 49, 50, 52, 105
Mintzlaff, Rainer **98**
Moser-Notbom, Katharina 174
Müller, Mirja 134
Niebuhr, Frank 82
Peters-Hirt, Antje 120, 181
Pfeifer, Helmut 26
Pliet, Teresa 134
Rathcke, Thomas 61
Rietschel, Ernst Theodor 57

Rogge, Jan-Christoph 176
Römhild, Inge-Susann 32
Roth, Gerhard 123
Ruge, Lukas 97, 132
Salzenberg, Matthias 111, 112, 130
Saxe, Bernd 20, 56, 57, 60, 61, 62, 87, 92, 93, 104, 130, 132, 175, 176, **177,** 181
Schavan, Annette 8, 11, 71, 149, 154, 155, 163, 171
Schleifer, Carl Hermann 146
Schlosser, Horst Dieter 96
Schopenhauer, Gabriele 104
Schreiber, Stefan 22
Schultz, Tanjev 184
Schulz-Kleinfeldt, Matthias 62, 63, **114,** 176
Schunkert, Heribert 23, 33, 45
Schwanborn, Jutta 76
Schwarz, Thomas 155
Schwarze, Bernd 76, 121, 166
Schwerdt, Kris Erik 25
Sprink, Thiemo 133
Stegner, Ralf 93, 126
Stöcker, Winfried 33, 109
Tanck, Werner 96
Thomas, Bernd 29
Trautwein, Alfred Xaver 32
Uflacker, Nils 85, 134
Westermann, Jürgen 36, 43, 57, 58, 93, 112, **182,** 195
Wiegard, Rainer 62, 158
Wiegers, Karin 100
Wollenberg, Barbara 32, 49
Zabel, Hans Christoph 163, 164, **182,** 195
Zastrow, Josephine von 132, **144**

Bildverzeichnis

Petrov **Ahner**: 157 ▪ Jörg **Albrecht**: 95 (mitte rechts), 103 (unten mitte) ▪ Falko **Behrendt**: 165 ▪ Thorsten **Biet**: 8, 10, 38, 40, 79 (unten), 86, 87 (unten), 88 (unten), 89 (oben), 94 (oben), 102 (oben links), 103 (unten rechts), 127 (oben rechts), 136 (oben) ▪ Dennis **Boldt**: 58, 60, 84, 104, 110, 111, 66 (außen) ▪ Rüdiger **Borchardt**: 106 (Video 6) ▪ Oliver **Böhme**: 156 ▪ Angela **Bruns**: 30 ▪ Marie **Dettbarn**: 160 ▪ Rainer **Duden**: 90 (oben) ▪ Reinhard **Eggers**: 18, 57, 91 (oben links), 94 (unten links), 95 (mitte links und unten rechts) ▪ Norbert **Guldner**: 90 ▪ Dirk **Hourticolon**: 132 ▪ **IHK**: 113 ▪ Maren **Janotta**: 153 (oben) ▪ Eva **Jehle**: 103 (oben) ▪ Tim **Jelonnek**: 121 ▪ Sylvia **Kiencke**: 14, 16, 19, 28, 36 (rechts), 89 (unten), 108, 118, 126 (unten links), 127 (unten links und rechts) ▪ Christine **Klein**: 53 (unten links) ▪ Julius **Knierer**: 152 (oben und unten links) ▪ Guido **Kollmeier**: 114 ▪ Barbara **Kramp**: 65, 67, 138, 161, 195,135 (rechts), 66 (unten) ▪ Sascha **Kretschmann**: 51 (Video 3) ▪ René **Kube**: 31, 32, 33, 36 (unten), 48, 50, 52, 53, 54, 55, 70, 72, 79 (oben links und mitte rechts), 80, 85, 88 (oben links), 91 (unten rechts), 92, 93, 94 (unten mitte), 102 (unten), 127 (oben links), 140 ▪ Hans **Lienshöft**: 152 (unten rechts) ▪ Wolfgang **Maxwitat**: 144, 181 ▪ Privatbild Rainer **Mintzlaff**: 98 ▪ Ulf-Kersten **Neelsen**: 36 (links), 37, 61, 79 (mitte links), 88 (oben rechts), 102 (oben mitte), 122, 125, 126 (unten mitte), 175 ▪ Albert **Piek**: 77, 85, 79 (oben rechts), 50 (Video 2) ▪ Rainer **Pregla**: 107 (Video 7) ▪ Joachim **Prüßner**: 106 ▪ Dirk **Rades**: 118, 119 ▪ Josephine **Radtke**: 152 (mitte), 152 (oben rechts), 153 (unten rechts) ▪ Susanne **Reinke**: 95 (oben links) ▪ Lutz **Roeßler**: 74 ▪ Lukas **Ruge**: 20, 24, 131 ▪ Dag **Schädlich**: 69 ▪ **SILZ & SILZ**: 166 ▪ Nils **Uflacker**: 137 ▪ **UK S-H**: 45 ▪ **Universität Lübeck**: 17 ▪ Angelika **Warmuth**: 162, 164 ▪ Bastian **Wehler**: 128, 135 (links oben und unten) ▪ Peter **Zabel**: 91 (oben rechts) ▪ Michael **Zapf**: 177

Impressum

Julia Offe
Eine Stadt sieht GELB. Wie Lübeck seine Uni rettet.

ISBN 978-3-87890-165-5

Printed in Germany

Texte S. 17, 26f, 148 und 170f: Rüdiger Labahn

Interviews: Julia Offe

Lektorat: Solveig Stritzke

Gestaltung und Satz: Stefanie Bäuchler und Gesine Thomsen

Umschlaggestaltung: Stefanie Bäuchler und Gesine Thomsen
unter Verwendung eines Bildes von dreamstime.com

Druck: Druckhaus Menne GmbH, Lübeck

„Als Mitte Mai 2010 die ersten Informationen über ein umfängliches Sparpaket der schleswig-holsteinischen Landesregierung durchsickerten, herrschte in Universität wie Stadt Lübeck noch Ruhe. Man war sich seiner ausgezeichneten wissenschaftlichen und medizin-ökonomischen Reputation gewiss – und überzeugt, mit kleinen Einsparungen hier wie dort das bevorstehende Haushaltsgefecht zu überstehen. Bis dann, am 25. Mai, eben diese im Verstandesbesitz gewähnte Regierung aus heiterem Himmel das Ende des Medizinstudiums und die Privatisierung des Universitäts-Klinikums in Lübeck verkündete. Was dann in der alten Hansestadt geschah, ist wohl einmalig in der deutschen Stadtgeschichte."   Björn Engholm



9,95

www.eine-stadt-sieht-gelb.de

ISBN 978-3-87890-165-5